

Politische Berichte



3. November 1984
Jg. 5 Nr. 22

G 7756 D Preis:
2,50



Bundeswehrplanung: Ausweitung der aus dem Stand einsetzbaren Truppen Seite 8



KP Chinas: „Egalitarismus führt zu kollektiver Armut, hemmt Produktivkräfte“ Seite 17



Katholische Soziallehre: Kardinal Höfner predigt die Unterwürfigkeit der Arbeiter Seite 34

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Schwerbehindertengesetz:

Blüm beseitigt Sozialversicherungsansprüche von Millionen 4

Öffentlicher Dienst: Langfristige Pläne zur Lohnsenkung ... 7

BRD-Auslandsvermögen: Mehr Möglichkeiten zur Erpressung 7

Bundeswehrplanung: Ausweitung der aus dem Stand einsetzbaren Truppen 8
Immer mehr Drill und Schinderei ... 9

CSU-Parteitag: Über Deutsch-Nationalistisches hin zur absoluten Mehrheit 10

Revanchismus: Die Reaktion plant eine große Kampagne — was unternimmt die Marxistische Gruppe? 11

Auslandsberichterstattung

Südafrika/Azania: Stärkung der unabhängigen Gewerkschaften und Fortschritte in der Zusammenarbeit 14
Terror gegen Erfolge des Widerstands 15

Kanada: Premier gleich nach Washington 15

El Salvador: Befreiungsfront erzwingt "Dialog" — Stellungnahme der FMLN 16

Großbritannien: Streik ist Verrat, schreit Thatcher 17

KP Chinas: "Egalitarismus führt zu kollektiver Armut, hemmt Produktivkräfte" 17

Internationale Meldungen 18

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 20

Lohnstruktur Druck: Lohnverlust bei Klambt/Speyer 21

BMW AG: Alle Kräfte sammeln gegen die Samstagsarbeit 22

Werksverträge: Betriebsräte gegen illegale Leiharbeit 22

WIRTSCHAFTSINSTITUTE: TARIFE ANGREIFEN

Am 22.10. haben die Wirtschaftsinstitute ihr "Herbstgutachten" vorgelegt. Darin fordern die Bundesregierung und Kapitalisten auf, die Löhne weiter zu senken. "... müßten im Durchschnitt die Reallohnsteigerungen nachhaltig hinter dem verteilbaren Produktivitätsfortschritt zurückbleiben", zitiert das "Handelsblatt". Welche Arbeitskraft insbesondere verbilligt werden soll, schreiben die Institute auch: junge, wenig qualifizierte und solche, die in sogenannten "notleidenden" Betrieben ausgebeutet wird. Zu diesem Zweck sollen die Auszubildendentarife eingefroren, differenzierte Lohnabschlüsse und Tarifverträge mit betrieblichen Öffnungsklauseln angestrebt werden, die den Kapitalisten erlauben, bei "Notlage" auch untertariflich zu bezahlen. Das Gutachten ist ein Aufruf an die Kapitalisten, künftig in zahlreichen Fällen untertariflich zu zahlen. Den in immer mehr Lohnabhängigenhaushalten wirksamen Zwang, auch die Arbeitskraft der Frau und der Kinder anzubieten, um auf ein ausreichendes Familieneinkommen zu kommen, sollen die Kapitalisten nutzen, um für diese zuschüssige Arbeitskraft nur noch ein Spottgeld zu zahlen. "Marktzutritt für Außenseiterkonkurrenz" nennen die Institute dieses Verfahren, die Arbeitskraft ganzer Familien auszubeuten und nur soviel dafür zu zahlen, wie früher für eine erwachsene Arbeitskraft allein. — (rül)

BARZEL: KEIN GRUND ZUR FREUDE

Viele denken jetzt, die Unionsparteien und die Regierung Kohl seien in einer Krise, und freuen sich darüber. Aber: Es war keineswegs so, daß die Union und ihr nahestehende Zeitungen Enthüllungen scheuten, um Barzel zu Fall zu bringen. Im Gegenteil: Barzel fiel über Enthüllungen aus Unionskreisen. Siehe: Sein Zuschußgehalt aus der Fraktionskasse. Man nennt so was: Einen "Sündenbock" schaffen, um andere reinzuwaschen.

Zweitens: Wofür zahlte Flick die 25 Millionen? Man soll uns doch in Ruhe lassen mit dem "Spiegel"-Schmarren, Flick habe nach dem Verkauf der Daimler-Aktien eine konfiskatorische Besteuerung gefürchtet! Seit wann ist das westdeutsche Steuerrecht für Bourgeois ruinös? Der Flick-Konzern ist einer der größten Rüstungskonzern der BRD, gerade dabei, mit MBB zu fusionieren, und auf Rüstungsexporte scharf. Es ist doch auffällig, wie da alle Welt "enthüllt", Flick habe Steuern nicht zahlen wollen, und kein Mensch dem Interesse der Firma Flick am Rüstungsexport auch nur einen Gedanken widmet. Da müssen die Gründe für die Flickschen Spenden liegen! Vielleicht, daß mal einer von

der Bundestagsfraktion der GRÜNEN nachforscht?

Ein "Selbstreinigungsprozeß der Demokratie" sei jetzt nötig, hört man. Daß die Union über tausendfache Beziehungen zum großen Kapital verfügt und von diesem gelenkt wird, wissen viele. Was soll dann das Ergebnis der "Selbstreinigung" sein? Daß ein paar Sündenböcke in die Wüste geschickt werden, (zumal, wenn sich die Erkenntnis rumspricht, daß, wo die einen fallen, andere aufsteigen können),



Kohl und sein neuer Bundestagspräsident Jenninger

während der Rest der Union gereinigt da steht, dem Anschein nach frei von engen Beziehungen zum großen Kapital, eine Union "zum Anfassen", ganz "volksnah"? Die Liste derer, die z.B. der "Spiegel" als potentielle "Sündenböcke" genannt hat, ist kurz. Wer wird übrigbleiben? Zum Beispiel: Jenninger, Stoltenberg, Albrecht, Späth, Barschel, Diepgen, Wörner, Tandler, Stoiber, Geissler, Blüm. Die wären dann künftig Bundestags-Flick-Aus-schuß-geprüft-garantiert-echt-sauber. Irgendwie fehlt uns bei dieser Perspektive der Grund zur Freude. — (rül)

ARBEITSLOSENGELD BALD NUR NOCH GESTAFFELT

Das Bundeskabinett hat auf Vorschlag von Arbeitsminister Blüm am 24. Oktober verschiedene Neueregungen für die Arbeitslosenversicherung beschlossen und sogleich im Eilverfahren als Gesetzesanträge in den Bundestag eingebracht, damit sie bereits zum 1. Januar in Kraft treten können. Der von der Regierung gezielt erweckte Eindruck, die Änderungen im Arbeitsförderungs-gesetz sollten verschiedene Kürzungen der letzten Jahre rückgängig machen und insbesondere den älteren, schon lange Zeit Arbeitslosen den längeren Bezug von Arbeitslosengeld ermöglichen, ist eine bewußte Täuschung der Öffentlichkeit. Zwar sollen Arbeitslose, die älter als 49 Jahre sind und in den letzten sieben Jahren vor der Entlassung mindestens sechs Jahre Beiträge ge-

zahlt haben, künftig 18 Monate statt bisher zwölf Monate Arbeitslosengeld beziehen, nach Angaben von Blüm wären davon rund 160000 begünstigt. Aber damit leitet die Bundesregierung die vollständige Zerstörung des Versicherungsprinzips ein. Bei der Begründung des Gesetzentwurfs erklärte die Regierungskoalition ausdrücklich, daß sie "mittelfristig" bei allen Arbeitslosen die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld stärker nach den vorausgegangenen Beitragszeiten staffeln will. Somit würden junge Arbeitslose faktisch von jeglicher Zahlung aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen, ebenso alle unstet Beschäftigten. Gleichzeitig hat Blüm die Verlängerung der Sperrfristen "im Interesse stärkerer Verhütung von Leistungsmissbrauch" von bisher acht auf zwölf Wochen vorgesehen. Alle Maßnahmen sind bis 1989 befristet. Da die Regierung mit der gleichfalls beschlossenen Beitragssenkung trotz zu erwartender steigender Arbeitslosenzahlen jegliche Reservebildung bei der Arbeitslosenkasse verhindert, hat sie bis dann eine Lage geschaffen, um die vollständige Zerstörung der Versicherung durchzusetzen. — (alk)

KOMMUNALWAHLEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Das Kommunalwahlrecht in Baden-Württemberg kombiniert Listen und Persönlichkeitswahl, und die 5%-Klausel besteht nicht. Die definitive Auszählung wird erst eine Woche nach dem Wahltag beendet sein. Bis dahin bestimmen die Listen-Ergebnisse in den großen Gemeinden die Diskussion.

Dort haben die Grünen gewonnen. Dort, wenn auch nicht überall, verlor die SPD bis zu einem Viertel ihrer Anteile. Dort konnte sich die FDP bei Verlusten halten, wenn sie auch in Heidelberg erstmals von den Liberalen Demokraten überrundet wurde.

Dort hielt sich die CDU bei schwachen Verlusten und die Freien Wähler hielten sich auch.

Die Freien Wähler haben ihre Basis im eigenschaftsbewußten Mittelstand. Sie erhalten Stimmanteile im 10%, 20%-Bereich. Bei Wahlen zu Landtag oder Bundestag fallen ihre Stimmen fast gänzlich an CDU und FDP. Aus kleineren Gemeinden hört man als Trendmeldung, die Freien Wähler hätten erhebliche Zugewinne. Die Endauszählung wird eine Stabilisierung der Basis für reaktionäre Politik ergeben.

Häufig überschätzt wird der Zuzug der Grünen, er beeindruckt nur, wenn man die Grünen für eine Modeerscheinung hielt und erst jetzt bemerkt, daß sich diese Partei auf einer sicheren sozialen Grundlage sammelt; an die 20% in Universitätsstädten sind unüberhörbar. Beunruhigend ist, daß die Grünen in der überwiegenden Zahl der Gemeinden nicht antraten. Sie können sich in der Auseinandersetzung mit naturbewußten Konservativen nicht gut bilden und wahrscheinlich auch nicht gut halten.

Die SPD hatte an eine Stabilisierung geglaubt. Verluste wie in Stuttgart, von 38,0% auf 30,3%, deuten jedoch darauf hin, daß die SPD schwer an der von ihr selbst herbeigeführten Demobilisierung der Arbeiter krankt. Die Politik der SPD war nach wie vor darauf berechnet, die Grünen auf deren eigenen Gebieten auszusteichen. Eine Entfaltung selbst reformerischer Kritik am Kapitalismus ist der SPD in Betracht der gespannten sozialen Lage zu riskant. Über die Stimmenentwicklung bei den Parteien bzw. Bündnissen, die sich direkt auf Arbeiterinteressen berufen, läßt sich wegen der fehlenden Endauszählung noch nichts genaues sagen. Der Trend: DKP und links davon, schon wieder halbiert scheint jedoch nicht mehr überall wirksam. — (maf)

20. Juli 1944: Eröffnung der Bundeswehrausstellung 23

Münchener Ausländerpolitik: Ausweisungsterror gegen Ausländer 23

Roth-Händle: Reemtsma-Schacher um Betriebsverlagerung und Berlin-Präferenz 24

Atommülltransporte: Bauern blockieren Zwischenlager 25

Krefelder Gefangene: Beamtenbund rechtfertigt Haftterror .. 25

Städtisches Fuhramt Hannover: Schwere Arbeit, niedriger Lohn, neue Angriffe des Dienstherrn 26

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Dokumentation: DGB-Broschüre "Neue Armut in Köln" 29

Sozialstatistik

Lohnentwicklung Einzelhandel: Immer mehr Frauen müssen als "Zuverdiener" arbeiten 30
HBV gegen Niedriglöhne 30

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Taschenbücher: Literatur und Sachbücher über die Geschichte der USA 32

André Glucksmann: Verfechter der deutschen Bombe — ein würdiger Kriegspreisträger 33

Katholische Soziallehre: Kardinal Höffner predigt die Unterwürfigkeit der Arbeiter 34

Spezialberichte

Israel: "Krisenprogramme" sollen bei den Siedlern das Interesse an Landraub steigern 36
Koloniale Ausbeutung und Unterdrückung der Palästinenser, orientalische Juden gedrückt 37
Imperialistische Hilfe für den Siedlerstaat 38
Annektionsvorbereitungen im Südlibanon 39

Titelbild: Karikatur tis, Hamburg



Die Außen- und Verteidigungsminister der WEU beschlossen am 28.10. deren "Wiederbelebung" und hoben die letzten konventionellen Rüstungsschranken für die BRD auf. Die gemeinsame Waffenproduktion soll verstärkt werden. U.a. ist ein europäisches Nachfolgeflugzeug der US-"Awacs"-Flugzeuge vorgesehen. Bild: Verteidigungsminister Spadolini (Italien) und Genscher. — (rül)

Schwerbehindertengesetz

NICHT NUR WEITERER SOZIALABBAU: BLÜM BESEITIGT SOZIALVERSICHERUNGSANSPRÜCHE VON MILLIONEN

Das Bundeskabinett hat Anfang September einen von Blüm vorgelegten Entwurf zur Änderung des Schwerbehindertengesetzes gebilligt. Obwohl Blüm mit diesem Gesetzentwurf einen weitgehenden Angriff auf Grundsätze der Sozialversicherungen beabsichtigt, fand das Vorhaben in der Öffentlichkeit bisher wenig Aufmerksamkeit. Der Gesetzentwurf sieht in § 3 vor:

"(7) Begünstigende Feststellungsbescheide . . . , die ohne eine von den zuständigen Behörden veranlaßte ärztliche Untersuchung vor dem 1. Januar 1985 ergangen sind, sind bis zum 31. Dezember 1989 daraufhin zu überprüfen, ob bei ihrem Erlaß das Recht richtig angewandt und von einem zutreffenden Sachverhalt ausgegangen worden ist. Soweit sich ergibt, daß das Recht unrichtig angewandt oder von einem Sachverhalt ausgegangen worden ist, der sich als unrichtig erweist, ist der Bescheid mit Wirkung für die Zukunft zurückzunehmen . . ."

Blüm will somit nahezu alle 4,6 Millionen Schwerbehinderten zu einer amtsärztlichen Untersuchung vorführen lassen. Man erinnere sich an die der Demagogie der Faschisten ähnelnde jahrelange Propaganda aus Kapitalistenverbänden und Arbeitsministerium von der drohenden Gefahr, daß "wir ein Volk von Behinderten würden" wegen dem gemeinwohlschädlichen Verhalten Einzelner, die sich einen Schwerbehindertenausweis erschlichen hätten. Blüm setzt jetzt mit dieser Begründung die Ansprüche aller Behinderten, die bisher Leistungen

und Schutzbestimmungen in Anspruch nehmen konnten, außer Kraft – ein Verfahren gegenüber den Versicherungskassen, das in der BRD bisher wohl einmalig ist.

Zugleich schafft die Bundesregierung zusätzliche Möglichkeiten, die Anerkennung als Schwerbehinderter wieder aufzuheben. Schwerbehinderte, bei denen eine Besserung des Gesundheitszustandes festgestellt wird, werden nicht mehr wie bisher für weitere zwei Jahre, sondern nur noch drei Monate unter die Schutzbestimmun-

gen des Gesetzes fallen. Auch Schwerbehinderten, die älter als 55 Jahre und seit mehr als zehn Jahren behindert sind, soll die Anerkennung entzogen werden können.

Durch eine Neubestimmung des Behindertenbegriffes sorgt Blüm dafür, daß sowohl bei der beabsichtigten Überprüfung als auch bei jedem künftigen neuen Antrag ein erheblicher Teil der Behinderten nicht mehr unter die Schutzbestimmungen des Gesetzes fallen wird.

§ 2a des Blümschen Gesetzentwurfs



Alte und verschlissene Arbeiter sollen nicht mehr als Behinderte anerkannt werden. Blüm zu seinem Entwurf: "Klar ist auch, daß normale Alterserscheinungen . . . keine Schwerbehinderung begründen. Unser Maßstab ist nicht der jugendliche Leichtathlet. Wer mit achtzig eine Brille braucht oder beim Treppensteigen etwas langsamer ist, ist deshalb kein Behinderter."

PERSONALAUSWEIS IM EILVERFAHREN?

Der Bundestag hat am 25. Oktober zwei Gesetzentwürfe der Fraktionen von CDU/CSU und FDP über den maschinenlesbaren Personalausweis beraten. Abschließend beraten und verabschiedet wurde die Aufhebung der Terminvorschriften im Vierten Gesetz zur Änderung des Personalausweisgesetzes und in der Verordnung zum Musterausweis. In erster Lesung wurde der Entwurf des Fünften Gesetzes zur Änderung des Personalausweisgesetzes behandelt, der u.a. den polizeilichen Zugriff auf Personalausweisdaten ermöglicht. Mit diesem Entwurf hatten sich die Fraktionen von CDU/CSU und FDP am 23.10. auf ein gemeinsames Vorgehen zur Durchsetzung des maschinenlesbaren, fälschungssicheren Personalausweises geeinigt. Der Gesetzentwurf wurde an den Innenausschuß und an den Bundes-

rat überwiesen. Die Regierungsparteien haben mitgeteilt, daß vor Verabschiedung dieses Gesetzes eine Reihe anderer Gesetze, u.a. der Länder, geändert werden müßten, die zur Zeit die Benutzung von Melderegistern und anderen Datensammlungen durch Justiz-, Polizei- und andere Behörden regeln. – (uld)

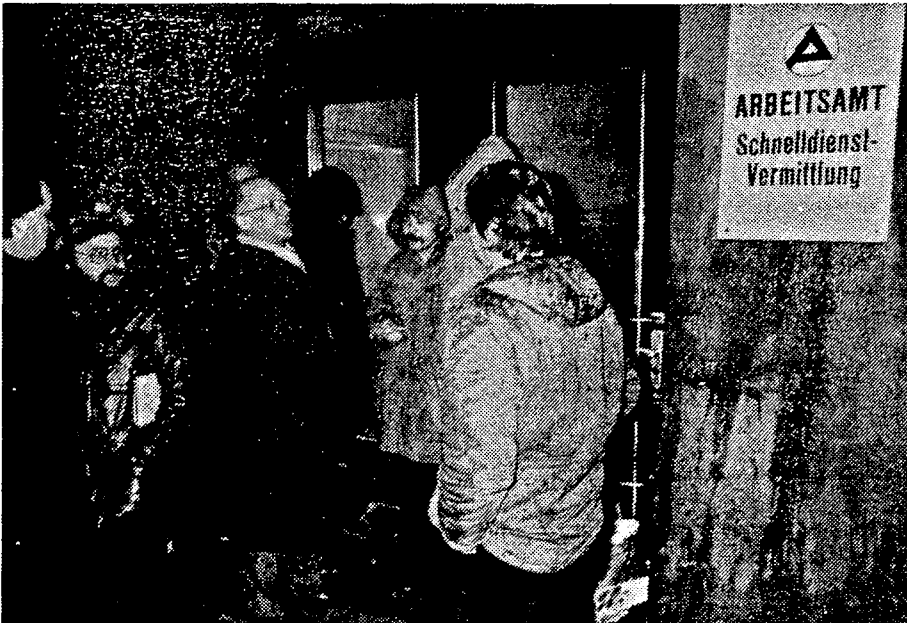
BRD-STRAFRECHT EG-WEIT

"Zwischen den EG-Staaten müßten ähnliche Grundsätze der Rechtshilfe zwischen Sicherheitsbehörden wie im Binnenland . . . eingeführt werden. Das materielle Strafrecht sei anzugleichen . . . die teilweise in anderen EG-Staaten vorhandenen sogenannten 'Bagatell-Grenzen' beim Besitz von bestimmten Betäubungsmitteln (müssen) abgeschafft werden . . . Gefordert werden einheitliche Grundsätze für die Hotelmeldepflicht und ein einheitlicher Mindeststandard im Waf-

fenrecht." Auszüge aus der Pressemitteilung der Konferenz der Innenminister der Länder am 19.10 in Saarbrücken. Als Vorwand für ihre Forderungen nennen die Innenminister die Abschaffung der Grenzkontrollen. Dies erfordere "Ausgleichsmaßnahmen", erklären sie. Die Verwirklichung ihrer Forderungen würde den BRD-Imperialisten eine Fülle weiterer Vorwände verschaffen, EG-weit als Gendarm der Konterrevolution aufzutreten. – (rül)

GRÜNE GEGEN INNER- DEUTSCHES MINISTERIUM

Die Fraktion der GRÜNEN beantragt im Rahmen der Haushaltsdebatte die Abschaffung des Einzelplanes 27 und damit die Abschaffung des innerdeutschen Ministeriums. Gut ist, daß die GRÜNEN "gleichberechtigte zwischenstaatliche Beziehungen" zwischen DDR und BRD fordern und die Auffassungen der Bundesregierung



Blüm lockert den Kündigungsschutz für Schwerbehinderte. Künftig können Kapitalisten in den ersten sechs Monaten nach Einstellung einen Schwerbehinderten ohne Anhörung der Fürsorgestellen wieder entlassen. Die Behinderten werden zur unsteten Beschäftigung freigegeben.

lautet:

"(1) Behinderung im Sinnes dieses Gesetzes ist die Auswirkung einer nicht nur vorübergehenden Funktionsbeeinträchtigung, die auf einem körperlichen, geistigen oder seelischen Zustand beruht, der von dem für das jeweilige Lebensalter typischen Zustand abweicht, sofern die Auswirkung zu einem Grad von wenigstens 20 führt. Als nicht nur vorübergehend gilt ein Zeitraum von mehr als sechs Monaten..."

Bislang galt als behindert, wer in seiner "Erwerbsfähigkeit" gemindert war. Blüm will den Bezug auf die Anforderungen der kapitalistischen Produktion an die Arbeitskraft aus dem Gesetz streichen. Mit dem enorm gestiegenen Verschleiß der Arbeitskraft

in den vergangenen Jahren stieg die Zahl der älteren Arbeiter und Angestellten, deren Gesundheit angeschlagen oder ruiniert ist und die mit der "Minderung ihrer Erwerbsfähigkeit" die Schutzbestimmungen für Schwerbehinderte in Anspruch nehmen können. Inzwischen ist Frühinvalidität für die Arbeiterbevölkerung über 55 Jahre mehr oder weniger ein "für das Lebensalter typischer Zustand". Wird der in diesem Alter sichtbar werdende Verschleiß der Arbeiter in der Produktion nicht mehr als Behinderung, die die Erwerbsfähigkeit mindert, anerkannt, sind die Kapitalisten nicht nur moralisch von der Verantwortung für den Ruin der Gesundheit ihrer Beschäftigten befreit, sondern auch von allen Ausgleichsleistungen an die von

ihnen verschlissenen Arbeiter.

Blüm versucht mit der Neubestimmung des Behindertenbegriffs die Mehrheit der Schwerbehinderten aus den Schutzbestimmungen des Gesetzes auszuschließen. Ende 1981 war fast 40% aller Schwerbehinderten älter als 65 Jahre, weitere 30% zwischen 55 und 65 Jahre alt, ein großer Teil bezog eine Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrente. Die Neufassung des Behindertenbegriffs bedeutet so zugleich eine Kürzung der Rentenansprüche zahlreicher Lohnabhängiger.

Wer künftig dann überhaupt noch als Schwerbehinderter anerkannt wird, für den gelten nur noch eingeschränkte Schutzbestimmungen und Leistungen:

- Der besondere Kündigungsschutz für Schwerbehinderte gilt erst nach sechs Monaten. Damit ist das faktische Verbot von unsteter Beschäftigung von Schwerbehinderten außer Kraft gesetzt. Während bislang auch bei einem Einverständnis des Schwerbehinderten die Entlassung erst nach Zustimmung der Hauptfürsorgestelle möglich war, entfällt künftig dieser zusätzliche Schutz vor Erpressungen und Willkür der Kapitalisten.

- Der Anspruch von Schwerbehinderten auf zusätzliche sechs Tage bezahlten Urlaub im Jahr wird auf fünf Tage gekürzt. Der Kapitalist oder staatliche Dienstherr darf diesen Zusatzurlaub auf Kuren anrechnen.

- Die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1984 beschlossene Einschränkung der kostenlosen Beförderung von Schwerbehinderten bei der Bahn soll beibehalten werden.

Blüm will den Kapitalisten schließlich weitere Entlastung verschaffen durch die Änderung der Berechnung der sogenannten Pflichtplätze. Bislang mußten sechs Prozent aller Beschäftigten eines Betriebes Schwer-

über die "Grenzen von 1937" und die DDR angreifen. Dennoch sind sie für nationale Argumente offen, wenn sie ihren Antrag damit begründen, daß die Standpunkte der Bundesregierung gerade den "deutsch-deutschen Beziehungen" schadeten. — (uld)

FUSION VON KRUPP UND KLÖCKNER GEPLANT

Am 24. Oktober gaben die Vorstände der Krupp Stahl AG und der Klöckner Werke AG offiziell bekannt, daß sie ihre Stahlbereiche schon zum 1.1.1985 unter Beteiligung des australischen Rohstoffkonzerns CRA Ltd. in einer gemeinsamen Gesellschaft zusammenfassen wollen. Krupp soll mit 35% beteiligt sein, Klöckner mit 30%. CRA (Rio Tinto) wird eine Einlage von 35% des vorgesehenen Eigenkapitals von 1,5 Mrd. DM einbringen. Mit einer Rohstahlerzeugung von ca. 9 Mio. t 1984, einem Umsatz von 10 Mrd. DM und 43000 Beschäftigten wird der

neue Konzern fast so groß sein wie die Thyssen Stahl AG, die bisher unumstrittener Spitzenreiter in der EG-Stahlindustrie ist. Hinzu kommt: Über die Verbindung mit CRA haben sich Krupp und Klöckner den Zugriff auf australische Erze und Kohle gesichert. Zusätzlich zu den ohnehin geplanten Rationalisierungsmaßnahmen ermöglicht die Fusion nach Angaben der Vorstände "Kosteneinsparungen" von 200 bis 250 Mio. DM. 3000 Beschäftigte sollen wegrationalisiert werden. Betriebsräte und Belegschaften haben hiergegen protestiert. — (wof)

WOHNEIGENTUMSPLÄNE AUS BONN

Im April hat die Reaktion drastische Mieterhöhungen für alle preisgebundenen Wohnungen verordnet und diese faktisch in den "freien Markt" überführt; im Oktober hat sie die "Städtebauförderung" mit erhöhten Abschrei-

bungen und Mittelbereitstellungen für die Durchmodernisierung zur Eigentumsuwendung novelliert. Jetzt sind "Leitlinien zur Neuordnung der Förderung" von Wohneigentum des Bundeskabinetts bekannt geworden, die 1985 Gesetz werden sollen. Ab 1987 entfällt danach die Besteuerung selbstgenutzten Wohneigentums; es entfällt aber auch der §7b EStG. Als Belastungen können dafür über acht Jahre 300000 DM, dazu 600 DM pro Kind und Jahr vor allem für den Erwerb einer Mietwohnung abgesetzt werden. Bauherrenmodelle gibt's dann nicht mehr, das bestbezahlte Kapitalistenpersonal soll Risikokapital freisetzen. Bei ferner geplanter Aufhebung des sozialen Wohnungsbaus wird die Wohnungsversorgung für die übrigen Lohnabhängigen zur "persönlichen Sparkaufbereitschaft". Der Zusammenhang, daß der Lohn angemessene Wohnverhältnisse abdecken muß, wird völlig gekappt. — (ped)



VdK und Reichsbund sowie Gewerkschaften führen Aktionen gegen den Blümschen Entwurf zur Beseitigung des Schwerbehindertenschutzes durch.

behinderte sein, künftig entfallen die Auszubildenden für die Berechnung der Pflichtplätze, wodurch die Kapitalisten nach Angaben von Blüm rund 60000 weniger Pflichtplätze besetzen müssen. Die gleichzeitige Erhöhung der Abgabe für jeden nichtbesetzten Pflichtplatz von derzeit 100 DM (unverändert sei 1974) auf künftig 150 DM wird, so in der Begründung des Gesetzentwurfs, keine Mehrbelastungen der Kapitalisten bringen.

Blüm stößt mit seiner Absicht, die Versicherungsansprüche von Millionen von Lohnabhängigen in Frage zu stellen, auf Widerstand. Die Verbände der Behinderten organisieren Protestkundgebungen. Auf dem Kleinen Bundesverbandstag des VdK erklärte der VdK-Vorsitzende Weishäupl, der Gesetzentwurf Blüms "trägt eindeutig

die Handschrift der Arbeitgeber". Der Reichsbund der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen hat mit einer Serie von Kundgebungen "Gegen sozialen Abbau – für soziale Gerechtigkeit!" begonnen, die in insgesamt 60 Städten durchgeführt werden sollen. Beide Verbände kritisieren die Verschärfung der Anerkennungspraxis und die beabsichtigte Überprüfung fast aller bisherigen Bescheide. Sie fordern die Erhöhung der Ausgleichsabgabe auf mindestens 200 DM. Inzwischen haben auch die Gewerkschaften Stellung gegen den Entwurf genommen. Auf einer IG Metall-Veranstaltung erklärte K.H. Janzen, zuständig für Sozialpolitik im Hauptvorstand der IGM, der Gesetzentwurf sei ein "sozialpolitischer Skandal".

Die Aktionen, an denen vor allem

über den VdK auch zahlreiche Mitglieder von CDU/CSU teilnehmen, haben bewirkt, daß der Bundesrat am 26. Oktober bei der Beratung des Gesetzentwurfs die geplante Überprüfung aller Schwerbehinderten ablehnte. Das Vorhaben Blüms, den Schwerbehindertenschutz weitgehend zu beseitigen, ist damit allerdings nicht zu Fall gebracht. Die Bundesländer begründeten ihre Ablehnung ausschließlich mit den bei der Überprüfung entstehenden hohen Verwaltungskosten und billigten im übrigen den Entwurf Blüms unverändert.

Quellenhinweis: Bundesarbeitsministerium, Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Schwerbehindertengesetzes; VdK, die Fackel; Reichsbund, sozialpol. Presse- und Informationsdienst – (alk)

KONFERENZ GEGEN AUSLÄNDERGESETZ

Gleich bei Eröffnung der Konferenz, die von der Föderation der Arbeitervereine der Türkei (FIDEF) in der BRD einberufen am 27.10.1984 stattfand, kam Prof. Auenheimer (Universität Marburg) zum Kern des neuen Ausländergesetzentwurfs: Arbeitsmarktsteuerung durch Beschneidung elementarer Grundrechte für die ausländische Bevölkerung und "verschärfte politische Kontrolle bis zur Entmündigung" (z.B. "Extremismus" als Ausweisungsgrund). GRÜNE-MdB Kukiela verurteilte den "Kulturassismus" im Ausländergesetzentwurf und lehnte jeden "Vorrang für Deutsche" ab. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Labour Party, Vertreter der Sozialistischen Volkspartei Dänemarks, der Sozialistischen

Partei der Niederlande und der CGT aus Frankreich berichteten vom Kampf gegen die Sonderbehandlung von Ausländern in ihren Ländern, traten für internationale Arbeitersolidarität ein. In der Schlußresolution der Konferenz wurde die Zurücknahme des Ausländergesetz- Entwurfes und das Kommunalwahlrecht für Ausländer gefordert. – (thz)

HUNGERSTREIK GEGEN ISOLATIONSHAFT

Am 26.10. wurde im Moabiter Hochsicherheitstrakt in Westberlin ein Hungerstreik von elf Gefangenen abgebrochen, den diese am 15.10. begonnen hatten. Ihre Forderungen waren: Das Recht, ihre private Kleidung zu tragen; gemeinsame Freizeitgestaltung aller Insassen des Hochsicherheitstraktes, eine Verlängerung der Freistunde auf zwei Stunden; Teilnahme am Anstaltsgottesdienst; die Verbesserung der Sportmöglichkeiten;

vier Sprechstunden pro Monat. Die Gefangenen hatten sich für diesen Schritt entschieden, nachdem ihre zahlreichen Bitten, Anträge und Beschwerden ignoriert worden waren. Justizsenator Oxfort meinte, am Vollzug im Trakt gebe es nichts zu kritisieren, die Insassen hätten dort mehr Bewegungsfreiheit als zum Beispiel im Tegeler Knast. Die Forderungen der Gefangenen konnten nicht durchgesetzt werden, u.a. auch, weil eine Öffentlichkeit dazu kaum hergestellt werden konnte. – (klh)

VON HASSEL ZU "AFRIKA 1884–1984"

Das war das Thema des Ex-Bundestagspräsidenten von Hassel (CDU) auf dem Kolonialtruppentreffen in Bad Lauterberg. Dort führte er aus: "Deutschland habe Afrika zielstrebig in die neue Zeit geführt und zu großer Blüte gebracht, indem der Kampf gegen Krankheiten aufgenommen wur-

Öffentlicher Dienst

LANGFRISTIGE PLÄNE ZUR LOHNSENKUNG

In der dritten Verhandlungsrunde haben Bund, Länder und Gemeinden kein neues Angebot vorgelegt. Ihr Ziel war es, daß die DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst Zimmermanns Pläne zur Einkommensenkung (s. Pol. Ber. 21/84) schlucken. Tatsächlich haben sich die Verhandlungskommissionen der Gewerkschaften darauf eingelassen, fast ausschließlich den "Verhandlungsspielraum in der Arbeitszeitfrage auszuloten". Zimmermann erklärte, daß eine Arbeitszeitverkürzung, insbesondere eine wöchentliche, für den öffentlichen Dienst als sehr problematisch angesehen werde. Mit der besonderen Ablehnung der Wochenarbeitszeitverkürzung signalisiert er Verhandlungsbereitschaft in Richtung Vorruhestandsregelung. Monika Wulf-Mathies attestiert Zimmermann, daß eine "gewisse Bewegung" in die Arbeitszeitfrage geraten sei, und die großbürgerliche "Frankfurter Allgemeine Zeitung" kommentiert zufrieden: "Nach dem bisherigen Verlauf der Unterredungen in Stuttgart ist eine harte Konfrontation nicht zu befürchten."

Mit der Behauptung, das Zimmermann-Angebot der zweiten Verhandlungsrunde hätte die Nullrunde vom Tisch gebracht, blies die bürgerliche Öffentlichkeit das Entwarnungssignal. Inzwischen liegen nähere Einzelheiten über dieses Angebot vor, und sie zeigen, daß Zimmermann keinen Millimeter von seinem Angriff auf den Einkommensstandard im öffentlichen Dienst abgewichen ist. Ein Eckpunkt dieses Angriffs sind die Auszubildendenvergütungen. Ihre drastische Senkung

soll aber nicht nur die Auszubildenden treffen, sondern alle, die neu in den öffentlichen Dienst eintreten.

Im einzelnen sehen Zimmermanns Pläne vor: Gegen die Auszubildenden bei Bund und Ländern wird die Nullrunde 1984 voll durchgesetzt. Erst ab dem 1. Januar 1985 soll die Auszubildendenvergütung im ersten und im zweiten Jahr um 16 DM und im dritten und vierten Ausbildungsjahr um 17 DM erhöht werden. Gleichzeitig sollen aber zu diesem Zeitpunkt die Beträge für Unterkunft und Verpflegung um 2,8% erhöht werden. Zieht man die Erhöhungen für Unterkunft und Verpflegung von den 16 DM bzw. 17 DM ab und berechnet das Angebot Zimmermanns auf 13 Monatsgehälter, ist es nicht mehr als 1,01% wert.

Gegen Praktikanten für soziale und medizinische Berufe, Schüler der Krankenpflegehilfe und Lernschwestern und -pfleger soll die Nullrunde bis zum 31.8.85 ausgedehnt werden. Beginnen diese Auszubildenden erst nach Inkrafttreten des neuen Tarifvertrags ihre Ausbildung, sollen ihre Vergütungen nominal brutal gesenkt werden, indem die Bemessungsgrundlage für ihre Einkünfte von derzeit 662/3 Prozent auf 50 Prozent gesenkt wird. Einkommenseinbußen zwischen 400 DM und 185 DM sollen damit durchgesetzt werden.

Die Abwehr von Zimmermanns Angriff wird insbesondere dadurch erschwert, daß gegen auszubildende Beamte, Beamtenanwärter, bereits ähnliche Einkommenskürzungen (insbesondere im gehobenen und höheren Dienst) durchgesetzt wurden. Der ersten Kürzung der Anwärterbezüge folgte dann die Absenkung der Eingangsbesoldung. Durch Kündigung der Vergütungsordnung zum BAT wurde die Absenkung der Eingangsbesoldung auf den Angestelltenbereich übertra-

gen. Die Vergütungsordnung befindet sich weiterhin in gekündigtem Zustand. Setzt sich Zimmermann gegen die Auszubildenden durch, so erleichtert ihm das, auf dem Erlaßwege die Anfangsvergütungen auch im einfachen und mittleren Dienst abzusenken. Die Absenkung der Anfangsvergütungen wäre dabei nur der erste Schritt. Seit langem hat Zimmermann den Auftrag des Bundeskabinetts, die Bedingungen zu prüfen für eine Absenkung der Eingangsbesoldung über die ersten drei bzw. vier Berufsjahre hinaus. Jetzt rächt es sich, daß die Große Tariffkommission die unveränderte Inkraftsetzung der Vergütungsordnung nicht als Forderung in dieser Tarifbewegung erhoben hat. Das als "überraschend hoch" eingestufte Angebot Zimmermanns enthält alle Voraussetzungen, um nach dem Abschluß mit den Lohnsenkungen erst recht anzufangen.

Quellenhinweis: Verschiedene Tageszeitungen v. 26.10.84; Ötv-Eilnachricht 3/84; BWK-Nachrichtenheft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr - (kar)

BRD-Auslandsvermögen

MEHR MÖGLICHKEITEN ZUR ERPRESSUNG

Die Deutsche Bundesbank hat im Oktober die neueste Statistik über das BRD-Auslandsvermögen veröffentlicht. Aus der auf der nächsten Seite abgedruckten Tabelle geht hervor, in welchem Ausmaß die westdeutschen Imperialisten Lohnsenkungen und vergrößerte Intensität der Arbeit der westdeutschen Arbeiter in Konkurrenzvorteile umsetzen konnten. Von 1980 bis 1984 ist das Brutto-Auslands-

de, eine Zivilverwaltung entstand und die kriegerischen Auseinandersetzungen der Stämme untereinander beendet wurden." Und heute? "Sauberkeit und Rechtmäßigkeit seien Korruption und Diebstahl gewichen, und vieles Geschaffene sei dem Verfall preisgegeben. Ich sage das nicht mit Häm, sondern hoffe, daß aus den Fehlern gelernt wird." Zu der politischen Lage stellte von Hassel fest, "es sei nicht das Ziel, die Apartheid zu verteidigen, aber in keinem Land Schwarzafrikas sei das Lebensniveau der schwarzen Bevölkerung so hoch wie gerade in Südafrika". Am Tage des Treffens und eine Woche später wurden in Bad Lauterberg Stände durchgeführt, wo das Flugblatt der Aktions-einheit verteilt wurde. Auf einer Veranstaltung wurde der Film "Der Traum von den verlorenen Kolonien" gezeigt, und es wurden die Interessen des deutschen bzw. westdeutschen Imperialismus erörtert. - (thh)



Der "UNO-Unterausschuß gegen Rassendiskriminierung und zum Schutz von Minderheiten" hat einen Bericht über Firmen erstellt, die zur Festigung des südafrikanischen Siedlerregimes und der Besetzung Namibias beitragen. In diesem Bericht sind rund 500 BRD-Unternehmen aufgeführt, die die Befreiung Namibias behindern, sowie 14 BRD-Firmen, die Südafrika direkt und indirekt militärisch unterstützen, darunter z.B. AEG (Bild), BASF, Siemens. Der Bericht ist erhältlich über: VN, Simrockstr. 23, 5300 Bonn - (uld)

vermögen um fast ein Drittel von 488 Mrd. DM auf 650,7 Mrd. DM gewachsen. Nach Abzug des ausländischen Vermögens in der BRD verbleibt immer noch ein Zuwachs des BRD-Nettoauslandsvermögens um 20 Mrd. DM auf 84,4 Mrd. DM. Die BRD-Imperialisten haben diese Mittel genutzt, um Arbeiter aller Länder auszubeuten und ihre Erpressungsmöglichkeiten gegenüber allen Staaten zu verbessern.

Auslandsvermögen der BRD

In Mrd. DM	1980	1984
insgesamt		
Brutto	488,0	650,7
Netto	64,9	84,4
darunter:		
Währungsreserven		
Brutto	79,0	87,0
Netto	63,4	72,4
Wertpapiere		
Brutto	30,5	58,3
Netto	27,4	53,5
Handelskredite		
Brutto	101,2	134,0
Netto	37,2	52,3
Direktinvestitionen	52,3	78,8

Die Handelskreditforderungen sind brutto von 101 Mrd. DM auf 134 Mrd. DM angewachsen. Die Bundesbank erklärt dies so: "Mit der Expansion der Ausfuhren haben sich ferner die Handelskreditforderungen der Unternehmen stark erhöht." Westdeutsche Kapitalisten halten für 18,9 Mrd DM Handelskredite an Entwicklungsländer in ihren Händen und für 11,8 Mrd DM an Länder des RGW.

Die BRD-Imperialisten konnten ihren Kapitalexport in unerhörtem Tempo steigern. Von 1980 bis 1984 wuchsen die Direktinvestitionen im Ausland um das eineinhalbfache auf 78,8 Mrd. DM.

1984 besitzen westdeutsche Kapitalisten und Leute, die über ausreichende Geldmittel verfügen, doppelt so viele ausländische Wertpapiere wie 1980. Die Bundesbank meint: "Der zeitweise kräftige Anstieg des Dollarkurses und die hohe Verzinsung von Dollaranlagen hat vermutlich viele Anleger bewogen, insbesondere auf Dollar lautende Rentenwerte zu kaufen."

Die Deutsche Bundesbank verfügt mit 87 Mrd. DM über die größten Währungsreserven der Welt. Die Bundesbank hält sie für nötig, "um die vielfältigen außenwirtschaftlichen Belastungen zumindest teilweise auffangen zu können und zugleich keine Zweifel an der ausreichenden Höhe und Verfügbarkeit der Währungsreserven insgesamt aufkommen zu lassen." Die BRD-Imperialisten haben ihre Einmischungen und Erpressungen finanziell weitgehend gesichert. Quellenhinweis: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Oktober 1984 – (clm)

Bundeswehrplanung

AUSWEITUNG DER AUS DEM STAND EINSETZBAREN TRUPPEN

Der von Wörner vorgelegte Plan für die Bundeswehr der 90er Jahre ist am 17. Oktober einstimmig von der Bundesregierung gebilligt worden und wird, so ist zu erwarten, auch bald im Bundestag verabschiedet werden. Im Zentrum der Personalplanungen des Verteidigungsministeriums steht die Erhöhung der Wehrdienstdauer von derzeit 15 auf 18 Monate. Als Folge der Bevölkerungsentwicklung in der BRD ("Pillenknick") sei die Wehrdienstverlängerung zur weiteren Sicherstellung des "Verteidigungsumfangs der Streitkräfte" von 1,25 Millionen Mann unbedingt notwendig, heißt es von der Bundesregierung. Tatsächlich steigt die "Verteidigungsstärke" der Bundeswehr sogar weiter an: Ab 1987 kommen im Rahmen des 1982 unterzeichneten Abkommens über "Wartime Host Nation Support" 90000 Reservisten hinzu. In dem Abkommen mit den USA garantiert die Bundesregierung die zusätzliche Aufstellung von 90000 Mann im Kriegsfall zur Unterstützung der eingesetzten US-Truppen. 60 Bataillone, 80

Wehrpflichtige? Der Überhang von gegenwärtig nicht gezogenen, aber tauglichen Wehrpflichtigen wird in Wirklichkeit erst ab Mitte der 90er Jahre allmählich dazu führen, daß die Armee mehr Männer verlangt als vorhanden sind. Vorausgesetzt ist die jetzige Aushebungsquote von 50 Prozent eines Jahrganges. Die soll aber nach den Planungen der Bundeswehr durch eine Reihe von Maßnahmen zu Gunsten der Armee verändert werden. Wörner preist sie besonders unter dem Gesichtspunkt der "Wehrgerechtigkeit" und verspricht sich 27000 zusätzliche Soldaten:

– Die Tauglichkeits- und Anforderungskriterien werden geändert; mit anderen Worten: Zunehmend werden Kranke und Behinderte bei der Musterung für tauglich oder teilweise tauglich erklärt, fünf Prozent mehr Soldaten sollen dabei herauspringen.

– Die Einberufungshindernisse von wehrdienstfähig Gemusterten sollen reduziert werden. Einberufungshindernisse liegen z.B. vor, wenn ein Wehrpflichtiger einziger Einkom-



Immer mehr Wehrübungen für Reservisten: Hier müssen sie Waffen drillmäßig zerlegen und wieder zusammensetzen.

selbständige Kompanien und ca. 50 Züge werden in den nächsten Jahren als Kadereinheiten neu aufgestellt. Es geht bei den Personalplanungen also nicht nur um Sicherstellung, sondern um Steigerung des BRD-Soldatenaufgebots.

Die Grafiken, die das Ministerium verbreitet, stellen dramatische Einbrüche beim verfügbaren Aufkommen an Wehrpflichtigen im Verhältnis zum Personalbedarf der Bundeswehr von ca. 250000 Wehrpflichtigen dar. 1995 nur noch 166000 anstatt 250000

mensbezieher einer Familie ist oder wenn ein Bauer für die Existenz des eigenen oder väterlichen Hofes unabhkömmlich ist. Indem bei der Einberufung skrupelloser über die Existenzbedingungen der Wehrpflichtigen und ihrer Angehörigen hinweggegangen wird, sollen zwei Prozent mehr zur Verfügung stehen.

– Die Möglichkeit, durch Verpflichtung auf zehn Jahre beim Zivil- und Katastrophenschutz vom Wehrdienst freigestellt zu werden, soll reduziert werden und etwa 2,5 Prozent mehr

Soldaten bringen.

Bis 1971 bestand in der BRD bereits eine 18-monatige Wehrpflicht. Sie wurde verkürzt, weil verhältnismäßig immer weniger Männern das Gehorchen und Schießen beigebracht werden konnte und zu befürchten war, daß bis Ende der 70er Jahre "mehr als eine dreiviertel Million wehrdienstfähiger Bürger überhaupt nicht zum Dienst herangezogen werden" könnte (Weißbuch 71/72). Das Höchstalter für die Heranziehung wurde von 25 auf 28 Jahre erhöht. Das Ergebnis der als liberal und wehrgerecht verkauften Reform präsentiert sich heute vor allem in der enormen Zahl von über zwei Millionen wehrdienstpflichtigen und -fähigen Reservisten (die Altershöchstgrenze bei Reservisten liegt bei 32 Jahren für Mannschaftsdienstgrade) und in der Zahl von über 5 Millionen bundeswehrausgebildeter Männer.

An den Früchten der W-15-Reform von 1971 setzt nun ein weiterer Punkt von Wörners Personalplanung an: Die Zahl der Wehrübungsplätze soll bis 1989 auf 15000 erhöht werden. Bereits jetzt werden immer mehr Reservisten zu Wehrübungen eingezogen: 1983 waren es 157000, 1984 sollen es 190000 und 1985 208000 werden. 15000 Wehrübungsplätze bedeuten, daß pro Jahr 475000 Reservisten mobil gemacht werden. Der "Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.", der bisher als Organisation von kampfgeilen "Ehemaligen" eher ein Randdasein fristete, wird jetzt offiziell als Partner des Verteidigungs-

ministeriums mit der "Betreuung" entlassener Soldaten und der Aufstellung von Verbänden der Heimatschutztruppe und der Wartime Host Nation Support Organisation beauftragt. Die Reservisten erhalten ein eigenes Uniformabzeichen, die Laufbahnen werden attraktiver. So werden die Möglichkeiten der Bundeswehr erheblich verbessert, über den offiziellen Kriegsumfang von 1,34 Millionen hinaus weitere Armeen aus dem Stand aufzubringen.

Die erneute Hochsetzung des Wehrdienstes auf 18 Monate bedeutet ganz besonders, daß die Soldaten in der Truppe ausgiebiger geschliffen und abgerichtet werden können. Die materielle Not der Wehrpflichtigen wird sich noch einmal drastisch vergrößern, denn sie müssen sich drei Monate länger mit dem Hungersold über Wasser halten. Außerdem sinken ihre Chancen, den Arbeitsplatz nach 18 Monaten Abwesenheit auf Dauer zu behalten. Somit werden schließlich noch mehr Wehrpflichtige genötigt werden, sich auf längere Zeit bei der Bundeswehr zu verpflichten. Im Personalkonzept des Verteidigungsministeriums ist daher auch fest einkalkuliert, daß ab 1986 der Prozentanteil von Freiwilligenmeldungen bei den Eingezogenen sich erhöht (z.Zt. verpflichtet sich jeder Zehnte, angestrebt wird jeder Achte) und daß die Verpflichtungsdauer durchschnittlich von bisher 7,4 auf 8,8 Jahre steigt. Bereits seit 1983 werden im Verteidigungshaushalt die Mittel für Zeitsoldatenstellen erhöht; bis 1987 sollen



Wehrdienstverlängerung: drei Monate länger Schinderei und Schikane; völlige Unterwerfung ist das Ziel.

15000 mehr Zeitsoldaten in der Bundeswehr dienen.

Die beschlossenen personalpolitischen Maßnahmen für die Bundeswehr laufen zusammenfassend darauf hinaus, den personellen Stand der stehenden Truppe von 490000 bis zum Jahr 2000 zu garantieren, die NATO-Anforderung von 1,34 Millionen Kriegsstärke abzusichern und darüber hinaus die Bedingungen zu verbessern, aus dem Stand Streitkräfte in Millionenstärke für schnelle Landnahmeoperationen aufstellen zu können.

Quellenhinweis: Die Bundeswehrplanung für die 90er Jahre, BMVg, Oktober 1984; Bundeswehr-aktuell 29.8., 3.10., 19.10.84; loyal (Hrsg. VdRBw e.V.) 2/84 - (jok)

IMMER MEHR DRILL UND SCHINDEREI

Der am 1.10. in den Ruhestand getretene Generalinspekteur des Heeres, General Glanz, ist ein Mann nach Wörners Geschmack. Er würdigte Glanzens "Mühen um eine stärker am Gefecht und Einsatz orientierte Ausbildung" und seine "Forderung nach gesteigerter körperlicher Leistungsfähigkeit aller Soldaten". In den Jahren seiner Inspektorszeit hat sich die Geländeausbildung stark erhöht. Auf- und Absitzen von Panzersoldaten, Schanzen der Infanterie ABC-Alarm, oft bis zur völligen Erschöpfung, gehören dazu. Die Erfindung des gAT - gemeinsames Ausdauertraining - wird Glanzens persönlichem Erfindungsreichtum zugeschrieben und ist ab 1984 allen Einheiten des Heeres mit 40 zusätzlichen Stunden im Jahr vorgeschrieben. Zum Beispiel die Durchführung des gAT im Sanitätsbataillon 1 in Hildesheim: Nach dem Antreten ca. 2 km Lauf im Kampfanzug, unterbrochen von Liegestützen, Treppenbeidbeinig raufspringen u.ä., Zeit zum Duschen gibt es nicht; das Gan-

ze zwei bis dreimal in der Woche jeweils 20 Minuten.

Überhaupt beklagen Offiziere zunehmend einen mangelnden Ausbildungsstand der einfachen Soldaten. Stellvertretend seien hier aus der Zeitschrift "Kampftruppen" drei Hauptmänner zitiert: "- Formalausbildung: Die Soldaten beherrschen nicht die Grundlagen formalen Verhaltens. Meldungen werden nicht geübt. Formen der geschlossenen Ordnung sind nicht sicher. Marsch mit Waffen ist vernachlässigt worden ... - Gefechtsdienst aller Truppen: ... Die Soldaten verhalten sich falsch und beherrschen weder Tarnung, Geländeausnutzung, Tragweise der Waffen, Anschläge, Feuerkampf, Leben im Felde, Orientierung im Gelände noch Alarmpostenausbildung." Mehr Übung sei notwendig, was immer bedeutet: "Nach dem Vormachen und Nachmachen hat das drillmäßige Üben zu erfolgen."

Entsprechend hat der Kommandeur des II. Korps, Generalleutnant Lange, Anfang des Jahres eine Weisung über "kriegsnahe Ausbildung" erlassen. Gegenüber der Anfrage eines SPD-Abgeordneten, der sich an dem Begriff

"kriegsnahe" anstatt dem üblichen "gefechtsnahe" rieb, erklärte Staatssekretär Würzbach, die geforderte größere Härte entspreche dem Auftrag der Bundeswehr nach einsatzfähigen und -bereiten Soldaten.

Ohne die schärfere Schleiferei der Soldaten, ohne daß alle Bewegungen immer und immer wieder gedrillt werden, ohne daß jeder Funke von Widerstand im Schlamm des Truppenübungsplatzes erstickt wird, sieht die Bundeswehrführung keine Chance, die Soldaten auch tatsächlich zum Kämpfen zwingen zu können. Bei 18 Monaten Wehrpflicht sind die Voraussetzungen noch günstiger. Es ist kein Wunder, daß Offiziersgesindel Auftrieb hat wie jener Hauptmann von Rohr aus der Hamburger Röttiger-Kaserne, der trotz vieler Beschwerden wegen Trunkenheit im Dienst, Beleidigung und Mißhandlung von Soldaten weiter im Dienst ist. Er befahl das Feudeln des Rasens vor dem Kompaniegelände und das Reinigen der Stuben in der Nacht von Samstag auf Sonntag.

Quellenhinweise: BW-aktuell 1.10.84; Kampftruppen 4/84; BT-Drucksache v. 19.10.84 - (jok)

CSU-Parteitag

ÜBER DEUTSCH-NATIONALISTISCHES HIN ZUR ABSOLUTEN MEHRHEIT

München. Im Hinblick auf die Landtagswahlen 1986 in Bayern und die "schicksalshafte Wahl im Februar 1987" fand Ende Oktober in München der CSU-Parteitag 1984 unter dem Motto "Kursbestimmung" statt. Nach Aussagen der CSU lag die eindeutige Schwerpunktsetzung bei der Thematik "Was ist des Deutschen Vaterland?", der Frage nach der "Einheit der Nation" und damit verbunden, der Überprüfung der "geistigen Grundlagen" der Unionspolitik, der Frage nach den "substantiellen Werten" der viel beschworenen Wende.

Der Parteitag hat die Strategie der CSU bis 1987 abgesteckt und Propagandaschwerpunkte festgelegt für "Nationales" und "geistige Wende", und zwar nach Aussagen des CSU-Spitzenstrahlers Strauß, Tandler und Waigel aus folgenden Gründen ("angesichts der gegebenen Parteienlandschaft in der Bundesrepublik ... kommt den Unionsparteien und damit der CSU doppelte Verantwortung zu"):

1. Die FDP hat als jetziger Koalitionspartner weder ein "Fundament" noch eine "Ausgangslage", "von denen sich aus sichere und von Existenzsorgen freie Zukunftsrechnungen aufmachen lassen". Die Ziele der Reaktion können nach Meinung der CSU nur mit "politischer Durchschlagskraft" vertreten und gegen eventuelle Widerstände der Lohnabhängigen und Werktätigen nur durchgesetzt werden, wenn die Unionsparteien 1987 die absolute Mehrheit erhalten. Ohne Zweitstimmen von Unionsparteien für die FDP, so die Rechnung von Strauß, fliegt die FDP auch aus dem Bundestag. Das ist für die CSU wünschenswert, verschafft ihnen aber noch nicht automatisch die absolute Mehrheit. Und hier liegt der zweite Aspekt für die obengenannte Schwerpunktsetzung.

2. "Die Übernahme der Regierungsverantwortung durch ein rotgrünes Bündnis ist Alptraum und Schreckensvision." Die absolute Mehrheit ist nur dann für Strauß erreichbar, wenn größere Einbrüche vor allem im GRÜNEN-Lager zu erzielen sind. Dabei will die CSU zwar auch auf das "Rangablaufen" in Sachen "Umweltschutz" setzen, aber nur untergeordnet. Der "Anhangsentzug" der GRÜNEN soll über die "nationale Frage" erfolgen, dann sieht Strauß auch die Möglichkeit, die GRÜNEN langfristig wieder zu vernichten. Die Situation wurde von der Reaktion auf dem Parteitag diesbezüglich wie folgt gekennzeichnet: Die Stimmung im Lande für die Ziele der Reaktion ist nicht besonders gut, aber die Lage im Grund-

de genommen ausgezeichnet. Als Beweis dafür galten von der Reaktion gestartete Meinungsumfragen mit folgendem Ergebnis: 51% der Bevölkerung der BRD verbinden unter dem Stichwort "Deutsche Nation" eine Vorstellung, die auf jeden Fall über die Gebiete der BRD hinausreicht. Auf die Frage "Ist die Wiedervereinigung wichtig oder nicht?" antworteten 66% der Befragten, sie würden sich die "Wiedervereinigung wünschen". Diese Ergebnisse kennzeichnen die prächtige Lage für verstärkte Anstrengungen

einem falschen Inhalt füllen ... Wir wurden nach dem katastrophalen Irrweg der deutschen Politik im zweiten Weltkrieg mit dem Nichts konfrontiert. Wir haben die historische Lektion begriffen. Deshalb wenden wir uns gegen einen neutralistischen Nationalismus oder einen nationalistischen Neutralismus, mit dem heute Rattenfänger durch unser Land ziehen, um damit eine Entwicklung einzuleiten, die zum dritten Mal in einem Jahrhundert eine verhängnisvolle Fehlentwicklung bedeuten würde ... Wer so schön davon spricht, vom deutschen Boden darf nie mehr ein Krieg ausgehen ..., der unterschreibt das nicht mit leichtem Herzen, mit flammender Feder! Der muß aber dann auch die politischen Konsequenzen ziehen. Wer in Europa die Stabili-



Von links nach rechts: Dr. Waigel, CSU-Landesgruppenchef im Bundestag, Strauß, Gerold Tandler, CSU-Fraktionschef im Bayerischen Landtag und amtierender CSU-Generalsekretär, Dr. Mathilde Berghofer-Weichner, stellv. Landesvorsitzende der CSU

einer nationalistischen Sammlungsbeziehung, wobei das Problem zu lösen sei, daß trotz dieser positiven Umfrage die Mehrheit der Befragten aber nicht bereit sei, ihre "Freiheit und Selbstbestimmung" notfalls auch der Notwendigkeit der "nationalen Einheit" zu opfern. Lapidar könnte man also sagen: Die CSU läßt sich die nächste Zeit davon leiten, daß zwar die Mehrheit in der Bevölkerung für "Wiedervereinigung" ist, aber daß noch einiges getan werden muß, um sie für ein aktives Eintreten mit der Waffe in der Hand für "die Einheit der Nation" zu gewinnen oder auch reinzupressen.

Und an diesen Punkten soll sich jetzt verstärkt etwas ändern: "Unsere Partei steht fest auf dem Boden des christlich-sozialen Gedankengutes in seiner modernen Ausprägung und unsere Partei ist eine liberal-konservativ-nationale Partei im besten Sinne des Wortes. Wenn wir den Begriff der Nation nicht besetzen, dann werden andere ihn besetzen und mit

tät auflöst, indem das politische Kernland, die strategische Zentrale und wirtschaftlich stärkste Potenz Europas in eine chaotische Innenpolitik hineingerät, mit unübersehbaren Auswirkungen auf die Bündnispolitik, der löst eine unheilvolle Entwicklung aus ..."

Das läßt eine noch massivere Propagandaschlacht seitens der Reaktion für deutsch-nationalistisches Dreckszeug in naher Zukunft erwarten. Sie will damit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Ihre Anhängerschaft auf der Grundlage mobilisieren, daß es wieder "legal" und "modern" wird, für großdeutsche Ziele einzutreten, und zum anderen Einbrüche beim "nationalen Neutralismus" zu erreichen, dessen Positionen sich bekanntlich von der Sozialdemokratie über die GRÜNEN bis in die Reihen sozialistischer Organisationen erstrecken. Eine Legalisierung faschistischer Ideen wird allein schon mit dem Thema "Was ist des Deutschen Vaterland?" gesetzt. Man hat dieses Thema gewählt

(Text aus einem Gedicht von Ernst Moritz Arndt, 1813), weil: "Das Gedicht setzt ein begeisterndes Kriegsziel. Des Deutschen Vaterland soll, muß größer, viel größer sein, als irgend eine der Regionen, in der die deutsche Sprache gesprochen wird." Was die Herstellung der Verbindung von Konservatismus zu Neo-Faschismus anbelangt war zu hören: "Könnten nicht gerade Christdemokratische Politiker einmal deutlicher aussprechen, daß es nunmehr gelte, mit stolzer Dankbarkeit nicht nur auf eine reiche Kulturgeschichte, sondern auch auf eine bedeutende nationale und politische Geschichte zurückzublicken? Die geistige Wende muß sich auf eine Radikalität besinnen, die sich auf die letzten Wurzeln unserer Kultur bezieht..."

Als konkrete Position der "Besetzung des Begriffes Nation" wurde beschlossen:

1. Grundlage ist die Dreimächte-Erklärung von 1954, die die endgültige Festlegung der Grenzen "Deutschlands" offenhält. "Einseitig und verpflichtungswidrig von der Sowjetunion geschaffene Realitäten, z.B. auch hinsichtlich der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie, sind für das deutsche Volk keine akzeptable Lösung."

2. Die deutsche Frage ist hartnäckig völkerrechtlich offenzuhalten, die Propaganda um das "Selbstbestimmungsrecht" soll verstärkt laufen ("Das Selbstbestimmungsrecht ist das legitime Ausdrucksmittel der gesellschaftlichen und kulturellen Identität einer Nation. Selbstbestimmung und Nationalgefühl bedingen einander...").

3. Das Bewußtsein und Gefühl der Zusammengehörigkeit im deutschen Volk ist wachzuhalten und gezielt zu fördern ("z.B. durch Schaffung einer deutschen Nationalstiftung als gesamtdeutsche Repräsentationseinrichtung").

Gefüllt mit diesen Inhalten soll im Zentrum der "geistigen Wende" die Überlegung stehen:

"Die christlich-demokratische Politik müßte täglich von neuem beweisen, daß man sein Leben erst dann richtig lebt, wenn man es für andere lebt. Der Durchschnittsbürger ist gerne bereit, seinen Gürtel ein wenig enger zu schnallen, wenn er nur das Gefühl haben dürfte, es geschähe gewisser Werte wegen. Es gilt darzustellen, daß sich christlich-demokratische Politik an so etwas wie dem Wesen des Menschen ausrichtet und andererseits das Kulturerbe der Nation ernst nimmt."

Quellenhinweis: Bayernkurier vom 20. und 27.10.84; Reden von Strauß, Lobkowitz, Golo Mann, Lintner auf dem Parteitag; sowie sämtliche veröffentlichten Parteitagsmaterialien. — (kag)

Revanchismus

DIE REAKTION PLANT EINE GROSSE KAMPAGNE — WAS UNTERNIMMT DIE MARXISTISCHE GRUPPE?

Am 8. Mai 1985 ist der 40. Jahrestag der Niederlage des Hitler-Faschismus. Die reaktionären Kräfte wollen diesen Jahrestag mit Provokationen begehen und planen für den gleichen Zeitraum eine umfangreiche Revanchismuskampagne, die die bisherigen Drohungen, Lügen und Ansprüche gegen die osteuropäischen Staaten in den letzten Monaten weit in den Schatten stellen soll. Vom 14. bis 16. Juni findet das Deutschlandtreffen der "Schlesier" in Hannover statt. Vom Motto wie im vorletzten Jahr: "Heimat Schlesien, Vaterland Deutschland" kann nicht mehr die Rede sein. Kriegerische Drohungen werden angekündigt: "40 Jahre Vertreibung — Schlesien bleibt unser". Die kriegstreibenden Reden sollen Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Albrecht halten. Dies ist eine Mobilisierung aller reaktionären und faschistischen Kräfte mit der Absicht, die ungebrochene Tradition von "Deutschland in den Grenzen von 1937" zu bestärken und die Ideologie zu verbreiten, daß Hitler vor 40 Jahren den bolschewistischen Angriffen nicht mehr standhalten konnte und die Gefahr eines solchen bolschewistischen Angriffes heute größer denn je sei. Gelingt der Bundesregierung und den Vertriebenenverbänden eine Mobilisierung von weit über 100000 Leuten und werden die kriegstreibenden Forderungen in der öffentlichen Meinung kritiklos hingenommen, wäre dies bereits ein Erfolg der Reaktion, Kriegsziele populär zu machen und sich Anhang zu verschaffen. Diese Kriegsvorbereitungen sollten von den antifaschistischen, sozialistischen und kommunistischen Kräften auf

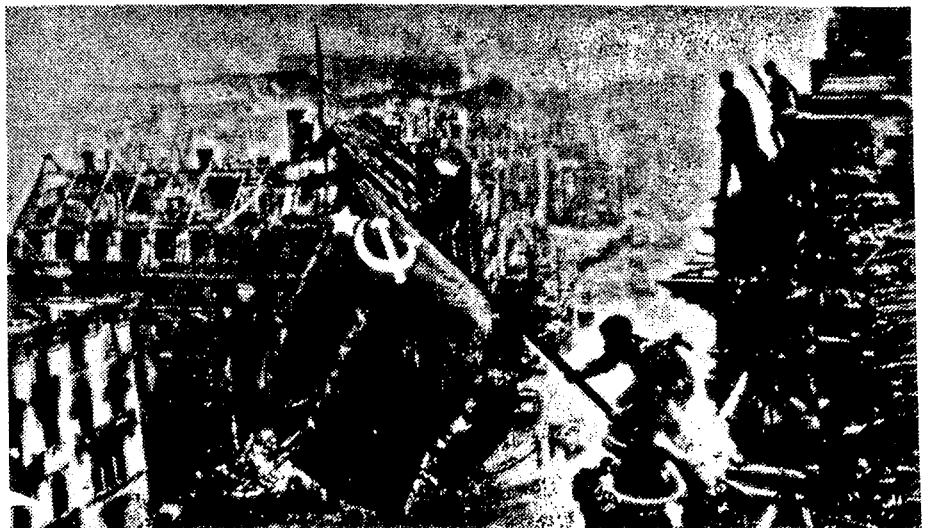
Veranstaltungen und Demonstrationen anläßlich des 8. Mai angegriffen werden. Und wenn die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Vertriebenenverbände im kommenden Jahr zum 17. Juni zahlreiche Veranstaltungen zur "Wiedervereinigung" durchführen, sollten deren Ziele angegriffen werden.

Offensive der Vertriebenen und der Bundesregierung

Deutlicher als viele anderen revolutionär-sozialistischen Organisationen schildert die Marxistische Gruppe (MG) in ihrer Zeitschrift "MSZ, Gegen die Kosten der Freiheit" im August dieses Jahres diese zunehmenden Aufmärsche der Vertriebenenverbände und stellt den Zusammenhang zur Regierungspolitik her:

"Die Sudetendeutschen gaben zu Pfingsten wieder einmal den angeblich 'vom Aussterben bedrohten Deutschen' ein Vorbild: Sie werden immer mehr! In München 'rotteten sich 150000 zusammen' — so formulierte die Regierung der CSSR in einer von Bonn 'scharf zurückgewiesenen' Protestnote — und feierten im Angesicht einer Landkarte mit erklecklichen Teilen des Territoriums der CSSR und der VR Polen ihr 'kulturelles und geschichtliches Erbe'.

Lange vorbei sind die finsternen Zeiten, in denen bestimmten Sprechern der Landsmannschaft selbst von demokratischen Politikern Revanchismus unterstellt wurde, weil die Heimatvertriebenenpolitik nicht zur Sprachregelung der Ostpolitik in



2. Mai 1945: Russische Soldaten hissen auf dem Reichstagsgebäude die sowjetische Fahne

'Entspannungszeiten' paßte. Erstmals nahm mit Carstens der Bundespräsident am 'Deutschland-Treffen' teil und verkündete als Programm der ganzen Nation, worauf die Vertriebenenpolitiker ihren 'Rechtsanspruch' gründen:

'Die deutschsprachigen Gebiete Böhmens und Mährens waren historisch gesehen Kernlandschaften deutscher Kultur. Dieses sudetendeutsche Kulturerbe ist ein wesentlicher und unverlierbarer Teil der deutschen Kultur.'...

Aber gegen die 'kommunistische Unkultur', gegen die die gesamte NATO mobilmacht, eignen sich deren bei uns ansässig gewordenen 'Opfer' bestens, um die alten Rechnungen mit aktuellem Zahlenmaterial offenzuhalten bzw. ganz neu aufzumachen. Die Vertriebenenfunktionäre haben denn auch die für sie günstige politische Konjunktur erkannt und formulieren zeitgemäß flexibel ...

Und Bundesminister Windelen (CDU) forderte 'Volksgruppenrechte für die in Polen lebenden Oberschlesier'. Es wird also nicht mehr die Parole 'Heim ins Reich!' für die 'ehemaligen deutschen Ostgebiete' ausgegeben, sondern ganz offen die Forderung aufgestellt, die im Feindesland verbleibenden Landsleute zu einer vorgeschobenen Bastion auszubauen, bis das Freiheitsreich auch zu ihnen kommt." (1) (Alle Hervorhebungen im Original, d. Verf.)

Im April 1983 wandte sich die Marxistische Gruppe an die Friedensinitiativen während der Ostermärsche und an die revolutionären Sozialisten mit dem Vorschlag, gemeinsam am 17. Juni "Gegen den BRD-Imperialismus! Gegen die gewaltsame deutsche Wiedervereinigung im NATO-Weltkrieg" zu demonstrieren. Die MG ergriff diese Initiative und wurde tätig, obwohl für sie zum damaligen Zeitpunkt "Revanchismus" etwas ganz Altertümliches war, und zu den Vertriebenenverbänden bemerkte sie im Juli 1983 nichtsahnend:

"Ausgestattet mit ihrem Umtata, Knickerbocker, Borten, Fransen, Tanz- und Liedergut, das bislang bei den Heimatabenden seine sinnstiftende Aufgabe erfüllte, wittern sie anlässlich der politischen Offensive gegen Osten und der damit einhergehenden Konjunktur antikommunistischer Propaganda die Gunst der Stunde, um als treue Amis, Bundesdeutsche, Kanadier, Österreicher

etc. mit ihrem 'Sudetendeutschengefühl' die NATO-Freiheitsmission zum Privatverhältnis auszugestalten. Bei dieser Fleißaufgabe westlicher Untertanen spielt es auch gar keine Rolle, ob sie jetzt selber aus der CSSR emigriert sind, oder bloß der Opa, und daraus erklärt sich auch die Heuchelei, daß Leute ihr 'Rüberwollen' demonstrieren, obwohl kein einziger daran denkt, es ohne NATO-Marschbefehl zu tun. Wie denn auch? Denn daß die Pershings und die Bundeswehr zur Wiedereroberung ihrer Gutshöfe aufgestellt würden und die Sudetendeutschen hinter der NATO drein sie wieder ordentlich sudetendeutsch begrünen würden, das glauben nicht einmal die Vorzeigevertriebenen im Rollstuhl." (2)

Trotz dieser verharmlosenden Beurteilung der Vertriebenenverbände bewirkte die Initiative der MG, daß nicht nur der BWK den Vorschlag begrüßte, am 17. Juni gemeinsam in Bonn zu demonstrieren, sondern daß auch einige Aktionen anderer Organisationen, z.B. Störaktionen bei örtlichen Veranstaltungen zum 17. Juni stattfanden, an denen sich auch Mitglieder anderer Organisationen beteiligten, z.B. die der KPD. Die GRÜNEN blieben immerhin den Sondersitzungen des Deutschen Bundestages zum 17. Juni in den letzten beiden Jahren fern.

Die westdeutschen Kriegsziele

Die Kriegsziele, die die BRD-Imperialisten mit der Stationierung der Mittelstreckenraketen verfolgen, beurteilte die Marxistische Gruppe in den letzten Jahren falsch. Zum Zeitpunkt, als sie am 10. Juni 1982 aufrief, in Bonn anlässlich des NATO-Gipfels gegen den "NATO-Imperialismus" und die "deutsch-amerikanische Kriegsallianz" zu demonstrieren, griff die Marxistische Gruppe NATO- oder US-Interessen an. Von westdeutschen Kriegszielen war nicht die Rede. Das Kriegsziel bestand im freien Kapitalverkehr des Westens in den Osten und nicht in der Eroberung von Land und der Ausbeutung von mehr Leuten durch bestimmte imperialistische Mächte:

"Die NATO verteidigt keine kleinlichen Grenzen oder bornierten nationalen Interessen, sondern Werte: die der Freiheit und der Demokratie ... Der Rechtsanspruch des Kapitals auf Menschenmaterial und Natur sämtlicher Weltgegenden hat sich als nationales Interesse der USA so sehr bewährt, daß diese Nation nicht nur alle anderen Nationen zu den Bedingungen ihres Weltmarkts überredet hat, sondern ihnen darüberhinaus das supranationale Anliegen und den gemeinsamen Kriegszweck vorgeschrieben hat." (3)

nationale Anliegen und den gemeinsamen Kriegszweck vorgeschrieben hat." (3)

Die Marxistische Gruppe schreibt heute, daß es auch um "Land und Leute" ginge. Sie weist auf den Zusammenhang der revanchistischen Propaganda der BRD zur "deutschen Frage" mit solchen aggressiven Losungen der BRD wie "Weg mit Jalta" und "europäische Einigung" hin:

"Das soll die Russen beruhigen, wenn westdeutsche Politiker ihnen treuherzig versprechen, ihre 'nationale Frage' nicht im 'Alleingang' zu lösen, sondern gleich ganz Europa einzubeziehen und eine 'europäische Frage' daraus zu machen —?! Ist damit der Anspruch, das Kriegsergebnis umzustürzen und die souveräne Macht über Land und Leute auf dem 'alten Kontinent' neu zu verteilen, nicht bloß noch maßloser geworden?"

Mehr noch: Die Bundesregierung weist immer mit bestem Gewissen darauf hin, ein deutsch-nationaler Revanchismus könne ohnehin keinen Erfolg haben; die 'Frage' sei europäisch anzugehen; nur so wäre sie realistisch gestellt. Ja, ist das mit dem 'Realismus' jetzt so gemeint oder nicht? Dann heißt das aber doch auch: Die staatlichen Abgrenzungen gleich in ganz Europa in Frage zu stellen, das hält die Bundesrepublik für den einzig erfolgversprechenden Weg, das ärgerliche Ergebnis des verlorenen Hitler-Krieges ungeschehen zu machen." (4)

Seitdem die Marxistische Gruppe von westdeutschen Kriegszielen spricht, wenn sie die Kriegsvorbereitungen der Reaktion begründet, stellt sie auch einen direkten Zusammenhang zwischen der Stationierung der Mittelstreckenraketen und der Deutschlandpolitik der BRD her: "Seitdem die Bundesrepublik eine Zweitausgabe des US-Raketententials auf ihrem Territorium stationiert hat, demonstriert sie dem Osten gegenüber auffallend viel Bereitschaft, von dem Raketenhemd abzusehen und für Entspannung und Frieden zu wirken..."

Im Klartext: Die Sowjetunion hat die europäische Aufrüstung hinzunehmen und ansonsten die friedlichen Beziehungen zum Westen fortzusetzen — zu den Konditionen, die man hier aufstellt...

Sie (die Bundesregierung, d. Verf.) weisen lauter Erfolge vor mit dem Gestus: Da seht ihr, die Politik der Härte zahlt sich aus!

Die deutsche Frage kommt voran — mit den Raketen!" (5)

Werden die Möglichkeiten der Bundesregierung, die osteuropäischen Staaten noch stärker zu erpressen, nicht in dem Moment zunehmen, wenn erst einmal alle Raketen stationiert sind? Die "Washington Post" hatte berichtet und berief sich auf vertrauliche Berichte aus dem Verteidigungsministerium, daß zur Zeit mindestens 45 von insgesamt 108 für die BRD geplanten Pershing-Raketen installiert seien.

Aktionen gegen die Reaktion sind wichtig

40 Jahre verlorener Hitler-Krieg, das ist ein schmerzhafter Termin für die herrschende Bourgeoisie in der BRD. Das wird die Bundesregierung anspornen, ihre Ansprüche auf "Deutschland in den Grenzen von 1937" als verteidigungspolitischen Auftrag darzustellen und der Sowjetunion ein "Offensivkon-

legung an, ob an dem sowjetischen Vorwurf vielleicht irgendwo irgendwie was dran sein könnte. Stattdessen ergeht man sich in Spekulationen, was für 'deutschlandpolitische' Streitereien wohl im Kreaml ausgetragen würden um die richtige Linie gegenüber DDR und BRD." (6)

Das ist nicht richtig. Es gibt einige Leute und Organisationen, die die sowjetischen Revanchismusvorwürfe an die Regierung der BRD berechtigt finden und auch was gegen die BRD unternehmen wollen. Ist nicht ein ganz anderer Vorgang bemerkenswert: Die Marxistische Gruppe ist noch vor zwei Jahren mit teilweise schwächeren Argumenten gegen die Popularisierung von Krieszielen für eine Demonstration am 17. Juni in Bonn eingetreten. Heute meßt ihr den westdeutschen Interessen bei den Kriegsvorbereitungen der Imperia-

schen Güter und schlesischen Gruben zurückverlangen, lange Jahre im Untergrund tätige 'Kreise', die jetzt wieder Oberwasser bekommen — mit denen würde die Sowjetunion auch wohl fertig. — Es sind die demokratisch vom deutschen Volk gewählten ehrenwerten Politiker, die nicht 'im Schatten der Raketen' zum Zug kommen, sondern diese Dinger gewollt haben, um die mit der Gründung der BRD verfolgten Berechnungen in allen Richtungen wahrzumachen... Es sind nicht lange Jahre hindurch mehr oder weniger erfolgreich unterdrückte 'Kreise', 'Kräfte' oder 'Tendenzen', sondern die Erben der Kalten-Kriegs-Politik eines Adenauer und der Ostpolitik eines Brandt und Schmidt, die die Erfolge ihrer Vorgänger fortsetzen." (7)

Diese Kritik endet dann:

"Ein Jahrzehnt lang hat die sowjetische Außenpolitik sich darauf verlassen, daß die leidige innereuropäische Grenzfrage erledigt wäre und niemand sie mehr praktisch aufwerfen will. Jetzt wird ihr mitgeteilt, daß das eine Täuschung war und ist." (8)

Wird diese Kritik aber nicht zur billigen Ausrede, wenn die Marxistische Gruppe, schon ohne die westdeutschen Kriegziele berücksichtigt zu haben und ohne Kritik am Revanchismusbegriff der Sowjetunion geführt zu haben, der westdeutschen Reaktion nicht auf den Leim ging und zu Aktionen "gegen die Deutsche Wiedervereinigung im NATO-Weltkrieg" aufrief, jetzt aber keine Konsequenzen aus ihren Schlußfolgerungen zieht?

Gegen die geplante umfangreiche Revanchismuskampagne sind unseres Erachtens verschiedene Aktionen, Veranstaltungen und Demonstrationen möglich und nötig, nicht unbedingt entscheidend ist dafür eine bundesweite Demonstration in Bonn.

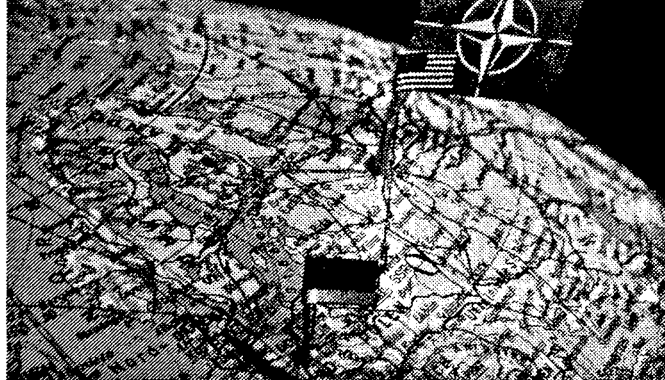
Auf der gemeinsamen Kundgebung von MG und BWK am 17. Juni 1983 wurden folgende abschließenden Schlußfolgerungen getroffen, die unseres Erachtens auch für die bevorstehende Revanchismuskampagne von Regierung und Vertriebenenverbänden zutreffen:

"Mit dem gediegenen guten Gewissen von Schreibtischtätern feiern die Führer der westdeutschen Nation heute ihren selbstgewählten und verhängten nationalen Kampfauftrag. Wir wollen dafür sorgen, daß ihnen ihre Festtagslaune vergeht!" (9)

Quellenhinweis: (1) MSZ 7-8/84, S.25/26; (2) MSZ 4/83, S.35; (3) MSZ 6/82, S. 43-45; (4) MSZ 9/84, S.21-22; (5) MSZ 9/84, S.16-18; (6) MSZ 9/84, S.22; (7) MSZ 9/84, S. 21; (8) MSZ 9/84, S.22; (9) Abschlußrede, 17. Juni 1983. — (jöd, rül)

Der real existierende Revanchismus

Ein wiedervereinigtes Deutschland
in einem geeinten Europa!



Links: Titelbild der MSZ 9/84. Rechts: Kohl vor dem Vertriebenenentreffen am 2. September in Braunschweig

zept" zu unterstellen. Für dieses "Offensivkonzept" führt die Bundesregierung jetzt "Beweise" an: "Nahezu täglich" würden die sowjetischen Streitkräfte in der DDR Angriffsbewegungen "auf dem Gebiet der Bundesrepublik" stabsmäßig planen und ablaufen lassen. Aber in welchem Verhältnis stehen diese angeblichen Übungen zu den verfassungsrechtlichen Kriegszielen der BRD? Und all dies, nachdem die Bundesregierung die "Revanchismuskritik" der Sowjetunion vor einigen Wochen noch als Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurückwies und der Sowjetunion drohte, solche Vorwürfe seien vertragsbrüchig. Die Marxistische Gruppe klagt über die Frechheiten der Regierung und schreibt:

'Kein Mensch stellt überhaupt öffentlich die aller kleinste Über-

listen viel größere Bedeutung bei. Welche Konsequenzen zieht ihr daraus? Und ist es nicht ermüdend, die sowjetische Revanchismuskritik von links zu kritisieren und selber untätig zu bleiben:

"Als Teilhaber an der westlichen Sorte Weltherrschaft sind die Ansprüche der kleinen BRD denn auch ganz anders beschaffen, als es die sowjetische Revanchismuskritik sich ausmalt. Es sind eben nicht die 'Ewig-Gestrigen', die Stalingradverlierer, die Waffen-SS, das braune Gesindel, die jetzt wieder aus ihren Löchern hervorkommen, der deutsche Militarismus, der auch gegen England und Frankreich zwei verlorene Weltkriege rächen will, die Junker und Schlotbarone, die ihre pommer-

Südafrika/Azania

STÄRKUNG DER UNABHÄNGIGEN GEWERKSCHAFTEN
UND FORTSCHRITTE IN DER ZUSAMMENARBEIT

Nicht nur der erfolgreiche Aufbau einer unabhängigen Gewerkschaft der schwarzen Bergarbeiter, der National Union of Mineworkers (NUM), sondern auch die zahlreichen Kämpfe der azanischen Arbeiter, die sich in unabhängigen Gewerkschaften in anderen Branchen zusammengeschlossen haben, weisen daraufhin, daß die unabhängigen Gewerkschaften der schwarzen und farbigen Arbeiter ihren Einfluß im vergangenen Jahr haben stärken können. Südafrikanische Zeitungen, z.B. die "Rand Daily Mail", berichten, daß 1984 bereits mehr Streiks stattgefunden haben als 1982, dem Jahr mit den bisher meisten Streiks.

Für die Fortschritte, die die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren gemacht hat, finden sich verschiedene weitere Anhaltspunkte:

– Die NUM konnte mit den Streiks in diesem Jahr erreichen, daß erstens der alte Mindestlohn für ungelernte Arbeiter in den Minen von bisher 129 Rand um 25% erhöht wurde. Ein großer Erfolg für die azanische Bergarbeitergewerkschaft ist, daß der Plan der Bergwerkskapitalisten fehlgeschlagen ist, diese Erhöhung nur an die etwa 70000 Mitglieder der NUM auszusahlen. Die NUM hatte nach dem Vertragsabschluß erklärt, daß die Bergwerkskapitalisten nicht damit rechnen könnten, daß die Arbeiter an ihre Arbeit zurückkehrten, wenn die übergroße Mehrheit von ihnen auf das vereinbarte Ergebnis verzichten müßten. Zweitens mußte sich der Verband der Bergwerksbesitzer, die Chamber of Mines, verpflichten, Verhandlungen über Sicherheitsstandards in allen Bergwerken zu beginnen. Die NUM verlangt das Recht für alle Arbeiter, die Arbeit zu verweigern, wenn die Sicherheitsstandards nicht eingehalten werden.

– Zehn unabhängige Gewerkschaften, die in der Metallindustrie arbeiten, traten bei Verhandlungen mit dem Kapitalistenverband SEIFSA mit der gemeinsamen Forderung nach einem "Mindestlohn, der zum Leben reicht", an. Obwohl sie konkret verschiedene Forderungen erhoben, einigten sie sich darauf, daß der Mindestlohn in der Metallindustrie, der bei 1,53 Rand lag, auf mindestens 2,50 Rand angehoben werden müßte. Die Metallkapitalisten versuchten zunächst, die unabhängigen Gewerkschaften auseinanderzuspalten. Sie wollten nur mit der zum Gewerkschaftsbund FOSATU gehörenden unabhängigen Gewerkschaft MAWU verhandeln, die auch weiße Arbeiter organisiert. Der SEAWU, einer weiteren

großen Gewerkschaft in der Metallindustrie, boten die Kapitalisten gesonderte Verhandlungen an. Die SEAWU ist eine schwarze Gewerkschaft, die dem Gewerkschaftsbund CUSA angehört. Mit den kleineren schwarzen, z.T. örtlichen oder nur in einer speziellen Branche arbeitenden Gewerkschaften wollten die Kapitalisten überhaupt nicht verhandeln. Die unabhängigen Gewerkschaften hielten an ihrem Standpunkt fest, daß sie nur gemeinsam verhandeln würden. Sie konnten eine tarifliche Vereinbarung erreichen, nach der der Mindestlohn in der gesamten Metallindustrie ab 1. Juni bei 2,10 Rand liegt.

– In diesem Jahr finden sich zum erstenmal in der südafrikanischen Presse Berichte über Kämpfe von Landarbeitern. Z.B. unterstützte die GWU den Kampf von 20 Arbeitern und ihren Familien, die auf einer Milchfarm arbeiteten, gegen ihre Entlassung und Vertreibung von der Farm. Die FBWU, die zur CUSA gehört, nahm im Februar 30 Landarbeiter von Milchfarmen in der Nähe von Olifantsfontein während eines Streiks

durch Ausdehnung der Einkommenssteuer auch auf schwarze Arbeiter und die Erhöhung der Verkaufssteuer. Gegen die Erhöhung der Verkaufssteuer begründeten sie ihre Ablehnung in einem offenen Brief an die Regierung:

"Die Erhöhung bedeutet eine große Senkung der Einkommen der arbeitenden Klasse und der Armen..."

Südafrika muß seinen militärischen Ausbau beenden, um den Etat auszugleichen. Die Arbeiter zu zwingen, für die Fortdauer des Apartheid-Regimes zu zahlen, kann nur Bedingungen für Unruhe schaffen."

– Dieselben Gewerkschaften wandten sich im Juli ebenfalls mit einem offenen Brief gegen die Planungen der Regierung, die Gewerkschaftsgesetzgebung zu verschärfen. Die Regierung will durchsetzen, daß künftig ein Staatsbeamter darüber entscheiden soll, ob eine Gewerkschaft registriert werden kann, nichtregistrierte Gewerkschaften sollen illegal sein und ihr Vermögen sofort eingezogen werden. Nur Verträge, die mit registrierten Gewerkschaften abgeschlossen sind, sollen Gültigkeit haben. Die Gewerkschaften kündigten an, daß sie mit allen Mitteln gegen dieses Gesetz vorgehen wollen.

– Im August dieses Jahres gaben die sechs Gewerkschaften und Gewerkschaftsbünde bekannt, daß sie sich auf die Gründung eines gemeinsamen



Auch gegen den ersten legalen Bergarbeiterstreik haben Kapitalisten und Regierung bewaffnete Polizeitruppen eingesetzt. 450 Bergarbeiter sind seither inhaftiert, Hunderte verletzt und mehr als 20 erschossen. In den Siedlungen im Minengebiet setzt die Regierung nun auch die Armee ein (Bild).

von Molkereiarbeitern auf. Die 400 Molkereiarbeiter einer großen Molkerei streikten, weil sie ein Verbot von Prügeln und anderen physischen Strafen und Antreibermethoden erreichen wollten. Mehrere Farmarbeiter schlossen sich diesem Streik an.

– Die Gewerkschaftsbünde CUSA, FOSATU sowie die Gewerkschaften GWU, CCAWUSA, CTMWA und FCWU (1) verfaßten gemeinsame Erklärungen gegen die von der südafrikanischen Regierung beschlossene Erhöhung der Steuern für Schwarze

Dachverbandes geeinigt hätten. Der nun vorliegende Entwurf für eine Satzung des Dachverbandes wird den Mitgliedern der Gewerkschaften zur Abstimmung vorgelegt werden. Der Einigungsprozeß zwischen den Gewerkschaften ist schwierig. In diesem Zusammenschluß sind sowohl Gewerkschaften vertreten, die sich zum Teil den Registrierungsverfahren der Regierung unterworfen haben und die auch weiße Arbeiter organisieren, wie der Gewerkschaftsbund FOSATU, aber auch unabhängige Gewerk-

schaftsbünde, die keine weißen Arbeiter aufnehmen und wie CUSA nach Branchen organisiert sind, oder die örtlich und regional organisierte GWU. Die Verhandlungen für den Satzungsentwurf haben über zwei Jahre gedauert. Zeitweise haben zwölf weitere Gewerkschaften teilgenommen.

Die jetzt vorliegende Satzung soll nach Berichten der azanischen Zeitschrift "Work in Progress" folgende Grundsätze festhalten: – Die neue Föderation lehnt die Registrierungsvorschriften der Regierung ab. – Sie setzt sich zum Ziel, vor allem die schwarzen Arbeiter zu organisieren; die Funktionäre der Föderation dürfen in der Regel keine Weißen sein. – Die Föderation sieht ihre Aufgabe darin, den Kampf der Arbeiter gegen das rassistische Regime an allen Fronten zu unterstützen.

Die CUSA begründet ihre Teilnahme damit, daß auch ein Zusammenschluß, der nur Teile der Gewerkschaftsbewegung zusammenfasse, ein

Fortschritt gegenüber der jetzigen Zersplitterung bedeute, denn der Föderation würden dann um die 300000 Arbeiter angehören – das wäre der größte Zusammenschluß azanischer Arbeiter, der bisher in Südafrika existiert hat. Jedoch sei die Föderation, wenn sie zustande komme, nur ein Schritt auf dem Weg zur Einheit der Gewerkschaften. Auf keinen Fall richte sich der Zusammenschluß gegen die anderen unabhängigen Gewerkschaften.

– Sieben nichtregistrierte unabhängige schwarze Gewerkschaften haben im Juni bekanntgegeben, daß sie ebenfalls eine Allianz gebildet haben. Sie wollen bei Veröffentlichung der Grundsätze der Föderation beraten, ob sie daran teilnehmen können. Vorrangig müßten sie prüfen, ob die neue Organisation einen Fortschritt für den Befreiungskampf der schwarzen Arbeiter ermöglichen könne.

(1) FOSATU: Föderation südafrikanischer Gewerkschaften, CUSA: Rat

TERROR GEGEN ERFOLGE DES WIDERSTANDES

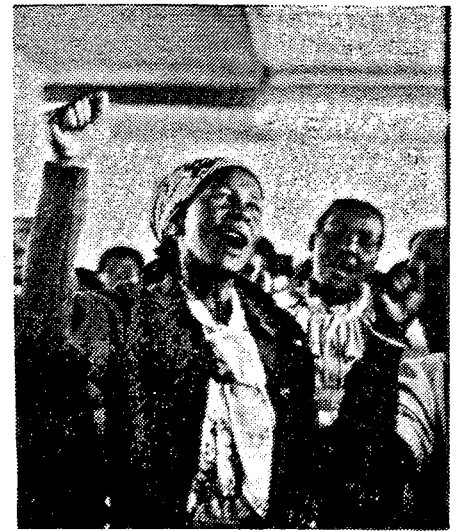
Die schwarze Stadt Sebokeng, 65 km von Johannesburg entfernt, wurde von der bürgerlichen Presse und dem Fernsehen ausgewählt zur Berichterstattung, nicht als Beispiel für den heftigen Widerstand der schwarzen Bevölkerung, sondern als Beweis dafür, daß die weiße Regierung durch Einsatz von Polizei und Militär Herr der Lage bleibe. Bilder im Fernsehen sollten zeigen, daß die Schwarzen den Terror willenlos über sich ergehen lassen und wie Gegenstände nach erfolgter Razzia mit Aufklebern gekennzeichnet werden können. Trotz Verbot hatten die Einwohner Sebokengs eine Trauerfeier für einen umgebrachten Jugendlichen organisiert, Anlaß für Polizei und Militär, am 23.10. 18000 Häuser zu durchsuchen, 348 Schwarze zu verhaften und über 80 zu töten.

Mit ähnlichen Aktionen hat die Regierung auch den Widerstand in anderen Wohnorten der Schwarzen zu unterdrücken gesucht, nachdem Ende September vier Behörden von schwarzen Townships erklären mußten, die geplanten Mieterhöhungen seien ausgesetzt. Zugleich führen Tausende von Schülern seit August Schulstreiks durch. Die Regierung bekämpft die zunehmende Verbindung dieser Volkskämpfe mit denen der schwarzen Gewerkschaften. Sie bereitet offensichtlich die Illegalisierung der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) und des Nationalen Forum Komitees (NFC) vor. Anfang Oktober hat sie den Generalsekretär der UDF, Pfarrer Molefe, auf unbestimmte Zeit ins Gefängnis geworfen aufgrund des Gesetzes für In-

nere Sicherheit. Bereits im September waren führende Mitglieder des NFC verhaftet worden.

Zwei Leitungsmitglieder des Kongresses südafrikanischer Studenten (COSAS) erklärten in einem Interview mit der "tageszeitung" die Gründe für die monatelangen Kampfkaktionen der Schüler. Sie wehren sich dagegen, daß vielen Schwarzen der Schulabschluß unmöglich gemacht wird. Ohne Rücksicht darauf, daß sie Geld verdienen müssen und daher zeitweise nicht am Unterricht teilnehmen können, dürfen sie im Alter von 20 Jahren die Abschlußklasse nicht wiederholen. Sie wenden sich gegen die Prügelstrafe, sowohl gegen die gesetzlich erlaubten vier Schläge pro Tag wie gegen Lehrer, die sich weit darüber hinaus an den Schülern austoben. Ferner wollen Schüler und Studenten ihre eigenen Vertretungen wählen und über deren Satzung allein entscheiden. Sie charakterisieren den Fortschritt gegenüber den großen Aktionen in Soweto: "1976 dachten wir noch, daß wir als Schüler das Schulsystem zerschlagen könnten. Aber später haben wir erkannt, daß es unmöglich ist, das Schulsystem innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung zu ändern. Es müssen die Arbeiter und alle Mitglieder der Gesellschaft mitwirken ... Wir gehen nicht mehr auf die Straße, um unsere Ablehnung zu demonstrieren, sondern organisieren Versammlungen ... Wenn die Schule geschlossen ist, ist das nicht unbedingt ein Verlust." COSAS ist eine der Mitgliedsorganisationen der UDF.

Quellenhinweis: die tageszeitung v. 15. u. 17.10.84; Facts and Reports, Nr. T, U/84



Streikende Arbeiterinnen – Fortschritte in der Organisation

der Gewerkschaften Südafrikas, GWU: Allgemeine Arbeitergewerkschaft, CCAWUSA: Gewerkschaft für Handel, Versorgung und Angeschlossene von Südafrika, CTMWA: Gewerkschaft der städtischen Arbeiter von Kapstadt, FCWU: Nahrungsmittel- und Konservenarbeitergewerkschaft. Quellenhinweis: Work in Progress, Ausgaben Juni, Juli, August 1984; Azania, Press Cuttings on South Africa, Nr. 22, 23/84; Facts and reports, Press Cuttings on Southern Africa, Nr. L, R, U/84 – (uld, anl)

Kanada

PREMIER GLEICH NACH WASHINGTON

Der neue kanadische Premierminister Brian Mulroney, Nachfolger des Kurz-Premiers Turner, aber vor allem Nachfolger Trudeaus und "progressiv-konservativer" Nachfolger der Ära der Liberalen Partei in Kanada, hat sich wenige Tage nach seinem Amtsantritt erneut nach Washington begeben, wo er schon während des Wahlkampfes war.

Die neue Regierung setzt damit eindeutige Akzente, die nicht nur außenpolitischen Charakter haben, sondern ebenso von Bedeutung für die Verteidigungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik sind. Der Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" faßt die Situation so zusammen: "Kanada tätigt bereits mehr als drei Viertel seines Außenhandels mit den Vereinigten Staaten, die einen ähnlichen Anteil an den gesamten ausländischen Investitionen in Kanada besitzen. Dennoch zählt eine Intensivierung dieser Beziehungen zu den höchsten Prioritäten der neuen Regierung in Ottawa, was freilich auch teilweise auf Widerspruch von privater Seite stößt."

Die Politik der letzten Jahre, Kanadas ökonomische und politische Unab-

hängigkeit von den USA zu stärken, wurde sofort eingestellt. Die Behörde zur Überprüfung von Investitionen aus dem Ausland wurde verwandelt in eine Investitionsförderungsagentur mit dem Namen "Investment Kanada". Als ersten Beweis für die neue Richtung hat diese Behörde den Kauf einer kanadischen Ölgesellschaft durch US-Kapital genehmigt. Ebenso wurde angekündigt, daß künftig staatliche Mittel zur Förderung der Ölexploration nicht wie bisher nur an kanadische Firmen vergeben werden. Der Politökonom Stephen Clarkson, Universität Toronto, verglich diese Politik mit dem "sehr raschen Ausstellen eines Blankoschecks — keine besonders wirksame Verhandlungstaktik."

Für die Militärpolitik bedeutet der Machtwechsel Aufrüstung. Die US-Zeitschrift "Time" meldete gleich nach Mulroneys Wahlsieg Wünsche an: "Die Regierung Reagan ist vor allem über die kanadischen Verteidigungsausgaben besorgt. Das Land wird dieses Jahr 6,8 Mrd. Dollar für Waffen ausgeben, das sind 2,1% des Bruttosozialprodukts, deutlich weniger als das US-Niveau von 6,8%. In den frühen 70er Jahren fror Trudeau das kanadische Militärbudget ein und reduzierte die kanadischen NATO-Truppen in Westeuropa von 10000 auf 5000. Auch

wenn der Premierminister schließlich die Aufwendungen für Verteidigung erhöht hat, bleibt der Eindruck in Washington bestehen, daß Ottawa nicht den gerechten Anteil zahlt. Mulroney hat versprochen, die Verteidigungsausgaben um 6% zu erhöhen, aber er wird die militärische Ausrüstung seines Landes kaum so zügig modernisieren können, wie das Washington möchte."

Der kanadische Verteidigungsminister Robert Coates hat die ersten Schritte in diese Richtung bereits angekündigt. Die Armee soll von 80000 auf 82000 Mann ausgebaut werden, wofür 44 Mio. Dollar Personalkosten und 134 Mio. Dollar für Waffen und Geräte veranschlagt werden. Der Verteidigungshaushalt soll von 8,8 Milliarden Dollar 1984 auf 9,7 Milliarden im nächsten Jahr erhöht werden.

Einer der Hauptstreitpunkte zwischen den USA und Kanada in den letzten Jahren, der saure Regen, kam bei dem Washington-Besuch zwar zur Sprache, aber George Shultz beharrte darauf, der Zusammenhang mit den Emissionen der amerikanischen Industrie sei wissenschaftlich noch nicht erwiesen.

Quellenhinweis: Maclean's, Neue Zürcher Ztg., Time, Int.Her.Tribune, versch. Ausgaben. — (mfr)



San Salvador, 1. Mai-Demonstration

wachsam zu sein.

Der imperialistische Feind und das Marionettenregime beabsichtigen, den Dialog als Propagandamanöver zu gebrauchen; sie beabsichtigen, das Volk dadurch zu verwirren, indem sie glauben machen wollen, in El Salvador sei die Demokratie schon verwirklicht, die Ursachen — Armut, Ausbeutung, Verletzung der Rechte und der Freiheit des Volkes und der barbarische Völkermord — existierten nicht mehr.

Die in unserem Lande durchgeführte Umwandlung hat nichts mit Demokratisierung oder Durchsetzung der sozialen Gerechtigkeit zu tun, wie Duarte es vorgibt, sondern sie bedeutet die Übergabe der Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht an die imperialistische Regierung der USA, deren Waffen, Flugzeuge und Militärberater den Boden unseres Vaterlandes blutig färben und die wenige Habe des arbeitenden Volkes vernichten...

Die derzeitige Zunahme des Kampfes der Massen für ihre wirtschaftlichen, politischen und sozialen Forderungen machen die Demagogie Duartes deutlich. Der Dialog von La Palma ist der Beginn eines komplexen und schwierigen Prozesses im Rahmen eines Krieges, der durch die Interventionspolitik der Reagan-Administration verlängert und verschärft wird.

Diese ständig eskalierende Intervention ist Haupthindernis unseres Volkes im Kampf um einen gerechten Frieden.

In diesen Augenblicken ist es notwendig, daß unser Volk auf allen Ebenen, der des gewerkschaftlichen Kampfes und seiner Forderungen, der politischen, militärischen und diplomatischen Ebene, den Kampf gegen jene sucht, die es seit mehr als 50 Jahren Tag für Tag seiner Rechte berauben.

Unsere Fronten verfügen für diesen Kampf über ein starkes revolutionäres Heer und großen nationalen und internationalen Rückhalt...

El Salvador

BEFREIUNGSFRONT ERZWINGT "DIALOG" — STELLUNGNAHME DER FMLN

Am 15. Oktober fanden Verhandlungen zwischen der reaktionären Regierung Duarte und Vertretern aller Organisationen statt, die in der Befreiungsfront FMLN zusammengeschlossen sind. Duarte beabsichtigte, nur mit den Vertretern der bürgerlichen Organisationen in der Befreiungsfront zu verhandeln und so die FMLN zu spalten. Diese Absicht konnte er nicht durchsetzen, an den Verhandlungen nahmen Vertreter aller Organisationen teil. Die FMLN konnte die Verhandlungen aufnehmen, weil ihre Truppen inzwischen weite Gebiete des Nordens befreit haben. Die Versuche der Regierung Duarte, die befreiten Gebiete in den Wochen nach den Verhandlungen durch eine Gegenoffensive der Armee zu vernichten, scheiterten, sie mußte sich zurückziehen.

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Kommuniqué der Generalkommandantur der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí — FMLN. (1)

"Mit der Einleitung des Dialogs haben wir wichtige Siege auf politischem Gebiet errungen, haben wir den Raum für die Organisation, Mobilisierung und die politischen Ausdrucksmöglichkeiten der Volksmassen er-

weitert. Es ist nötig, diesen Raum durch den organisierten Kampf des Volkes zu verteidigen und auszuweiten...

Die Einleitung des Dialogs stellt außerdem eine kategorische Zurückweisung der imperialistischen Intervention der USA durch das gesamte salvadorianische Volk dar...

José Napoleon Duarte forderte, daß wir die Waffen niederlegen sollten, um mit dem Dialog zu beginnen, dieser aber mußte begonnen werden, während unsere revolutionären Gewehre im Kampf eingesetzt werden und dem Marionettenregime in fast dem gesamten nationalen Territorium schwere Schläge zufügen...

Duarte plante, die Lösung des Konfliktes auf unsere Teilnahme an betrügerischen Wahlen zu reduzieren, in dem Gespräch aber haben wir die Notwendigkeit durchgesetzt, alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren, die den Krieg ausgelöst haben, und ebenso alle bei zur Erringung des Friedens zu berücksichtigenden Aspekte zu behandeln.

Dies stellt Erfolge unserer revolutionären Kräfte dar, aufgrund derer wir optimistisch sind. Es ist aber gleichzeitig notwendig für unser Volk,

Wir streben einen Frieden an, in dem die Freiheit der Volksmassen, Unabhängigkeit und Souveränität sowie die volle Respektierung des Selbstbestimmungsrechtes unseres Volkes gewährleistet sind; einen Frieden folglich, dessen Inhalt dem Volk zu gute kommt, einen patriotischen und revolutionären Frieden.

Deshalb äußern wir vor dem salvadorianischen Volk, der internationalen Gemeinschaft und dem Volk der USA noch einmal, daß die Grundbedingung für die Erringung des Friedens in El Salvador die Beendigung der Einmischung der Reagan-Administration in die internen Angelegenheiten der Salvadorianer ist.

Darin besteht die wirkliche Des-Internationalisierung des Konfliktes.

In diesem, für das Schicksal unseres Volkes derart bedeutenden Augenblick, rufen wir alle organisierten Kräfte unseres Landes, die revolutionären Kämpfer und Militanten, die Gewerkschaften, Arbeiter, Lehrer und Studenten, die Berufsverbände und -sektoren, die kleinen und mittleren Besitzer, die christlichen Gemeinden und das gesamte Volk auf, sich zu mobilisieren und in jeder möglichen Weise ihre Unterstützung eines ernsthaften Dialogs auszudrücken und jede Art Manöver zurückzuweisen...

Die FMLN hat die Verpflichtung, die Interessen unseres Volkes zu verteidigen. Der Friede, den wir anstreben, kann nur durch die Erfüllung aller dieser Hoffnungen des Volkes erreicht werden. Solange diese nicht erfüllt sind, werden unsere Waffen weiterhin im Kampf stehen.

Die politisch-militärische Macht, die wir erreicht haben, ist und bleibt weiterhin die Garantie für die Interessen unseres Volkes.

(1) Übersetzung des Kommuniqués durch die Vertretung der Volkskräfte der Befreiung (FPL), Mitglied der FMLN, in der BRD – (uld)

Großbritannien

STREIK IST VERRAT, SCHREIT THATCHER

Einen Tag vor Beginn ihres angekündigten Streiks beschloß NACODS, die Gewerkschaft der britischen Steiger und Zechenaufseher, die Aktion abzusagen. Ihr Vorstand nahm einstimmig einen Vorschlag der Kohlebehörde NCB an, nach dem bei Bergwerksschließungen eine "unabhängige Schlichtungsstelle" angerufen werden kann. Außerdem milderte die NCB ihren Schließungsplan vom März, wonach fünf Zechen sofort stillgelegt werden sollten, etwas ab.

Hätte NACODS gestreikt, wären alle Kohlebergwerke zum Stillstand gekommen, auch die, in denen Bergleute weiter arbeiten. Denn ohne Steiger

dürfen auch sie nicht einfahren. Die Rücknahme des Streikbeschlusses ist zweifellos ein Erfolg der Regierung, obwohl teuer erkauft mit der Aufgabe von "prinzipiellen Positionen", gegen die die Bergleutegewerkschaft NUM seit nunmehr acht Monaten streikt.

Die NUM wird mit der Kohlebehörde über die neuen Vorschläge in diesen Wochen verhandeln. In einer großangelegten, chauvinistischen Kampagne versucht Thatcher, die NUM als "Vaterlandsverräter" anzugreifen, nachdem sie vorher schon den Streik mit dem Krieg gegen Argentinien verglichen hatte. Als Aufhänger dient der Besuch eines NUM-Funktionärs in Libyen. Mit Libyen unterhält London seit einer Schießerei vor der libyschen Botschaft keine diplomatischen Beziehungen mehr.

"Terrorist Ghaddafi hinter Bergleutestreik", so und ähnlich heulten die Schlagzeilen. Denn Libyen zeigte sich bereit, den Streikfond zu unterstützen. Arthur Scargill antwortete kühl, die Gewerkschaft habe in mehr als fünfzig Ländern um Hilfe nachgesucht. Etwa vier Millionen DM sind inzwischen eingegangen.

Die Reaktion tut ihr möglichstes, die NUM finanziell auszutrocknen. Das Londoner Obergericht beschloß, alle Gelder der NUM-Zentrale zu beschlagnahmen, weil sie eine Strafe von 200000 Pfund (720000 DM) nicht gezahlt hatte. Mit dieser Strafe war die NUM belegt worden, weil sie trotz gegenteiliger Gerichtsentscheidung weiterhin zum Streik aufruft. Obwohl Vorsorge getroffen und Gelder auf separate, schwer zu beschlagnahmende Bezirkskonten überwiesen wurden, wird die Gerichtsaktion die NUM empfindlich treffen. Die ihrerseits verklagt die Regierung – auf Zahlung der vollen Sozialhilfe für Bergleutefamilien, ohne Abzug von 15 Pfund pro Woche für "eigentlich zu zahlendes Streikgeld". Schließlich sind alle NUM-Gelder beschlagnahmt.

Auftrieb erhielt der Streik inzwischen durch die Urabstimmung von 28000 Automobilarbeitern bei Austin-Rover. Wie die Arbeiter im Nobel-Autowerk Jaguar beschlossen sie, ab dem 5.11. für mehr Lohn zu streiken.

Quellenhinweis: Financial Times, Economist, Socialist Worker – (hef)

KP Chinas

"EGALITARISMUS FÜHRT ZU KOLLEKTIVER ARMUT, HEMMT PRODUKTIVKRÄFTE"

Deng Xiaoping nennt es eine neue Revolution. Gemeint sind die Auswirkungen der Anfang Oktober gefaßten Beschlüsse der 3. Plenartagung des 12. ZK der KP Chinas. Fünf Jahre nach dem Beginn der Reprivatisierung der Landwirtschaft soll jetzt der gesamte staatliche Sektor der chinesischen Wirtschaft, Industrie, Handels-, Verkehrs- und Dienstleistungsunternehmen, reformiert werden und die zentrale Planung weitenteils durch

marktwirtschaftliche Mechanismen ergänzt bzw. ersetzt werden.

Die wichtigsten Umwälzungen: 1) Die staatlichen Unternehmen operieren als wirtschaftlich selbständige Einheiten, die nicht mehr alle Gewinne abführen und dafür alle Produktionsmittel gestellt bekommen, sondern künftig einen Teil der Gewinne einbehalten. Defizitäre Unternehmen können geschlossen werden. Ein Konkursrecht ist in Vorbereitung.



Private Tischlereiwerkstatt in der Pekinger Altstadt



Die belgische Regierung will das Arbeitslosengeld weiter senken. Bislang haben Arbeitslose mit Familie, die im zweiten Jahr arbeitslos sind, Anspruch auf 37,6% ihres Nettolohns bzw. mindestens 14.846 bfr. im Monat, etwa 890 DM. Ab 1.1.85 soll ihr Anspruch auf 30% ihres früheren Lohns bzw. mindestens 711 DM gesenkt werden. Schon zum 1.1.1984 hatte die Regierung die Zahlung an Arbeitslose, die drei Jahre arbeitslos sind, um 80 DM auf 630 DM gesenkt. Mit den neuerlichen Kürzungen wird das Arbeitslosengeld von 155.000 Arbeitslosen um durchschnittlich 20% gesenkt. Bild: Demonstration der revolutionären "Partei der Arbeit" (PVDA) 1981 gegen die Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung. (Solidair, 24.10.84 - rül)

POLNISCHE KIRCHE STÜTZT JARUZELSKI

Die starke Zurückhaltung der polnischen Kirche im Fall des entführten Pfarrers Popieluszko läßt darauf schließen, daß sie weder einen lebenden Helden noch einen Märtyrer zum Aufbruch gegen die Regierung Jaruzelski einzusetzen gedenkt, vielmehr an der Fortsetzung der Politik interessiert ist, die ihr eine neue Entfaltung ihrer Macht ermöglicht. Auf Richtungskämpfe innerhalb der PVAP weist auch die Aussage von Regierungssprecher Urban hin, die Aktion richte sich "gegen viele positive Prozesse, die in Polen begonnen haben ... Dieses Ereignis ist ein Anschlag gegen den Prozeß der Erneuerung ... gegen

alles, woran der polnische Staat lebensnotwendig interessiert ist." (Express wieczorny, 24.10.84 - anl)

AKP: EG WILL ENTWICK- LUNGSHILFE DRÜCKEN

Die Verhandlungen zwischen der EG und den nun 66 AKP-Staaten über den Abschluß eines neuen Abkommens sind vorerst gescheitert. Die AKP-Staaten fordern die Aufstockung der Finanzhilfe, die für Entwicklungshilfekredite und Zuschüsse vorgesehen ist, um 80% gegenüber Lomé II, weil 17 Staaten hinzukommen werden und die Inflation berücksichtigt werden soll. Die EG will die Finanzhilfe um höchstens 50% auf 18,25 Mrd. DM für einen Zeitraum von fünf Jahren erhöhen. — (uld)

PORTUGAL: PROZESS GEGEN OTELO ERÖFFNET

Am 15.10. hat die Staatsanwaltschaft gegen Otelio Saraiva de Carvalho und weitere 45 inhaftierte offiziell Anklage erhoben. Otelio — einer der Führer der Soldatenbewegung, die vor zehn Jahren den Sturz der Salazar-Diktatur herbeigeführt hatte — wurde bereits am 20. Juni festgenommen. Ihm wird Zusammenarbeit und politische Unterstützung der Organisation FP-25 (Volksstreitkräfte des 25. April) vorgeworfen, gegen sie wird von der Regierung der "Terrorismusvorwurf" erhoben. Die Polizei will als einziges "Beweismittel" die Aussage eines angeblichen Mitgliedes der Volksstreitkräfte FP-25 von 1983 einsetzen. Mit dem "Terrorismus" der Volksstreit-



kräfte wiederum hat die Regierung die Vorlage eines Notstandsgesetzes begründet. Abgestimmt mit der "Antiterrorpolitik" der EG, sieht das Gesetz weitestgehende Exekutivbefugnisse des Präsidenten vor, wie Pressezensur und Kommandogewalt über Polizei- und Militäreinsätze. — (chc)

2) Dem Staatsplan unterliegen ab 1985 nur noch grundlegende Produkte — zehn in der Landwirtschaft, 60 in der Industrie — wie Getreide, Eisen, Stahl, Kohle, Erdöl. Eine zweite Kategorie von Produkten unterliegt einem Orientierungsplan, der den Unternehmen keine verbindlichen Produktionsziffern mehr vorschreibt. Die Produktion aller anderen Güter richtet sich nur noch nach den Marktbedingungen.

3) Die Unternehmen sollen künftig einen Teil ihres Personals selbst rekrutieren, statt die Arbeitskräfte zugewiesen zu bekommen, und können auch Entlassungen vornehmen.

4) Die gesellschaftliche Stellung der Intellektuellen wird verbessert. Als Führungskräfte in den Unternehmen, Verwaltungen und Wissenschaftseinrichtungen sollen sie besser bezahlt werden. Junge Universitätsabsolventen bekommen von Anfang an erheblich höhere Löhne als Facharbeiter.

5) Entsprechend den Reformen in

der Landwirtschaft Einführung eines Verantwortlichkeitssystems in den Werkhallen, Abteilungen usw. der Fabriken. Eine Schweißerkolonie z.B. unterzeichnet künftig mit der Direktion einen Vertrag über eine bestimmte Arbeitsleistung und bekommt mehr Geld, wenn die vereinbarte Leistung übertroffen wird, oder auch erhebliche Abzüge bei Minderleistung.

6) Weitere Differenzierung des Lohngefüges unter der Losung "Jedem nach seiner Leistung". Schon heute macht z.B. bei einem Verkäufer in einem großen Pekinger Warenhaus der feste Grundlohn nur noch ein Drittel des Monatslohns aus. Parallel dazu soll das "irrationale" System staatlich fixierter Preise abgeschafft werden; mit Ausnahme weniger Güter (Grundnahrungsmittel) sollen die "ökonomischen Gesetze", d.h. das Wertgesetz und das Gesetz von Angebot und Nachfrage, die Preise regulieren. In der Debatte ist z.B. eine erhebliche

Erhöhung der Mieten, die zusammen mit den Ausgaben für Strom, Gas, Wasser momentan gerade 15% des Monatslohns eines Arbeiters ausmachen, verbunden mit dem Angebot, Wohnung zu erwerben. Die damit zwangsläufig eintretenden drastischen Preiserhöhungen sollen durch eine schrittweise Anhebung von Löhnen und Gehältern abgemildert werden.

Schon seit 1978 haben chinesische Ökonomen derartige Maßnahmen diskutiert, den "Marktsozialismus" in Ungarn und Jugoslawien studiert und sich u.a. von Weltbankexperten und BRD-Ökonomen wie Gutowski und Engels, Verfechtern der freien Marktwirtschaft, beraten lassen. In verschiedenen Provinzen haben die Fabrikdirektoren schon weitgehend freie Hand, gibt es Märkte für Investitionsgüter, verdienen Fabrikleiter das Hundertfache eines Arbeiters. Dennoch war das Wertgesetz bislang nicht

GELBER GEWERKSCHAFT- TER ERNEUT ENTLASSEN

Einer der führenden Mitglieder der gelben Gewerkschaft, die nach den Proteststreiks der dänischen Busfahrer gegen die gelben Gewerkschaften im Frühjahr entlassen worden waren (Pol.Ber. 11/84), wurde nun in der Zeitung mit einem Siegeszeichen abgebildet: Er hatte Arbeit als Elektriker in einem 6-Mann-Betrieb gefunden. Nach drei Tagen bekam er die Kündigung. Die Arbeiter wollen nicht weiter in der Firma arbeiten, falls er sich nicht bei der Elektriker-Gewerkschaft anmelden würde. — (wiw)

GEHEIMDIENST-INTRIGE GEGEN BULGARIEN

Letzte Woche hat ein römischer Richter das Hauptverfahren gegen drei Bulgaren und vier Türken wegen Beteiligung an dem Papstattentat von 1981 eröffnet. S. Antonov, ein Angestellter der Vertretung der bulgarischen Fluggesellschaft in Rom, soll das Attentat — für den bulgarischen Geheimdienst — organisiert haben. Einziger Belastungszeuge ist der Attentäter selbst, der türkische Faschist Agca. Der fing erst ein Jahr nach dem Attentat an, von bulgarischen Hintermännern zu erzählen. Vorher hatten ihn italienische Geheimdienstleute häufig in der Haft besucht. Zeit genug, den "Zeugen" gründlich zu präparieren. Trotzdem blieben seine Aussagen widersprüchlich und zum Teil erwiesenermaßen frei erfunden. Agca will sich mit Antonov und dessen Frau z.B. an einem Tag in Rom getroffen haben, an dem Frau Antonov nachweislich in Sofia war. Die Gespräche über das Attentat seien englisch geführt worden; Antonov spricht kaum ein Wort englisch. Und warum blieb der angebliche "Drahtzieher" des At-

tentats Antonov noch anderthalb Jahre seelenruhig in Rom? Alles spricht für eine — ziemlich schludrig eingefädelte — Geheimdienstintrige gegen Bulgarien und seine Verbündeten. — (ulg)

ITALIEN: NEUE ATTACKE AUF DEN LOHN

Der Industriellenverband hat beschlossen, die Inflationszuschläge, die ab November für die im Laufe des Jahres aufgelaufenen Dezimalstellen des Preisindexes fällig werden, nicht auszuzahlen. Das bedeutet einen Lohnverlust von 6800 Lire (11 DM) im

Monat. Mit dieser gehässigen Attacke setzen sich die Kapitalisten in Widerspruch zu der amtlichen Interpretation, die die Regierung zu der unter ihrer Vermittlung zustande gekommenen Vereinbarung vom Januar 1983 gegeben hat. Damals waren die Zuschläge gekürzt und der Index auf eine neue Basis umgestellt worden, so daß ein voller Indexpunkt (und der entsprechende Zuschlag) später, aber doch immerhin, fällig wird. Die Gewerkschaften, heillos zerstritten, haben bisher keine gemeinsame Antwort auf diese neue Provokation gefunden. — (ulg)



Nach dem am 22.10. veröffentlichten Mehrheitsgutachten der sog. Agrava-Kommission, einem Ausschuß zur Untersuchung des Mordes an dem philippinischen Politiker Benito Aquino, war Generalstabschef Ver, ein enger Vertrauter von Präsident Marcos und Chef des philippinischen Geheimdienstes, in den Mord an Aquino verwickelt. Marcos wies das Gutachten als "Spekulation" zurück und übertrug die Klärung des Mordes an ein Gericht, das sich durch die Verfolgung von Gegnern der Marcos-Diktatur einen Namen gemacht hat; Ver ist vorläufig beurlaubt. Zwei der Gutachter zogen es vor, mit ihren Familien nach der Veröffentlichung ihres Gutachtens das Land zu verlassen. — Das US-Außenministerium hat Marcos aufgefordert, Ver fallenzulassen. Als Nachfolger gilt General Ramos, der an der US-Militärakademie West Point ausgebildet wurde und nicht unmittelbar zur Marcos-Clique gehört. Offenbar werden die Weichen für ein Übergangsregime nach Marcos gestellt. Ramos hat sich einen Namen gemacht bei der Unterdrückung von Streiks und Demonstrationen. (Bild: Polizeieinsatz gegen streikende Textilarbeiter in Manila im Juli '84 — (wom))

das Regulativ der ökonomischen Beziehungen. Genau das ist aber mit dieser neuesten, von Deng Xiaoping durchgesetzten "Revolution" intendiert. Über die konkrete Umsetzung der Beschlüsse ist nichts bekannt, zumal Ausführungsbestimmungen noch fehlen und der Zeitraum der Umwälzung der staatlichen Unternehmen unbestimmt ist.

Eine Folge der Beschlüsse ist unweigerlich die weiter zunehmende soziale Differenzierung. Dazu heißt es in dem ZK-Beschluß: "Es hat lange ein falsches Verständnis über die Verteilung der Konsumgüter im Sozialismus gegeben, als ob Sozialismus Egalitarismus bedeutete. Wenn einige Mitglieder der Gesellschaft durch ihre Arbeit höhere Löhne bekamen, was zu großen Einkommensunterschieden führte, wurde das als Polarisierung und als Abweichung vom Sozialismus angesehen. Dieses egalitäre Denken ist vollständig unvereinbar mit den wissen-

schaftlichen marxistischen Anschauungen über den Sozialismus. Die Geschichte hat bewiesen, daß egalitäres Denken ein ernstes Hindernis bei der Umsetzung des Prinzips "Jedem nach seiner Leistung" ist und daß die Produktivkräfte durch dieses Denken gehemmt werden ... Gemeinsame Prosperität, verstanden als absolute Gleichheit und gleichzeitiger Wohlstand aller, ist nicht nur unmöglich, sondern führt zu allgemeiner Armut. Nur wenn einige Gebiete, Unternehmen und Individuen ermutigt werden, durch harte Arbeit als erste wohlhabend zu werden, gibt es eine große Anziehungskraft und Ausstrahlung für die Mehrheit des Volkes. Mehr und mehr Leute kommen zu Wohlstand, eine Gruppe nach der anderen. Zugleich müssen wir den Alten, Schwachen, Kranken, Behinderten, den Witwen, Witwern, Waisen und kinderlosen Alten, die sich nicht selbst helfen können, soziale Unterstützung gewähren.

Wir müssen denen helfen, die noch nicht wohlhabend sind ..."

Es wäre das erste Mal in der Geschichte, daß die Bereicherung eines Teils der Gesellschaft — und diese Bereicherung propagiert die KPCh — nicht zur Verarmung der Masse der Bevölkerung und zur Klassendifferenzierung führt, sondern zu kollektivem Wohlstand. Und es hat nichts mit dem sozialistischen Prinzip "Jedem nach seiner Leistung" zu tun, wenn der Fabrikdirektor hundertmal soviel wie ein Arbeiter verdient, dessen Lebenskraft durch Akkord- und Schichtarbeit ruiniert wird. Hinzu kommt: Nach Schätzungen der KPCh wird auf dem Lande die Arbeitskraft von 200 Mio. Bauernfamilien überflüssig, in den Städten vielleicht die von Millionen Arbeitern. Eine funktionierende Sozialversicherung existiert bislang nicht.

Quellenhinweis: Xinhua News, 22.10.; Wallstreet Journal, div. Ausgaben; Le Monde, 13.10. — (wom)

VIEL BEIFALL FÜR "RAUS AUS DER NATO"

Hamburg. 80000 Menschen beteiligten sich an den Demonstrationszügen und der Abschlußkundgebung der Friedensbewegung auf dem Rathausmarkt in Hamburg. Den meisten Beifall erhielten der Redner der GRÜNEN, J. Reents, für die Forderung "BRD raus aus der NATO" und die Rednerin der Autonomen, Claudia Hansen-Weidemann, die ein radikales Vorgehen gegen die Kriegsvorbereitungen forderte. Beide sprachen sich für einseitige Abrüstung der BRD aus. Reents kritisierte die Flottenaufmärsche der BRD auf den Weltmeeren. Der SPD-Redner Gerd Schröder wandte sich offen gegen jeglichen "Neutralitätsgedanken". Die DKP rief zur weltweiten Front gegen Reagan auf. Das Mitglied des Bundesvorstands des DGB, Brusis, forderte Abrüstung in Ost und West: "Wir sind gegen die Verfolgung der Friedensbewegung im Osten und die Kriminalisierung der Friedensbewegung bei uns." Der jetzt wieder verstärkt vorgetragene Revanchismus der BRD wurde von keinem Redner angegriffen. Mehrere Redner sprachen sich für eine Unterstützung der Verweigerungskampagne aus. — (güt)

GEBIETSANSPRÜCHE ANGEGRIFFEN

Regensburg. Am 11.10. fand im Rahmen der "Schlesischen Kulturwoche" eine Podiumsdiskussion statt: "Das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 37 besteht fort." CSU und FDP trugen ebenso wie Schlesier und Republikaner (Schönhuber) Gebietsansprüche auf die DDR und die "deutschen Ostgebiete" vor. Während die FDP-Vertreterin für "Wiedervereinigung, in erster Linie mit friedlichen Mitteln" eintrat, erklärte Schönhuber für die Republikaner: "Solange Deutschland geteilt bleibt, wird es keinen Frieden geben." Die SPD war nicht erschienen. Der Vertreter der GRÜNEN widersetzte sich der offen revanchistischen Propaganda (Wiedervereinigung bedeute Krieg) und forderte Anerkennung der bestehenden Grenzen, nicht ohne aber ein "Zusammenleben zweier deutscher Staaten" zu propagieren. — Verschiedene Organisationen hatten gegen diese Veranstaltung aufgerufen. Eine Gruppe war mit Plakaten gekommen, auf denen die Anerkennung der bestehenden Grenzen und der DDR-Staatsbürgerschaft gefordert wurde; mehrere Redebeiträge gegen Revanchismus und westdeutsche Kriegsvorbereitungen stießen auf lautstarke und zum Teil tätliche Reaktionen seitens der anwesenden Reaktionäre. In der "Mittelbayerischen Zeitung" forderten die Jungen Republikaner anschließend die Entfernung der GRÜNEN aus Parlamenten. — (rew)



Auf der Kundgebung der Friedensbewegung am 20.10. in Bonn trugen Soldaten in Uniform dieses Transparent. Das Mitglied des Vorstandes der IG Metall H. Klaus erklärte u.a.: "Jede Mark für den Leopard fehlt in den Kassen der Sozialversicherungen. Der Verteidigungshaushalt muß eingefroren und schrittweise gesenkt und nicht erhöht werden, wie das die NATO und der Verteidigungsminister wollen." — (gba)

DGB-LIPPE GEGEN BE- STRAFUNG EINES SOLDATEN

Bielefeld. Der DGB-Kreisvorstand Lippe hat mit scharfer Kritik an der Führung der Augustdorfer Kaserne protestiert gegen die Bestrafung des Soldaten Matthes Feldhoff. Der hatte 21 Tage Arrest bekommen für sein Auftreten in Uniform auf der jährlich am Antikriegstag stattfindenden Gedenkveranstaltung "Blumen für Stukenbrock". Im Kriegsgefangenenlager Stukenbrock hatten die Faschisten 65000 sowjetische Kriegsgefangene umgebracht. Der Gewerkschaftsbund wurde aufgefordert, in Gesprächen mit Politikern und der örtlichen Bundeswehrführung auf Rücknahme der Strafe zu drängen. Aus gleichem Anlaß will die Bundestagsabgeordnete der Grünen Antje Vollmer Antwort auf eine kleine Anfrage an die Bundesregierung haben, warum die Teilnahme an Stukenbrock bestraft wird

und die an Feiern faschistischer militärischer Traditionsverbände nicht. — (eba)

NPD-PARTEITAG AUFGELOST

Hamburg. Wenige Tage vor dem 14.10. gaben GAL und DKP bekannt, daß die NPD an diesem Tag ihren Landesparteitag "1964-1984 - 20 Jahre NPD" durchführen wolle. Auf Anfrage erklärte die Innenbehörde, den Parteitag durch Verbot nicht aufwerten zu wollen. Durch Beobachtungen wurde der Parteitag in der Gaststätte eines einschlägigen Wirtes aufgespürt. 120 Gegendemonstranten verwandelten sämtliche Fensterscheiben in Glasbruch. Unter Polizeischutz flüchtete der Parteitag aus dem Lokal. Der Wirt, der mit Platzpatronen auf Demonstranten schoß und eine GAL-Abgeordnete bedrohte, kündigte an, daß der nächste Parteitag bewaffnet stattfinden werde. — (wal)

Einladung zur Arbeitskonferenz der Volksfront:

Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen

Die Arbeitskonferenz, vom letzten Bundeskongreß der Volksfront beschlossen, soll der Klärung von Fragen dienen wie: Welche Bedeutung hat diese Forderung im Kampf gegen Reaktion und Faschismus, und welche Aufgabe hat der Kampf darum; wie ist sie heute zu begründen, und auf welche Gesetze kann man sich u.U. stützen; wie ist die direkte Zusammenarbeit zwischen Faschisten, Neofaschisten und herrschender Reaktion und deren offen praktizierte Förderung zu beurteilen; welche Konsequenzen hat das für den Kampf um das NPD-Verbot, und wie kann verhindert werden, daß der Kampf für diese Forderung zwischen die Räder des "Schutzes der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" gegen "Links und Rechts" gerät?

Die Volksfront erwartet von der Durchführung der Konferenz auch vor allem eine Verbesserung der antifaschistischen Arbeit und Zusammenarbeit und würde sich freuen, wenn Nichtmitglieder und Mitglieder anderer Organisationen teilnehmen. Termin: 24./25.11. 1984, Gesamtschule Scharnhorst-Dortmund, Scharnhorst, Mackenrodweg. Beginn 14 Uhr.

Themen der Arbeitsgruppen:

AG 1: "Mit Hilfspatrouillen darf man nicht zimperlich sein" — die Rolle der Nazis im Spiel der Reaktion. AG 2: Programmatik und Braunzone. AG 3: Bisherige Verbote, Spruchlage der Gerichte, verfassungsrechtliche Gesichtspunkte. AG 4: Auseinandersetzung mit Argumenten, die gegen die Verbotsforderung vorgebracht werden. AG 5: Stichwort: In Aktion gegen die Nazis (Zusammenarbeit im antifaschistischen Kampf und bei antifaschistischen Aktionen).

Lohnstruktur Druckindustrie

LOHNVERLUST BEI DEM
DRUCKBETRIEB KLAMBT/SPEYER

Speyer. Der Tarifabschluß in der Druckindustrie enthielt neben der Wochenarbeitszeitverkürzung von 38,5 Stunden auch einen Abschluß über einen neuen Lohnrahmentarifvertrag (LRTV), dessen Ansprüche für die Beschäftigten in der Druckindustrie seit dem 1.10.84 bestehen. Nach ersten Erfahrungen ist dieser LRTV für die Facharbeiter günstiger ausgefallen als für die Hilfskräfte. Nach Meinung des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier werde die Hälfte aller Facharbeiter um eine Lohngruppe höher als nach der alten Lohnstruktur eingruppiert werden können. Nach ersten Meldungen des Landesbezirksvorstandes Rheinland-Pfalz/Saar wurden sogar 2/3 aller Facharbeiter höher gruppiert, dort, wo bereits der neue LRTV umgesetzt wurde. In der Regel sind aber die Betriebsräte noch dabei, die neue Lohnstruktur umzusetzen und haben alle Hände voll zu tun. Z.B. bei der Klambt-Druck GmbH in Speyer werden die Beschäftigten trotz mehrmaliger Aufforderung des Betriebsrates an den Geschäftsführer G. Mack (ehemaliger Sozialpolitischer Sprecher des Bundesverbandes Druck) immer noch nach der alten Lohnstruktur bezahlt. Bis jetzt bedeutet dies vier Wochen Geldverlust. Durch Aushang und auf der letzten Betriebsversammlung hat der Betriebsrat die neue Lohnstruktur angesprochen und Mack aufgefordert, Eingruppierungsvorschläge dem Betriebsrat auszuhändigen.

Der Ortsverein der IG Druck und Papier Speyer/Germersheim hatte einen Fragebogen zum neuen LRTV erstellt. In ihm waren die neuen Lohngruppen, Tätigkeitsmerkmale und Richtbeispiele aufgeführt, wonach der Befragte sich selbst dann in eine Lohngruppe einstufen sollte. Der

Ortsvorstand gab die Empfehlung, diesen Fragebogen nur bei Gewerkschaftsmitgliedern einzusetzen. Durch die Betriebsräte gelangte er an die Beschäftigten und bei Klambt wurde die Weisung des Ortsvorstandes befolgt. Bei Klambt arbeiten ca. 500 Beschäftigte, davon sind 277 Arbeiter und 31 Angestellte in der Gewerkschaft. Fast alle Befragten haben den Fragebogen beantwortet abgegeben und nach Meinung des Betriebsrates sich auch alle realistisch eingestuft. Hinderlich war es, daß der Betriebsrat sich nicht an die ganze Belegschaft gewandt hatte. Um jetzt die zügige Umsetzung des LRTV durchzusetzen, wird er kaum um das herumkommen, die Kraft der ganzen Belegschaft einzusetzen. Wird kein entsprechender Druck entfaltet, gibt es 1. Verluste durch Nachzahlung wegen hoher Steuerabzüge – was bereits schon eingetreten ist – und 2. besteht die Gefahr, daß die tarifliche Jahresleistung (Weihnachtsgeld) nach der alten Lohn-

struktur berechnet wird, was oft Lohneinbuße bedeuten kann, da die tarifliche Jahresleistung in der Druckindustrie nach dem aktuellen Tariflohn berechnet wird.

Aus Anlaß des 2. a.o. Landesbezirkstages der IG Druck und Papier Rheinland-Pfalz/Saar am 29.9. sprach D. Hensche (2. Vorsitzender der IG Druck und Papier) u.a. über die Umsetzung der neuen Lohnstruktur. Sechs Punkte nannte er, die generell von Vorteil seien: 1. die Hälfte aller Facharbeiter kommt eine Lohngruppe höher, 2. die Lohngruppen 5 (Facharbeiterrecklohn), 6 und 7 (höchste Facharbeiterlohngruppe) sind jetzt für Hilfskräfte offen, 3. vier statt vorher fünf Hilfsarbeiterlohngruppen, 4. die Rotationshelfer sind jetzt mit 95% des FA-Ecklohns eingestuft, 5. die Auszubildenden sind erstmals in der BRD an den Facharbeiterrecklohn gebunden, in der Druckindustrie mit 38% und 6. Wegfall der Altersstaffelung. Als negativ wurde benannt: 1. zwei Lohngruppen für Rotationer (d.h. der erste und der zweite Drucker können nur schwer gleichwertig eingestuft werden), 2. die Richtbeispiele im Tarifvertrag können hemmend wirken und 3. ungünstige Bedingungen für die Montierer. – (urb)



Während des Arbeitskampfes der IG Druck und Papier Demonstration in Mainz.

ÜBER 10000 BEI PERSONALVERSAMMLUNG

Bremen. Am 18.10.84 fand eine Gesamtpersonalversammlung aller im öffentlichen Dienst Bremens Beschäftigten statt. Getragen wurde die Veranstaltung von über 100 einzelnen Personalräten sowie der ÖTV, der Gewerkschaft der Polizei, der DAG und dem Deutschen Beamtenbund. Trotz vorangegangener Auseinandersetzungen um die Rechtmäßigkeit der Veranstaltung nahmen über 10000 Beschäftigte teil, um ihren Protest gegen die Sparmaßnahmen der Landesregierung zu bekunden.

Nach Abschluß der Versammlung in der Stadthalle zogen Tausende von

Teilnehmern spontan vor das Rathaus. Gesamtpersonalratsvorsitzender Tilsner lieferte eine Protestresolution ab. Hauptforderungen: Aufhebung des Einstellungsstopps, keine Entlassungen, keine Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, Schutz bei Versetzungen, Erhaltung des Personalvertretungsgesetzes mit seinen Mitbestimmungsregelungen. Auf der Versammlung hatten alle Redner scharfe Angriffe auf Senatsmitglieder und Politiker gefahren und erschreckende Beispiele über die Folgen von Einstellungsstopp, Sachmittelkürzungen und Planstellenreduzierung geliefert. "4500 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst werden am Ende der Legislaturperiode vernichtet sein",

klagte Tilsner Politiker und SPD-Senat an. Breite Zustimmung gab es auch für die Worte des Personalratsvorsitzenden vom Jugendamt, R. Müller: "Geld ist genug da, es wird nur falsch ausgegeben... Nicht die satten Spitzenbeamten sind von Versetzungen und Einsparungen betroffen, sondern Kindergärtnerinnen und Reinigungskräfte. Bei den kleinen Leuten wird gespart."

Die Landesregierung beabsichtige keine pauschalen dienstrechtlichen Konsequenzen gegen die Teilnehmer der Personalversammlung, versicherte Arbeitssenator Grobecker in der aktuellen Stunde der Bürgerschaft, er schließe aber rechtliche Überprüfungen in Einzelfällen nicht aus. – (jow)

BMW AG

ALLE KRÄFTE SAMMELN GEGEN DIE SAMSTAGSARBEIT

München. Mit Urlaubssperre und Vernetzung von Aushilfskräften und Lehrlingen (DM 250 erhielten letztere dafür als "Lohn") haben die BMW-Kapitalisten die durch Streik ausgefallenen Stückzahlen schon wieder herausgeschlagen und auch bereits versilbert. Sie hatten darüberhinaus beim Betriebsrat acht bis zehn Sonderschichten beantragt und zwischen Weihnachten und Neujahr sollte durchgearbeitet werden. Der Betriebsrat lehnte ab, nicht um die Belegschaft vor dieser Auspowerung zu bewahren, sondern weil die Konjunkturlage, insbesondere aufgrund der Katalysatordebatte, einen Rückgang der Verkäufe und damit Haldenproduktion erwarten ließe.

Jetzt werden pro Beschäftigten drei Sonderschichten als Vorholschichten

jetzt in der einen Woche 40, in der darauffolgenden 32, im Schnitt also 36 Stunden, ohne Lohnausgleich versteht sich. Der Betriebsrat wurde mehr oder weniger erpreßt, doch dem "Wunsch der Kolleginnen" stattzugeben, zumal ja zwei Arbeitsplätze "geschaffen" würden.

Im Werk Regensburg legt der Gesamtbetriebsrat dem Vorstand auch nicht gerade Steine in den Weg beim Abschluß von Arbeitsverträgen für die nächsten Jahre mit "freiwilliger Vereinbarung" zur Samstagsarbeit, um den "Aufbau" und die "Schaffung neuer Arbeitsplätze" nicht zu behindern. Hernach wird es heißen, um mit diesem "modernsten Betrieb Europas" Schritt zu halten, müssen wir mitziehen, sonst drohe Verlagerung und Stilllegung erheblicher Betriebsteile.



Nachtschicht in der Lackiererei: Säure, Dämpfe bei Reinigung der Lackstraßen, damit um 6 Uhr die Frühschicht mit Volldampf produzieren kann.

für die Tage zwischen Weihnachten und Neujahr gefahren. Sie sind so hart wie noch nie. Jetzt, ein Jahr nach Einsatz der Roboter im Rohbau und der Lackiererei und nach Überwindung der Anlaufschwierigkeiten, liegen die täglichen Stückzahlen im Münchner Werk um ca. zehn weit über Plan. Der fehlende Urlaub in diesem Jahr zehrt zusätzlich an den Kräften.

Über den Tarifvertrag ist zwischen Betriebsrat und Vorstand noch nicht verhandelt. Die Kapitalisten versuchen, weitestgehend Tatsachen zu schaffen. Man hatte das bereits vor Abschluß des Vertrags erlebt: In der Sattlerei im Dingolfinger Werk suchten sie sich 22 Frauen zusammen, die froh für jede Stunde waren, die sie mehr zur Familienversorgung hatten, ohne gleich auf einen Stundensatz von 20 gedrückt zu werden. Sie arbeiten

Bei den Angestellten kündigen Vorgesetzte an, daß der Vertrieb bei 40 Stunden bliebe, mit Rücksicht auf die Arbeitszeiten und Bedürfnisse der internationalen Händlerorganisation (damit ließe sich auch für Teile, wenn sie z.B. mit Australien oder Amerika zu tun haben, auch die Nachtschicht einführen). Bei den technischen Angestellten in der Entwicklung bzw. auch bei den Datenspezialisten (hier arbeiten ohnehin schon viele nachts) heißt es z.T., 38,5 Stunden seien nicht realisierbar, weil "kluge Köpfe fehlen". Sie sind auch teurer im Ankauf, und das muß sich scheint's besser amortisieren.

BMW-Vorstandsvorsitzender von Kuenheim war einer der ersten mit Modellen zur Samstagsarbeit (s.a. Politische Berichte 5/84). Dabei zielte er v.a. auf Rohbau, Lackiererei und –

nach erfolgter Automation – auch Montage. Die teure Maschinerie bedinge aus Kostengründen vielmehr längere als kürzere Laufzeiten. Für Hausfrauenschichten zwischendurch seien die Anforderungen zu hoch, die Nacht wird zu Instandhaltung und Nachrüstung gebraucht, Freischichten verursachen Diskontinuität und damit erheblich höhere Kosten; außerdem ließen sich so vollwertige Arbeitsplätze schaffen. Bei einer Umrechnung dieser Vorschläge für das ganze Werk, war Betriebsratsvorsitzender Golda bereits auf 4000 zusätzliche Arbeitsplätze gekommen, wenngleich er Samstagsarbeit nicht direkt befürwortete.

Der Betriebsrat ist für die kommenden Auseinandersetzungen noch zusätzlich geschwächt. Golda hat nach dem Vorbild der BMW-Personalpolitik eine "Job-Rotation", d.h. Umsetzung der Betriebsräte durchgeführt, vielleicht in der Annahme, daß einer aus der Gießerei auch die Montage, einer aus der Entwicklung auch den kaufmännischen Bereich kennenlernen soll. Tatsache jedoch ist, daß die ohnehin zarten Verbindungen zwischen Betriebsrat und Belegschaft weiter gekappt wurden.

Anzustreben ist, daß die im Betrieb vertretenen linken Organisationen sich einigen auf Ablehnung der Samstagsarbeit und einheitliche 38,5-Regelung für alle. – (evz)

Werkverträge

BETRIEBSRÄTE GEGEN ILLEGALE LEIHARBEIT

Frankfurt. "Zeitpersonal steht kurzfristig ohne Kündigungs- und Anwerbezeiten zur Verfügung und kann ebenso kurzfristig wieder freigestellt werden ... Zeitkräfte erbringen eine höhere Arbeitsleistung, da sie als betriebsfremde Aushilfen nicht in die zwischenmenschlichen, zeitraubenden Kommunikationsvorgänge einbezogen werden." (Ein Unternehmensberater)

Das Geschäft mit der Leiharbeit blüht besonders im EDV-Bereich: Die Firma Ploenzke, Wiesbaden, hat bereits ca. 400 Programmierer im Verleih, die Firma INFO, Hamburg, ca. 130. Störend dabei, daß der Betriebsrat der Entleihfirma nach herrschender Rechtsprechung Mitbestimmung bei der Einstellung solcher potentiellen Akkord- und Streikbrecher hat – das Recht auf interne Ausschreibung aller Stellen ist z.B. ein wirkungsvolles Hemmnis gegen die "schnellen Anwerbezeiten". Störend weiterhin die Befristung des Verleihs auf ein Viertel Jahr und nach Blüm demnächst auf ein halbes Jahr: immer noch zu wenig für größere Rationalisierungsprojekte.

Einen Ausweg aus dieser Zwickmühle scheint den Kapitalisten der Werksvertrag zu bieten. Dabei wird nicht die Arbeitskraft verliehen, sondern ein "Werk", z.B. ein Softwarepaket verkauft, die bisherigen Leihprogrammierer entwickeln es auf der EDV-Anlage der Entleiherfirma. Allerdings muß die Verleihfirma die Gewährleistung garantieren, sie behält die Weisungsbefugnis über die Arbeiter und rechnet das Gesamtergebnis ab, nicht etwa die Zahl der Arbeitsstunden. Die Mehrzahl der Werksverträge genügen diesen Bedingungen nicht: Sie sind "Scheinwerksverträge", illegaler Arbeitnehmerverleih – nach Arbeitsamtsschätzungen ca. sechs illegale auf einen legalen Vertrag!

Am schnellsten bringt da eine Klage nach §101 BetrVG Klarheit: Der Betriebsrat verlangt die Aufhebung der Beschäftigung. Drei Verfahren in einer Woche gewann der Betriebsrat der Börsendatenzentrale und hat damit den Druck in Richtung Festeinstellung nachhaltig verstärkt. Betriebliche Bekämpfung der Leiharbeit ist die Voraussetzung für ihr Verbot, nicht etwa Tarifverträge mit Sklavenhändlern. Diese würden Leiharbeit nur attraktiv machen und die Spaltung der Belegschaften vertiefen.

Quellenhinweis: "Leiharbeit u. betriebl. Interessenvertretung", Bund-Verlag; "Zur Abgrenzung zwischen Werkvertrag u. Arbeitnehmerüberlassung", in: NZA, 5/84, – (gst)

20. Juli 1944

ERÖFFNUNG DER BUNDESWEHRAUSSTELLUNG

Flensburg. Am 18.10.84 wurde die Bundeswehrausstellung "Aufstand des Gewissens – Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933 bis 44" in der Marineschule in Flensburg eröffnet. Wie überall, wo die Ausstellung bisher auftauchte, verwiesen bürgerliche Politiker darauf, daß Widerstand heute nicht mehr legitim sei, denn so Stadtpräsidentin Groß auf der Eröffnungsveranstaltung: "Widerstand im Dritten Reich im selben Atemzug zu nennen mit dem, was sich heute Widerstand nennt und so telegen (wirkungsvoll, d.V.) aufgemacht in unsere Zimmer flattert, ist eine Verhöhnung der Männer und Frauen, die für ihre Überzeugung ihr Leben gegeben haben". Die Putschisten vom 20. Juli 1944 wollten in keiner Weise den Faschismus beseitigen, selbst in der Ausstellung ist fortlaufend die Rede von einem geplanten und dann gescheiterten "Staatsstreich", sie wollten im wesentlichen den Nazistaat übernehmen und nach Möglichkeit den Krieg mit den westlichen Alliierten fortsetzen gegen die Sowjetunion, mit antifaschistischen Widerstand hatten

die Putschisten nichts zu tun. Tatsache ist, daß der Widerstand gegen Faschismus schon vor 1933 begann, und mit dem hat der Widerstand heute einiges gemeinsam, denn er richtete sich wie heute gegen Kriegsvorbereitung, Rassismus, Ausbeutung und Unterdrückung.

Eine Aktionseinheit hat ein Flugblatt herausgegeben, das sich ausführlich mit dieser reaktionären Ausstellung beschäftigt. Herausgeber des Flugblattes sind: Antifa-Arbeitskreis Flensburg, Arbeitsgruppe Faschismus und Widerstand in Flensburg, BWK, DKP, Hallimasch (Zeitung in Fl.), Tigerberg (pol. Buchladen), 3. Welt Läden.

Die Ausstellung konnte nur besucht werden, wenn zuvor am Eingang der Marineschule der Personalausweis abgegeben wurde. Trotz aufwendiger Plakatwerbung für die Ausstellung waren die öffentlichen Führungen entweder nur schlecht besucht oder fielen ganz aus mangels Teilnehmer, im wesentlichen wurde die Ausstellung von Schulklassen besucht.

Was mit der Ausstellung als "militärischer Widerstand" verkauft wird, ist nichts anderes als eine voluminöse Beschreibung der sich entwickelnden Widersprüche innerhalb der Wehrmacht. Der antifaschistische Widerstand in der Wehrmacht wird in der Ausstellung unter der Überschrift: "Grenzbereiche militärischen Widerstandes: Wehrkraftzersetzung und Spionage" auf einer Tafel behandelt. Dabei wird die Gruppe um Schulze-Boysen (Oberleutnant im Reichsluftfahrtministerium) und Harnick (Oberregierungsrat im Wirtschaftsministerium), auch als "Rote Kapelle" bekannt, behandelt. Diese Gruppe informierte die Sowjetunion über politische und militärische Vorgänge, vor allem auf dem Gebiet der Rüstung. Sie verbreitete mehrere illegale Zeitschriften, die auch in Fremdsprachen übersetzt und unter den ausländischen Zwangsarbeitern verbreitet wurden. Im Oktober 1943 wurden 75 Mitglieder dieser Gruppe zum Tode verurteilt. – (row)

MÜNCHNER AUSLÄNDERPOLITIK AUSWEISUNGSTERROR GEGEN AUSLÄNDER

München. Im Münchner Stadtrat ist trotz knapper Mehrheit von SPD und Grünen/ALM die Ausländerpolitik fest in CSU-Hand. Kreisverwaltungsreferent Gauweiler, dessen Behörde der Vollzug des Ausländerrechts obliegt, unternimmt immer frechere Vorstöße und wird dabei von OB Kronawitter gedeckt.

18.2.84: In einer Barackensiedlung bricht Feuer aus – Ursache unbekannt. Ein Ausländer stirbt, 40 sind

obdachlos. Vier Wochen später werden die übrigen Baracken abgerissen, u.a. wegen "Brandgefahr". Wenig später wird auf dem städtischen Grundstück neu gebaut. 235 obdachlose Türken und Jugoslawen – alle schon älter und z.T. arbeitslos – beziehen als Notquartier ein altes Fabrikgebäude in der Planegger Straße. Die Unterbringung ist für ein Jahr vorgesehen. Aber schon im Mai verfügt das Kreisverwaltungsreferat die Ausweisung der 235 bis spätestens 1.7., sofern sie bis dahin keine angemessene Wohnung gefunden hätten. Diese Verfügung wird den Ausländern in besonderer Manier



schriftlich mitgeteilt: "Um fünf Uhr morgens betraten zwei Beamte das Haus und die Schlafräume. Einer der Beamten hatte zwei Schäferhunde im Auto dabei. Am Ausgang des Gebäudes, durch welchen die Arbeiter gehen müssen, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen, bauten die Beamten einen Tisch auf ... Die Beamten drängten die Arbeiter barsch, unfreundlich, z.T. auch handgreiflich zur Unterschrift (einer Empfangsbestätigung). Arbeiter, die nicht unterschrieben, wurden notiert." Durch Intervention von Grünen/ALM und zunehmende öffentliche Auseinandersetzung wurde die Frist bis zur Ausweisung zunächst auf 1.9., dann auf 31.12. verlängert. Mittlerweile ist die Zahl der in der Planegger Straße Untergebrachten durch nicht verlängerte Aufenthaltsgenehmigungen etc. auf etwa 150 geschrumpft. Die SPD lamentiert über "Gauweilers inhumane Politik", unternimmt aber nichts dafür, daß die Stadt die erforderlichen Wohnungen zur Verfügung stellt (eine Forderung von Mitgliedern der IG Druck und Papier an die Stadträte).

Der SPD-Bürgermeister Hahnzog will wenigstens den Arbeitslosen aus der Planegger Straße durch vorübergehende Unterbringung in Obdachlosen-Asylen helfen.

Quellenhinweis: Dringlichkeitsantrag der Grünen/ALM – (kaz)

Roth-Händle Lahr

REEMTSMA-SCHACHER UM BETRIEBS-
VERLAGERUNG UND BERLIN-PRÄFERENZ

Lahr. Seit Anfang des Jahres gehört die Badische Tabakmanufaktur (BTM) Roth-Händle in Lahr zum Reemtsma-Konzern in Hamburg. Reemtsma wiederum gehört den Brüdern Herz, die u.a. noch die Tchibo AG ihr eigen nennen. Und Reemtsma plant nun die "Zerschlagung" (so der Betriebsrat) der Roth-Händle, nämlich die Verlagerung der Zigarettenproduktion in das Reemtsma-Werk Langenhagen. Dessen Kapazitäten sind nicht mehr ausgelastet, weil Reemtsma die Produktion seiner Hauptmarken (West, Ernte 23, Peter Stuyvesant) nach Westberlin verlagert hat.

In der letzten Woche wurde bekannt, daß der Vertrieb von Roth-Händle bereits zum 1. Januar 1985 von

(mit der die Verlagerung nach Westberlin begründet wurde) in Gang und brachte die eigenen Absichten so aus dem Schußfeld.

Die "Berlin-Präferenz" gilt für in Westberlin produzierte Ware und besagt, daß Westberliner Kapitalisten 4,5% der Umsatzsteuer zurückerstattet bekommen; der Handel, der diese Produkte kauft, erhält ebenfalls 4,2% der Umsatzsteuer zurück. Tatsächlich kommen heute 80% der Zigarettenproduktion aus Westberlin, wohingegen es 1983 erst 50% waren (Angaben laut Gewerkschaft NGG). Zu dieser Entwicklung kam es, als die Zigarettenkonzerne aufgrund des Preiskrieges, den die massive Tabaksteuererhöhung 1982 nach sich zog, die Preise

schriftensammlung, die 13 194 Unterschriften brachte. Eine Bürgerinitiative "zur Erhaltung von Roth-Händle" gründete sich.

Auf einer Veranstaltung des DGB-Ortskartells Anfang September sprachen sich alle Parteien gegen die Berlin-Präferenz bzw. für eine kritische Überprüfung derselben aus. Die Grünen kritisierten zutreffend, es handle sich dabei bloß um ein Mittel, "um Westberlin als Insel in Abhängigkeit von der BRD zu halten".

Nur: die ganze Berlin-Präferenz-Schacherei lief darauf hinaus, den Reemtsma-Kapitalisten das Anrecht auf vergleichbare Subventionen in der BRD zuzusprechen. Folgerichtig gab sich der Betriebsrat der Roth-Händle (wie der Betriebsratsvorsitzende in einem Telefongespräch bestätigte) dazu her, beim baden-württembergischen Wirtschaftsministerium vorstellig zu werden, um über Landesmittel für den Standort Lahr zu verhandeln. Wirtschaftsminister Eberle gab einen abschlägigen Bescheid.

Völlig aus dem Blick gerieten bei dem Debakel die Rationalisierungsabsichten der Reemtsma-Kapitalisten. Schließlich wurden ja auch die Mittel der Berlin-Präferenz in allen Fällen von Betriebsverlagerungen für einen kräftigen Rationalisierungsschub genutzt. Die Zahlen der Zigarettenindustrie belegen dies deutlich: 1983 wurden 8,4% weniger Arbeiter als 1982 beschäftigt; die Zahl der Arbeitsstunden sank um 2,5%; der Durchschnittsverdienst war um 1,2% niedriger. Der Umsatz stieg jedoch um 10,4% und der Umsatz pro Beschäftigtem sogar um 18,1% — selbst in Kapitalistenkreisen als "außergewöhnlich hoch" bezeichnet. Man äußert die Erwartung, daß dieser "günstige Trend" 1984 noch deutlicher ausfallen werde.

Der Betriebsrat der Roth-Händle hat aufgrund der neuen Situation (Verlagerung nach Langenhagen) Verhandlungen mit dem Reemtsma-Vorstand über einen Interessensausgleich, für den auch ein Sozialplan und die Offenlegung aller geplanten Strukturmaßnahmen gefordert wird, aufgenommen. Die Gewerkschaft NGG führt die Verhandlungen auf der Linie "Erhaltung der Eigenständigkeit von Roth-Händle". Ohne Angriff auf die Rationalisierungsvorhaben von Reemtsma scheint das wenig sinnvoll, denn: Wenn Roth-Händle "eigenständig" und in Lahr bleiben sollte, dann um welchen Preis? Bei Brinkmann in Bremen hat sich die Gewerkschaft NGG vor zwei Wochen zum Verzicht auf ein Drittel des 14. Monatsgehaltes und der Zustimmung des "Abbaus" von 1000 Beschäftigten erpressen lassen, um "eine Verlagerung der Bremer Arbeitsplätze nach Berlin zu verhindern". Quellenhinweis: verschiedene Ausgaben von "Badische Zeitung", "Lebensmittelzeitung, Tabakzeitung". — (ads)



Mitglieder des Reemtsma-Vorstandes. Vorsitzender Wiethüchter (Bildmitte) wurde inzwischen geschäft. Neuer Mann ab Januar 1985: Peddinghaus, bisher Beiersdorf AG.

150 auf 79 Beschäftigte heruntergefahren und der Zigarettenvertrieb vom Reemtsma-Außendienst übernommen werden soll. Pläne für die Entlassung von 90 Angestellten aus dem Verwaltungsbereich liegen auch auf dem Tisch.

Vorerst macht Reemtsma die Roth-Händle-Verlagerung vom möglichen Platzen eines Iran-Exportauftrages abhängig. Dies kann man getrost als taktisches Hinhaltenmanöver betrachten, so wie es auch Taktik war, daß Reemtsma in den vergangenen Monaten gezielt das Gerücht einer Verlagerung der Roth-Händle-Produktion nach Westberlin in Umlauf brachte.

Reemtsma ließ dies über die Nachrichtenagentur Reuter Anfang des Sommers verbreiten und setzte damit sozusagen eine Allparteien-Initiative in Lahr gegen die Berlin-Präferenz

senken mußten und damit ihre Profite geschmälert sahen. Der Tabakwarenhandel seinerseits kalkuliert scharf mit den 4,2% der Berlin-Präferenz, denn unter Ausnutzung ihrer Monopolstellung räumen die Konzerne dem Handel meist nicht viel mehr als 5% Gewinnspanne ein (d.h. der Handel verdient am Verkauf einer Stange Zigaretten ca. 1,70 DM) — und da sind 4,2% von der Umsatzsteuer ein Posten in der Kalkulation.

Roth-Händle hat 960 Beschäftigte in Lahr. Außerdem ist sie Alleinabnehmer der 800 badischen Tabakbauern. Somit stehen nicht wenige Existenzen auf dem Spiel. Der Lahrer Stadtrat reagierte auf die Berlinverlagerungs-Gerüchte mit einer Resolution aller Stadtratsparteien, die die Erhaltung der Produktion in Lahr forderte. Die FDP initiierte eine Unter-

Atommülltransporte

BAUERN BLOCKIEREN ZWISCHENLAGER

Lüneburg. In Begleitung von 1500 Polizisten und mit massivem Einsatz von gepanzerten Fahrzeugen, schweren Räumfahrzeugen bis hin zur chemischen Keule und Schlagstockeinsätzen hat die Brennelement Gorleben GmbH (BLG) am 08.10. und 09.10. insgesamt 506 Fässer à 200 Liter Atom-müll in das Zwischenlager eingelagert.

Trotz des massiven Polizeiaufgebots verlaufen die Transporte nicht glatt. Durch die Festnahme von sieben Streckenbeobachtern am AKW Stade gelingt es nicht, den Transport geheimzuhalten. Nur unter Streckenführung von Hubschraubern kommt er auf Umwegen, zuletzt durch den Wald, einigermaßen unbehelligt zum Zwischenlager, wo den Transport eine Treckerblockade, die mit Gewalt beendet wird, kurzzeitig aufhält. Am zweiten Tag braucht der Konvoi für die 60 Kilometer von Uelzen bis Gorleben immerhin über drei Stunden. In der von der Polizei stundenlang abriegelten Stadt Wustrow wird er 20 Minuten blockiert. Weitere Blockaden zwingen ihn auf die Ausweichstrecke über Schmarsau, Prezelle und Rondell, wo er aber ebenfalls auf Blockaden trifft. Das Ziel des Widerstandes, den Transport erheblich zu behindern oder gar zu verhindern, wird jedoch nicht erreicht.

Über 90 Sperren und Blockaden sowie 70 Festnahmen im Verlauf der beiden Tage zählt die Polizei. 26 Ermittlungsverfahren hat die Staatsanwaltschaft eingeleitet. Die brachiale Durchführung des Transportes sowie Hausdurchsuchungen und das Verbot der Mobilisierung durch die Lüneburger Staatsanwaltschaft sollten eine Distanzierung von Teilen der Bewegung anlässlich der Blockaden erwirken. Dies ist nicht geschehen. Mehrere Lüneburger Organisationen haben in einer gemeinsamen Erklärung im September gegen die Polizeirazzien, Hausdurchsuchungen und die zehn Ermittlungsverfahren wegen § 111 StGB (öffentliche Aufforderung zu Straftaten) protestiert, die gegen vermeintliche Verfasser, Hersteller und Verteiler von "Tag X"-Aufrufen eröffnet worden sind. In der Erklärung haben u.a. der KV der GRÜNEN, der LAGA, der KB, die DfG/VK, die Jusos, der Asta der FHS und die Volksfront bekräftigt, trotz Verbot weiterhin zu Aktionen am "Tag X" aufzurufen. Die SPD und die Gewerkschaften haben – soweit bekannt – keine Stellungnahme abgegeben.

Mit einer Demonstration, an der etwa 4000 (darunter Bauern mit 48 Treckern) teilnahmen, wurden die Aktionen der Woche am 13.10. in Lüchow



Polizei eskortiert Atommüll-Konvoi.

zusammengefaßt. Auf der Kundgebung griffen Redner die Methoden der Politiker und Betreiber an: Die Transporte wurden durchgeführt, obwohl der Gerichtsentscheid noch ausstand; Samtgemeinden, die Straßen für einen solchen Transport ausdrücklich gesperrt hätten, seien regelrecht "überfahren" worden. H. Kempmann, Pressesprecher der BI Lüchow-Dannenberg, schätzte ein: Die jetzige Einlagerung "ist Ausdruck der tatsächlich existierenden Machtverhältnisse." Doch weil nicht die Akzeptanz, sondern der Widerstand im Wendland gewachsen sei, werde man jeden weiteren Transport mit einem Heer von Polizei schützen und die "Dörfer weitläufig abriegeln" müssen. – (hok)

Krefelder Gefangene

BEAMTENBUND RECHT- FERTIGT HAFTTERROR

Essen. Am 31.8.84 wurde Anne Holling, inhaftiert wegen Teilnahme an der Demonstration aus Anlaß des Bush-Besuchs am 25.6.83 in Krefeld, auf Anweisung des Anstaltsleiters der JVA Essen von JVA- und LKA-Beamten nackt und unter Schlägen und weiteren Mißhandlungen in die JVA Bielefeld-Brackwede transportiert. Sie war während der ganzen Zeit – drei Stunden Bunker und vier Stunden Fahrt – nackt und an Händen und Füßen gefesselt.

Gleich nach Veröffentlichung des Vorfalles am 19.9. erklärte NRW-Justizminister Haak in der "Westdeutschen Allgemeinen", er habe "erhebliche Zweifel, ob beim Transport der Gefangenen die Menschenwürde gewahrt" worden wäre. Inzwischen behauptet die Pressestelle des Justizministeriums, Äußerungen des Ministers gäbe es nicht. Der Grund ist offensichtlich: Der Beamtenbund Essen führte eine Protestversammlung am 4.10. durch. Er bezeichnete die Vorfälle als normal und all-

täglichen Strafvollzug. Gegen den Justizminister will der Beamtenbund ein Disziplinarverfahren anstrengen.

Personalratsvorsitzender Soffka, der gleichzeitig Vorsitzender des Bundes der Strafvollzugsbediensteten ist, erklärte: "Nach der Äußerung des Ministers, den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und dem Rücktritt von JVA-Leiter Eykmeier scheint wohl Recht nicht mehr Recht zu sein." Daß der JVA-Leiter zurückgetreten ist, trifft dabei noch nicht einmal zu. Er ließ sich lediglich befristet nach Hamm versetzen, um "Ermittlungen nicht zu beeinflussen". Eykmeier drohte gleichzeitig den Anwälten von Anne H. mit strafrechtlicher Verfolgung.

Weiter bedauert der Beamtenbund, daß die Beamten Anordnungen nur noch innerlich unwillig ausführen, "weil ihnen ein geschickter Rechtsanwalt einen Strick daraus drehen würde". Der Kreisvorsitzende des Beamtenbundes Ströter bezeichnet den gezielten Terror als von der Gefangenen provozierte Vorgänge.

Nach einer Presseerklärung von Freunden von Anne Holling begann die Aktion um zehn Minuten vor 6.00 Uhr. "Gefangene, die an solchen Tagen Arbeiten auf dem Flur verrichten, waren in ihren Zellen eingeschlossen geblieben." Der Gefangenentransporter wurde in einem Extra-Hof dicht an die Gefängnismauer herangefahren, so daß der Transport nicht für andere Gefangene einsichtbar war. Dies läßt auf eine planmäßige Aktion schließen.

Daß der Beamtenbund die Vorgänge als normalen Strafvollzug ansieht zeigt, wie er den Strafvollzug haben will. Er will den Terror gegen politische Gefangene rechtlich abgesichert wissen. Demgegenüber werden solche Methoden in der Presseerklärung der Freunde von Anne H. völlig zu recht mit faschistischen Methoden verglichen. Die ÖTV, zu deren Organisationsbereich JVA's gehören, hat sich bisher leider nicht geäußert. – (sma)



Festnahme beim Polizeieinsatz im Juni 1983 in Krefeld

Städtisches Fuhramt Hannover

SCHWERE ARBEIT, NIEDRIGER LOHN, NEUE ANGRIFFE DES DIENSTHERRN

Hannover. Die Arbeit sei heute nicht mehr schwer, will uns der Straßenmeister des Fuhramtes weismachen, als wir um Erlaubnis fragen, die Müllader bei ihrer Arbeit zu fotografieren. Die Einführung der Plastiktonnen anstelle der alten Zinktonnen habe alles doch leichter gemacht.

Leichter? Die Arbeit hat zugenommen, sagen die Müllader. Vor rund fünf Jahren wurden die Zinktonnen schrittweise durch Plastiktonnen ersetzt, seit ca. 11½ Jahren sind fast nur noch Plastiktonnen zu schleppen. Solch eine 110-l-Zinktonne, die wog leer 20 kg, eine Kunststofftonne dagegen "nur" 7 kg, das macht schon einen Unterschied. Dafür sind heute aber mehr Tonnen und Behälter zu leeren. Die allgemeinen Angaben über das Städtische Fuhramt Hannover geben folgendes Bild: Die Zahl der Beschäftigten hat von 1978 bis 1983 um 1,4% zugenommen (seit 1982 sinkt sie auch absolut), der Haus- und Straßmüll, den sie beseitigen müssen, jedoch um 15%.

Leichter? Tatsache ist, daß die Stadt den Müllwerkern ab Anfang 1985 noch mehr Arbeit aufladen will als bisher schon. Denn vor einem Jahr will der Deutsche Städtetag festgestellt haben, daß die Müllwerker in Hannover weniger arbeiten als in anderen Städten. Die Müllwerker, die wir darauf ansprechen, lachen höhnisch. Wissen die, die das behaupten, überhaupt, wovon sie reden? Wie weit die Wege wirklich sind, die sie zurücklegen müssen, wenn sie die Tonnen aus

den Hinterhöfen, Hausfluren, Kellern schleppen müssen, einmal hin, einmal zurück? Wie schwer der Müll ist, den sie tagtäglich wegschaffen müssen?

Zwischen 20 und 25 km müsse er täglich gehen, sagt einer, der dem Müllwagen vorgeht, die Mülltonnen herholt, an den Straßenrand stellt und sie später, nach Leerung, wieder zurückbringt. Wieviel Treppen er dabei steigt, weiß er nicht, aber oft genug muß er zehn oder mehr Tonnen aus dem Keller holen, die volle Mülltonne mit durchschnittlich 23 kg Gewicht, und wieder zurückbringen. Zwei der fünfköpfigen Mannschaft machen diese Arbeit, zwei andere holen die Tonnen vom Straßenrand, leeren sie und stellen sie zurück, der fünfte fährt. In der zweiten Woche wechseln sie, bis auf den Fahrer. Tag für Tag entleert die Mannschaft so durchschnittlich 640 Mülltonnen, das bedeutet, daß jeder, über zwei Wochen gerechnet, täglich 4 800 kg oder knapp 5 t heben und schleppen muß.

Ab Januar sollen sie diese Arbeit nur noch zu dritt – plus Fahrer – machen. Der Dienstherr will dem Bezirk Limmer/Linden einen weiteren Stadtteil, Ahlem, zuordnen. Gleichzeitig sollen im Bezirk mehr große Behälter zu 1,1 Kubikmeter aufgestellt werden, damit begründet er die Verkleinerung der Mannschaften für die 110-l-Mülltonnen. Aber, sagt einer, wir wissen aus Erfahrung, daß die 110-l-Tonnen deswegen auch nicht weniger werden. Die statistischen Angaben geben ihm recht: Seit 1978 ist die Zahl

der geleerten 1,1 cbm-Müllbehälter um über 26% gestiegen, die 110-l-Tonnen wurden jedoch nur um gut 1% verringert. Trotzdem will der Dienstherr, anstatt neue Leute einzustellen, die Mannschaften für die 110-l-Mülltonnen um einen verkleinern, um aus den so "freigesetzten" Beschäftigten zusätzliche Mannschaften für die Leerung der neuen 1,1 cbm-Müllbehälter und den hinzukommenden Stadtteil zu bilden.

Auch die Arbeiter im Sperrmüllwagen befürchten, daß ihnen ein weiterer Stadtteil, Wettbergen, zugeteilt werden soll, ohne daß entsprechend neue Leute eingestellt werden. Aber wie soll das gehen? Schon jetzt sind sie für drei Bezirke zuständig. Schon jetzt könnten die beiden Müllader – es sind tatsächlich nur zwei – die Arbeit nicht bewältigen, wenn der Fahrer nicht mit anpackt. Zwei bis drei Wagen Sperrmüll schaffen sie täglich weg, alles, was anfällt, 6 t sind das mindestens, oft auch 9 t. Am frühen Morgen sehen wir ja noch frisch aus, sagt einer, aber Sie sollten uns mal heute nachmittag sehen, da hängen uns die Arme am Boden. Wie oft sie sich bücken, Schweres stemmen und heben, wie oft sie in Scherben greifen oder Gegenstände mit scharfen Kanten fassen, wie oft sie beiseitespringen, wenn die Presse Gegenstände aus dem Wagen zurückschleudert, läßt sich kaum zählen. Wie sieht's aus mit Verletzungen? Schwere Verletzungen sind relativ selten, kleinere häufig, vor allem die Beine sind total ver-



Viele halten die schwere Arbeit nur einige Jahre lang aus. Die meisten ziehen sich Wirbelsäulen- und Gelenkschäden

zu. Niedriger Lohn und erzwungene Doppelbelastung verhindern die Regeneration der Arbeitskraft.

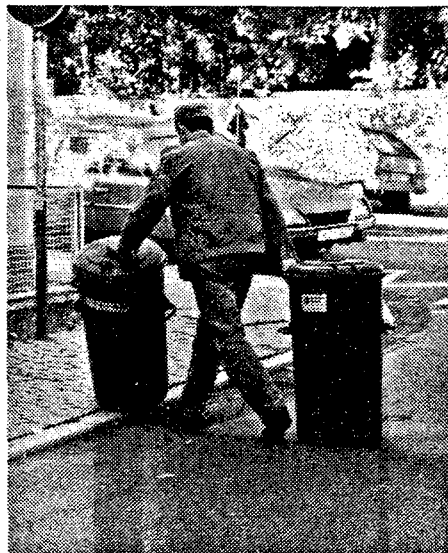
schrammt. Am meisten schmerzen die Knie, und als schlimm empfinden sie den Gestank und Staub, den der Wagen ausspeit, wenn die Presse das alte Gerümpel zermalmt.

Eine in Köln durchgeführte arbeitsmedizinische Untersuchung hat erwiesen, daß rund 90% von allen, die länger als zehn Jahre als Müllader arbeiten, eindeutige Wirbelsäulenveränderungen, zum Teil erhebliche Schäden ihres Bewegungs- und Stützapparates aufweisen. Als Ursache benennt die Studie neben der an sich schon schweren körperlichen Belastung die extrem hohe Arbeitsintensität. Dafür allerdings soll den Müllwerkern selbst die Verantwortung zugeschoben werden. Da sie nämlich in der Regel gehen könnten, wenn die Arbeit erledigt ist, würden sie in fünf oder sechs Stunden wegschaffen, was auf acht Stunden berechnet sei, um früher nach Hause zu kommen. Wie verhält es sich aber wirklich?

In Hannover können die Müllwerker, statt zum Dienstscluß um 15.30 Uhr, ab 14.00 Uhr gehen. Versuche des Dienstherrn, ihnen bis 15.30 Uhr zusätzliche Arbeit, z.B. Straßenkehren, aufzuzwingen, haben sie abgewehrt. Und sie klotzen ran, um früher fertig zu werden. Dann aber beginnt für viele ein zweiter Arbeitstag: als Taxifahrer, Busfahrer, Geldbote usw. Der Lohn, den sie als Müllwerker bekommen, ist so niedrig, daß sie davon allein nicht leben können. 1700 DM netto, sagt einer, dessen Frau nicht arbeitet, weil das Kind keinen Kindergartenplatz fand. Ein anderer berichtet, daß ein größerer Teil der Kollegen an der Sozialhilfegrenze oder drunter liegt, sie haben's einmal nachgerechnet. Eine kräftige Festgelderhöhung, die brauchen sie dringend, sagen sie. — (edb, jol, scc)



Schwere Arbeit bei Lohngruppe III (1 800 bis 2 200 DM brutto)



Laut Statistik verunglückt jährlich jeder fünfte Müllwerker. Eine Hauptgefahrenquelle: das Mitfahren auf den Stellklappen hinten am Wagen.



Die Umstellung auf 1,1 cbm-Müllbehälter bringt keine Arbeitserleichterung: Ein Behälter aus Zink wiegt 155 kg, aus

Plastik 65 kg, dazu 90 kg Müllgewicht. Die Mannschaften bestehen nur noch aus zwei Mülladern plus Fahrer.

REFERENDARSTREIK ERFOLGREICH

Bremen. Die Lehrerreferendare hatten nach einer Urabstimmung mit eindeutiger Mehrheit am 15.10.84 einen Streik begonnen gegen die von der Landesregierung geplante Erhebung von Prüfungsgebühren für die 2. Lehrprüfung in Höhe von 400 DM. Am 16.10. nahm der Senat seine Pläne zur Einführung Prüfungsgebühren zurück, hielt sich aber die Entscheidung über die Erhebung von Prüfungsgebühren in anderen Ausbildungsbereichen offen. Aufgrund dieses Erfolges wurde auf einer Streik-VV die Aussetzung des Streiks beschlossen. — (jow)

EINFÜHRUNG DER 38-STD.-WOCHE

Mit den Tarifabschlüssen befaßte sich die Funktionskonferenz der IGM Dortmund am 23.10. Hans Janßen vom Hauptvorstand betonte, daß die IG Metall bewiesen habe, daß sie auch in Krisenzeiten kämpfen könne. Das Fehlen einer Bewegung für Arbeitszeitverkürzung machte er für die Schwächen des Tarifabschlusses verantwortlich. Als solche nannte er die Flexibilisierung; allerdings habe man erreicht, daß den Unternehmern die Flexibili-

Bremen. Am 18.10. demonstrierten ca. 400 behinderte Jugendliche und Mitarbeiter des Bremer Reichsbund-Berufsbildungswerks gegen die Absicht des Senats, den bislang gewährten Zuschuß von jährlich 300000 DM zu streichen. Sollten die beabsichtigten Kürzungen tatsächlich erfolgen, dann — so der Betriebsrat der betroffenen Auszubildenden — "geht unsere Ausbildung kaputt, und wir verlieren jede Chance, unseren künftigen Lebensunterhalt selbst zu verdienen." — (gef)

sierung teuer zu stehen kommt. Die Betriebsräte rief er dazu auf, es nicht zuzulassen, daß die Unternehmer durch Überstunden und Sonderschichten den Produktionsausfall wieder wettmachen könnten. Aktuell sei die Unterstützung für die ÖTV wichtig. Die Diskussion konzentrierte sich auf die Einführung der 38-Stunden-Woche in der Stahlindustrie. Ein Redner kritisierte die Zustimmung der Hoesch-Betriebsräte zu weiteren Überstunden, obwohl die Geschäftsleitung die für 1985 geforderten Freischichten und Höhergruppierungen bislang abgelehnt hat und weitere 1000 weniger beschäftigen will. — (wom)



AKTIONEN GEGEN FLORISTIKVERBAND

Elmshorn. Festgeldbeiträge zwischen 90 DM und 155 DM fordert die GGLF seit Januar 84. Die Tarifverhandlung fand erst im Juni statt, das Angebot des Fachverbandes Floristik: Daran hat sich bis heute nichts geändert, trotz wiederholter Aufforderung, ein Angebot zu machen. Die GGLF reagierte darauf mit einer bundesweiten Flugblattaktion vor Blumen Geschäften der Tarifkommissionsmitglieder und anderen. Darin wird die schlechte Lage der Floristen geschildert und der Fachverband zur sofortigen Wiederaufnahme der Verhandlungen aufgefordert. — (bea)

GEGEN MILCH- QUOTENREGELUNG

Vor ca. acht Wochen wurde in Schleswig-Holstein die Interessengemeinschaft für eine gerechte Milchmarktordnung gegründet. Mit heute 300 Mitgliedern führte sie Veranstaltungen mit 300—1300 Besuchern durch. Die Interessengemeinschaft ist u.a. gegen die Quotenregelung, da sie die Rechte des Grundgesetzes (freie Berufswahl, Verbot der Enteignung) gefährdet. Durch den Handel mit Milchquoten würden gerade die Finanzkräftigen, die Milchquoten kaufen können, noch größer werden. Durch die Quotenregelung werden in Schleswig-Holstein ca. ein Drittel der Milchbauern beseitigt. Im September schon wurden 61% mehr Kuhschlachtungen und 38% mehr Rinderschlachtungen vorgenommen als vor einem

Jahr. Der Bauernverband rechnet für das Geschäftsjahr 1984/85 mit 560000 Schlachtungen über dem Normalsatz. Die Milchlieferung ist um 5,5% gefallen und die Butterherstellung um 17,3%. — (ale)

ENTLASSUNG BEI DER POST

Freiburg. Postminister Schwarz-Schilling ließ den Freiburger Fernmeldeoberinspektor B. Goergens vom Dienst suspendieren. Vorgeworfen werden ihm Kandidaturen für die DKP und die Teilnahme an den Mahnminuten des DGB am 5.10.83. Der Rechtsauffassung Schwarz-Schillings zufolge stellt dies eine Dienstpflichtverletzung dar, "die nicht anders zu beurteilen ist, wie wenn ein Beamter Beförderungsgut oder dienstliche Gelder unterschlägt". Gegen die Entlassung Goergens sammelte die IG Metall 360 Unterschriften; die DKP führt täglich an der Hauptpost eine Hungerkette durch. — (chb)

GRÜNE FÜR ÖTV- FORDERUNGEN

München. Die Fraktion der Grünen/ALM hatte Dringlichkeitsantrag im Gemeinderat gestellt: Die Vertreter der Stadt im Kommunalen Arbeitgeberverband werden aufgefordert bei den Tarifverhandlungen des ö.D. die Forderungen der ÖTV als eigene Ausgangsposition für die weiteren Gespräche zu nehmen. Die Dringlichkeit wurde anerkannt, die Abstimmung verloren, weil nur 6 von 35 SPDlern den Antrag unterstützten. — (dil)



Seit 17. Oktober streiken die 36600 Arbeiter von General Motors Kanada. Die Firma hatte ein gegenüber dem US-Tarifvertrag geringfügig verbessertes Angebot vorgelegt: mittlere Lohnerhöhungen in den nächsten drei Jahren von 21/4% wie in den USA plus zusätzliche Anhebung des Stundenlohns im ersten Jahr. Die kanadische Gewerkschaft UAW fordert nach Presseberichten eine prozentuale Erhöhung auch der Zulagen sowie Verwendung eines Teils des Umschulungsfonds für Lohnerhöhungen. GM hat mit Werkschließungen wegen Teilemangels in den USA begonnen. — Die Tarifgespräche bei Ford Kanada sind bis zu einer Einigung bei GM verschoben. — (mfr)

Dokumentation

DGB-BROSCHÜRE "NEUE ARMUT IN KÖLN"

Von SPD/FDP-Regierung begonnen, wurden 1983 von CDU und FDP weitere drastische Kürzungen bei den Leistungen der Arbeitslosenversicherung durchgesetzt. In welchem Maße und auf welche Schichten sich diese ausgewirkt haben, untersucht die Broschüre "Neue Armut in Köln", die vom Rheinischen Journalistenbüro im Auftrag des DGB in Köln erstellt wurde.

In einem Bericht für die Vertreterversammlung der IG Metall Köln wird Bezug auf diese genommen und ausgeführt: "Denn solange Arbeitslosigkeit zu einem drastischen finanziellen Abstieg bis hin zur Armut führt, können die Unternehmer die industrielle Reservearmee als Konkurrenten gegen die (Noch-)Beschäftigten ausspielen, um Löhne zu drücken, Leistungen zu erhöhen, Tarifvereinbarungen zu unterlaufen und Sozialleistungen abzubauen." Doch Forderungen nach einer besonderen Anhebung der unteren Lohngruppen, die direkt etwas gegen das Absinken in die Armut bewirken würden, oder aber auch politische Forderungen zur Arbeitslosenversicherung selbst fehlen dann.

Im folgenden die Dokumentation einiger Passagen aus der Broschüre:

... Armut hat es in den letzten 30 Jahren in Köln immer gegeben: Die Armut von Rentnern, Obdachlosen, Behinderten, Ausländern und Sozialhilfeempfängern. Aber durch die jetzt schon zehn Jahre anhaltende Massenarbeitslosigkeit und durch die drastischen Kürzungen bei der Arbeitslosenunterstützung ist eine in der jüngeren Kölner Stadtgeschichte neue Form der Armut hinzugekommen: die Armut der Arbeitslosen ...

"Keinen Anspruch auf Leistungen":

Bezogen auf die heutige Bezirksgröße gingen 1975 rund 2700 Kölner Erwerbslose beim Arbeitsamt leer aus. 1983 waren es dagegen schon 19000.

Tabelle 1:

Der Anteil der ausgegrenzten Erwerbslosen in Köln und im Bundesgebiet (in % der registrierten)

Jahr	Köln	BRD
1975	13	10
1976	15	17
1977	18	20
1978	25	26
1979	28	28
1980	36	27
1981	31	26
1982	37	28
1983	38	30

Die sogenannten "Anwartschaftszeiten", also die Zeiten, in denen Beitragszahlungen zur Arbeitslosenversicherung nachzuweisen sind, wurden in den letzten Jahren drastisch erhöht.

Erste Berufserfahrung: Arbeitslos und ohne Geld

Die Hauptbetroffenen von der Ausgrenzung aus der Arbeitslosenunterstützung aufgrund der Anwartschaftszeitregelung sind diejenigen Lohnabhängigen, denen schon der Einstieg ins Erwerbsleben nicht gelingt.

Tabelle 2:

Arbeitslose ohne jede bisherige Berufstätigkeit in Köln und im Bundesgebiet (in % der registrierten)

Jahr	Köln	BRD
1975	4,9	4,5
1980	9,0	7,2
1983	14,8	11,4

Ein weiterer Grund für die besonders schlechte Absicherung der Kölner Erwerbslosen ist der hohe Anteil der Erwerbslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung in Köln. Im Bundesdurchschnitt konnten im September 1983 50,8% aller registrierten Erwerbslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen. In Köln waren es dagegen 63,2%.

Ausgrenzungsgrund: Die Bedürftigkeitsprüfung bei der Arbeitslosenhilfe

In Köln lag in den letzten Jahren der Anteil der Arbeitslosen, die bereits über ein Jahr arbeitslos waren, stets deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Tabelle 3:

Dauerarbeitslosigkeit in Köln und im Bundesgebiet

Jahr	Köln	BRD
1975	10,3	9,6
1980	19,6	17,0
1983	37,0	28,5

Die Situation vieler ausländischen Arbeitslosen in Köln ist nahezu aussichtslos

Von den 33632 ausländischen Arbeitern und Arbeiterinnen, die nicht aus EG-Ländern kamen, hatten nur wenig mehr als die Hälfte (50,8%) eine unbefristet gültige Besondere Arbeitser-

laubnis – bei den türkischen Kollegen waren es sogar nur 48,4%. Bei einem weiteren Drittel war die Besondere Arbeitserlaubnis befristet (bei den Türken: 35%). Mehr als jeder sechste der damals beschäftigten Nicht-EG-Ausländer besaß nur eine Allgemeine Arbeitserlaubnis.

Immer mehr Kölner Arbeitslose erhalten immer weniger Unterstützung.

Der Anteil der Arbeitslosengeldbezieher ist in Köln seit 1975 von 73% auf 35% im September 1983 gesunken. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Arbeitslosenhilfe-Bezieher von 14% auf 27% gestiegen.

Tabelle 4:

Die Absicherung der Kölner Erwerbslosen durch Unterstützungsleistungen des Arbeitsamtes in den Jahren 1975–1983

Jahr	ALG	ALH	Ohne Geld	Arbeitslose
1975	73	14	13	17755
1976	60	25	15	17008
1977	58	24	18	19739
1978	50	25	25	18591
1979	50	22	28	16612
1980	46	18	36	25580
1981	48	20	31	33269
1982	37	26	37	42442
1983	35	27	38	50132

Seit Anfang 1984

gibt es noch weniger

Arbeitslosenunterstützung

Für Erwerbslose ohne Kinder wurde zum 1.1.1984 sowohl das Arbeitslosengeld als auch die Arbeitslosenhilfe gekürzt.

Tabelle 5:

Von je 100 Kölner Arbeitslosengeld-Beziehern erhielten im April 1984 den gekürzten Leistungssatz von 63% bzw. den vollen Satz von 68%

Satz	insgesamt	Männer	Frauen
gekürzt	66,8%	70,0%	62,7%
ungekürzt	33,2%	30,0%	37,3%

Tabelle 6:

Von je 100 Kölner Arbeitslosenhilfe-Beziehern erhielten im April 1984 den gekürzten Leistungssatz von 56% bzw. den vollen Satz von 58%

Satz	insgesamt	Männer	Frauen
gekürzt	73,1%	73,1%	73,1%
ungekürzt	26,9%	26,9%	26,9%

Quellenhinweis:

"Die neue Armut in Köln", Studie des Rheinischen Journalistenbüros (Köln), 1984 – (dam)

Lohnentwicklung Einzelhandel

IMMER MEHR FRAUEN MÜSSEN ALS "ZUVERDIENER" ARBEITEN

Die Beschäftigung als Verkäuferin gilt als typische "Zuverdienertätigkeit" für Frauen, die ansonsten von dem Einkommen eines anderen, d.h. im wesentlichen von dem des Mannes oder, wenn jünger, der Eltern, abhängen. Die Einzelhandelskapitalisten konnten stets in größerem Umfang Personal zu Löhnen beschäftigen, die unter dem Niveau liegen, das eine selbständige Existenz ermöglicht.

Die Entwicklung seit 1980 ist aber bemerkenswert und von einiger Bedeutung für die Entwicklung des Lohnstandards insgesamt. In den vergangenen vier Jahren dehnten die Einzelhandelskapitalisten unter dem allgemeinen Druck auf dem Arbeitsmarkt sowie der Lohnsenkungen in der Industrie und im öffentlichen Dienst die Beschäftigung zu Niedrigstlöhnen enorm aus (s. Tabelle). Die Zahl der in den niedrigsten Gehaltsgruppen beschäftigten Frauen ist seit 1980 um mehr als das Doppelte gestiegen. Bei mehr als der Hälfte aller zusätzlich eingestellten Beschäftigten haben die Einzelhändler Löhne unter 2000 DM brutto im Monat vereinbaren können. Dagegen nahm die Zahl der für qualifizierte Tätigkeiten eingestellten Verkäuferinnen (Leistungsgruppe III) nur unterdurchschnittlich zu; die Zahl der in leitenden Positionen beschäftigten Frauen sogar ab.

Die Beschäftigung in Teilzeitarbeitsverhältnissen konnte mangels Erfassung in der Effektivlohnstatistik leider nicht berücksichtigt werden. Nach Schätzungen nimmt ihr Anteil jedoch zu. Derzeit sind rund die Hälfte aller im Einzelhandel Beschäftigten in Teilzeit angestellt, häufig ohne

daß ein Tarifvertrag für sie gilt und zu allerniedrigsten Löhnen.

In allen Leistungsgruppen stiegen die Frauen auf der Lohnskala im Verhältnis zum Durchschnittslohn auf. Die nominale Effektivlohnerhöhung war bei den Frauen in allen Lohnklassen höher als im Durchschnitt. Der Eindruck einer Besserstellung der Frauen im Lohngefüge täuscht jedoch. Vor allem nämlich haben die Kapitalisten die Männerlöhne in die Richtung der Frauenlöhne nach unten hin gedrückt. Die durchschnittliche Gehaltserhöhung zwischen April 1980 und April 1984 lag im Einzelhandel mit 14,1% weit unter dem Anstieg von

15,7% für die gesamten Angestelltengehälter in Industrie und Handel und auch unter dem durchschnittlichen Anstieg der Arbeiterlöhne von 14,6%. Zudem hat sich vor allem die Entlohnung der am schlechtesten bezahlten Frauen überhaupt nicht verbessert; ihre Gehälter liegen weiterhin unterhalb von zwei Drittel des Durchschnittslohnes und decken mit rund 1550 DM im Schnitt keinesfalls das Existenzminimum für einen alleinlebenden Erwachsenen.

Die enorme Ausdehnung der Beschäftigung zu Löhnen, die keine selbständige Existenz ermöglichen, hat weitreichende Folgen:

– Die Kapitalisten können den allgemeinen Lohnstandard senken durch die verschärfte Konkurrenz unter den Arbeitern. Die Einzelhandelskapitalisten konnten die Löhne der männlichen Verkäufer relativ drücken, weil sie mehr Frauen zu niedrigsten Löh-

Gehalt und Beschäftigung von Angestellten im Einzelhandel nach Leistungsgruppen 1980 und 1984 (jew. April)

Leistungsgruppe	Lohn 1980		Lohn 1984		Beschäftigung			
	in DM	in % ¹⁾	in DM	in % ¹⁾	1980 abs.	1984 abs.	Diff. abs.	Änd. in %
mAn II	3512	167,8	4041	169,3	72260	91939	19679	+ 27,2
wAn II	2832	135,3	3512	147,1	32996	29953	-3042	- 9,2
mAn III	2722	130,1	3023	126,6	103556	138930	35374	+ 34,2
mAn IV	2039	97,4	2273	95,2	70225	96707	26482	+ 37,7
wAn III	2001	95,6	2423	101,5	109986	118639	8653	+ 7,9
wAn IV	1565	74,8	1844	77,3	282297	362964	80667	+ 28,6
mAn V	1556	74,3	1789	75,0	8396	12940	4543	+ 54,1
wAn V	1342	64,1	1564	65,5	32996	75764	42769	+129,6
Ø bzw. Summe	2092	100,0	2387	100,0	712712	927836	215124	+ 30,2

1) Gehalt in Prozent vom jeweiligen Durchschnittsgehalt

Leistungsgruppen: II: Angestellte mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis; III: mit mehrjähriger Erfahrung; IV: einfache Tätigkeit mit Berufsausbildung; V: un- und angelernte Angestellte. mAn = männl., wAn = weibl. Angestellte.

HBV GEGEN NIEDRIGLÖHNE

Antrag 210 an den HBV-

Gewerkschaftstag (4.-9.11.84)

Antragsteller: Hauptvorstand und Gewerkschaftsausschuß

B) Grundlage der aktiven und solidarischen Tarifpolitik der HBV

1. Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie sind eine unverzichtbare Grundlage für die Erfüllung unserer tarifpolitischen Aufgaben ... Ein "Verbändegesetz" wird entschieden abgelehnt ...

C) Schwerpunkte und Ziele der aktiven und solidarischen Tarifpolitik im HBV-Bereich

1. Alle Arbeitnehmer (Angestellte, Arbeiter, Auszubildende, AT-Angestellte) sind in gemeinsame Entgelttarifverträge und Manteltarifverträge

einzubeziehen. Dabei ist zu verdeutlichen, daß Ansprüche aus Tarifverträgen grundsätzlich nur den Gewerkschaftsmitgliedern zustehen.

2. Die Gehälter und Löhne sind weiterzuentwickeln:

– Sicherung und Ausbau der Reallohnentwicklung ist die Hauptaufgabe der tariflichen Entgeltspolitik. Darüber hinaus ist der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen zu erhöhen.

– Im Handel ist darauf hinzuwirken, die bestehenden Einkommensbenachteiligungen gegenüber vergleichbaren Tätigkeiten und Qualifikationen in der übrigen Wirtschaft zu beseitigen.

– Einkommensbenachteiligungen von Frauen sind auch durch richtige Eingruppierung und Gleichbehandlung bei Zulagen usw. aufzuheben bzw. zu reduzieren.

– Der Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" ist in allen Bereichen

zu verwirklichen. Unbegründete Altersabstufungen (Berufsjahre, Jugendlichenabschläge) und Ortsklassenabschläge sind zu beseitigen.

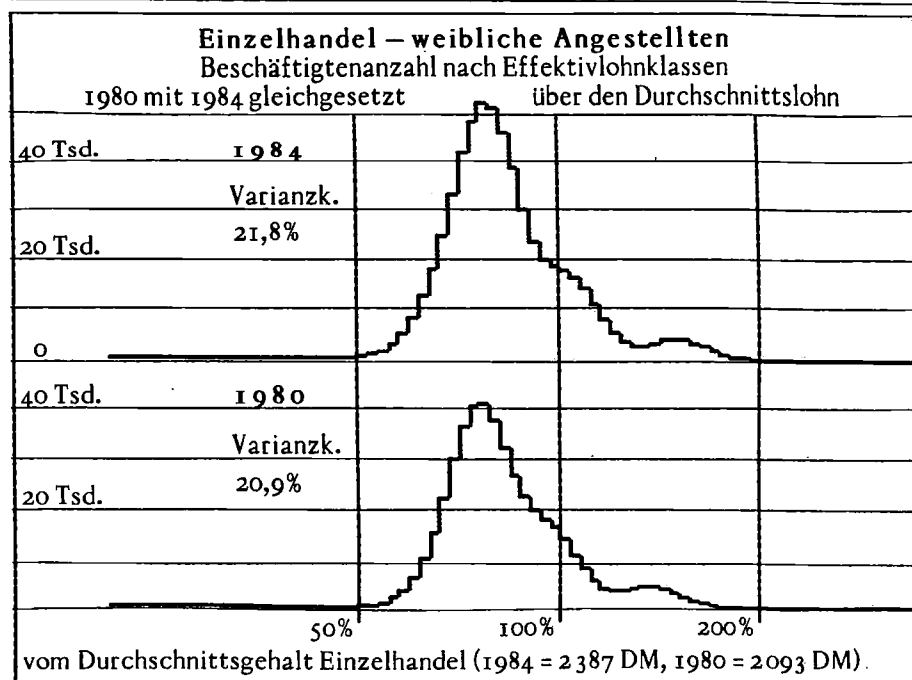
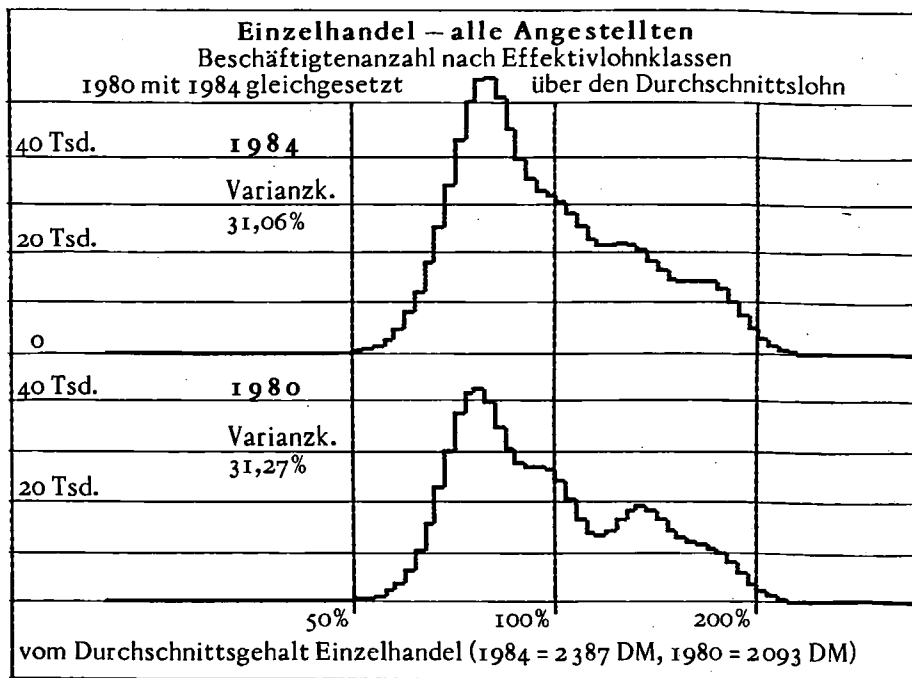
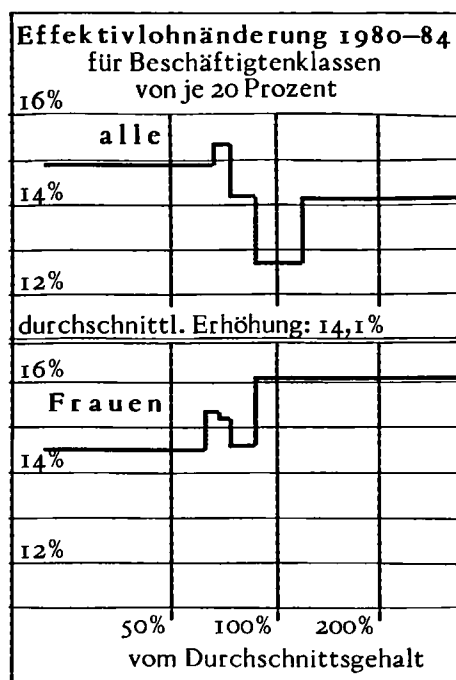
– Für alle Arbeitnehmer ist ein zusätzliches Monatseinkommen (Weihnachtsgeld) sowie ein Urlaubsgeld in einheitlicher Höhe zu vereinbaren. Die Möglichkeiten zur Vereinbarung von Leistungen nach dem 624.-DM-Gesetz sind voll auszuschöpfen. Teilzeitbeschäftigten müssen zumindest arbeitszeitanteilig Ansprüche auf diese zusätzlichen Leistungen eingeräumt werden.

– Die Vergütungen für Auszubildende sind so anzuheben, daß ... die Unabhängigkeit von Dritten erleichtert wird. Ungerechtfertigte Abstufungen der Azubi-Vergütungen sind zu beseitigen. Zusätzliche tarifliche Leistungen (Weihnachts-, Urlaubsgeld, Sparförderung) sind in entsprechender

nen einstellen konnten. Die Kapitalisten in der Industrie nutzen die Ausdehnung der Niedriglohnbeschäftigung im Handel, um die Untergrenze der Frauenlöhne niedrig zu halten und so den Druck auf den Lohnstandard insgesamt zu erhöhen.

— Die zunehmende Zahl von weiblichen Beschäftigten, die zu Löhnen arbeiten müssen, die sie in die Rolle des "Hinzuverdieners" zwingen, verschafft den Unionsparteien eine materielle Grundlage für ihre reaktionale Frauen- und Familienpolitik, mit der sie die ökonomische Unselbständigkeit einer großen Zahl von Frauen wiederherstellen wollen. Die von Blüm im Beschäftigungsförderungsgesetz angestrebte Arbeitszeitflexibilisierung könnte vor allem in Niedriglohnzonen Verbreitung finden.

Quellenhinweis: Statistisches Bundesamt, Fachserie 16, Reihe 2.2. — (alk, sch)



Höhe zu vereinbaren.

— Die Reform der Gehalts- und Lohngruppen ist in allen Tarifbereichen fortzusetzen.

— Die regelmäßigen Effektivlohnsteigerungen müssen einschließlich Zuschläge, Prämien, Provisionen grundsätzlich tariflich geregelt werden.

3. Eine wirksame und umfassende Verkürzung der Arbeitszeit ist auch in allen HBV-Tarifbereichen dringend erforderlich...

Deshalb hat die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche in dieser Legislaturperiode für die HBV besondere Priorität...

Für alle Arbeitnehmer (einschließlich der Jugendlichen) ist ein einheitlicher Mindesturlaub von sechs Wochen zu vereinbaren.

4. Insbesondere im Hinblick auf die Verkürzung der Arbeitszeiten ist für

die Arbeitnehmer des privaten Dienstleistungsbereiches eine feste Vereinbarung über die Lage der Arbeitszeit dringend erforderlich. In allen Tarifbereichen ist deshalb die Fünf-Tage-Woche bei zwei zusammenhängenden arbeitsfreien Tagen zu verwirklichen. Der Ladenschluß ist durch tarifliche Bestimmungen über das tägliche Arbeitszeitende abzusichern.

Teilzeitbeschäftigung darf nur bei fest vereinbarter Dauer und Lage der Arbeitszeit erfolgen, wobei eine Mindestarbeitszeit von vier Stunden täglich und/oder 20 Stunden wöchentlich grundsätzlich nicht unterschritten werden soll. Die Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze gegen den Willen des Arbeitnehmers ist durch geeignete tarifliche und betriebliche Regelungen zu unterbinden und die Möglichkeit der Rückkehr in

Vollzeitarbeit zu erleichtern.

Mehrarbeit und Überstunden sind für Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte durch tarifliche Höchstarbeitszeitbestimmungen zu begrenzen. Freizeitenausgleich ist auf Wunsch des Beschäftigten zu vereinbaren. Vor- und Abschlußarbeiten sind in die regelmäßige Arbeitszeit einzubeziehen.

5.— Arbeitsplätze, Einkommen, Arbeitsbedingungen und berufliche Qualifikation sind vor den negativen Auswirkungen der Rationalisierung zu sichern. Durch tarifvertragliche Regelungen sind erweiterte Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Arbeitnehmervertretung bei der Personalplanung durchzusetzen... Durch Bestimmungen über Mindestarbeitsinhalte und Höchstleistungsnormen ist der Entstehung einseitiger und überhöhter Arbeitsbelastungen vorzubeugen...

Taschenbücher

LITERATUR UND SACHBÜCHER ÜBER
DIE GESCHICHTE DER USA**"SIND ODER WAREN
SIE MITGLIED?"**

Der "Unterausschuß für un-amerikanische Aktivitäten" (HUAC) erhielt 1945 den Status eines ständigen Untersuchungsausschusses des Kongreß. In Verhandlungen, die in der Regel im Rundfunk und später auch im Fernsehen übertragen wurden, vernahm der Ausschuß Schriftsteller, Schauspieler, Lehrer und Gewerkschafter. Die als Taschenbuch 1979 erschienene Auswahl von Verhörprotokollen zeigen, mit welchen Mitteln ein amerikanischer Nationalismus erzeugt werden sollte. Sie enthält Zeugenaussagen wie die von R. Reagan, der den Ausschuß unterstützte, vor allem aber Verhörprotokolle von Leuten, denen "un-amerikanische Aktivitäten" durch Unterstützung von Kommunisten vorgeworfen wurden. Die Anhörungen dienten dem Ziel, das 1954 beschlossene Verbot der Kommunistischen Partei vorzubereiten und eine öffentliche Meinung für einen Angriffskrieg auf die Sowjetunion zu schaffen. Eine immer wiederkehrende Frage des Ausschusses war: "Wir befinden uns in einem Krieg in Korea. Sind sie bereit für die Vereinigten Staaten gegen den Kommunismus, gegen die Sowjetunion zu kämpfen?" (Sind oder waren Sie Mitglied? Verhörprotokolle über unamerikanische Aktivitäten 1947 bis 1956, Herausgegeben von H. Keil, Rowohlt dnb 131, 1979 – clm)

**SACCO UND
VANZETTI**

Der Tatsachenroman von Eugene Lyons über den Justizmord an den beiden aus Italien stammenden anarchistischen Arbeitern Sacco und Vanzetti erschien unmittelbar nach deren Hinrichtung 1927. Sacco und Vanzetti waren von der Justiz im US-Staat Massachusetts der Beteiligung an einem Raubüberfall beschuldigt und, obwohl die Anklage völlig haltlos war, zum Tode verurteilt worden.

Lyons vermittelt einen Eindruck von dem Haß, mit dem die US-Bourgeoisie während und nach dem ersten Weltkrieg die Arbeiterbewegung verfolgte. Sacco und Vanzetti hatten 1917 mit zur Desertation aufgerufen und sich selbst der Einberufung entzogen. Sie hatten sich an der Tätigkeit der Gewerkschaft "Industriearbeiter der Welt" (IWW) beteiligt, die vor allem die schlecht bezahlten, gerade eingewanderten Arbeiter organi-



120000 demonstrierten in Berlin am 24.8. 1927 gegen die Hinrichtung.

sierte und erfolgreiche Streiks führte. All das reichte nach Überzeugung des Richters und der entsprechend ausgelesenen Geschworenen aus, um die beiden als "rote Banditen" abzuurteilen. Die Darstellung des Gerichtsverfahrens, der vergeblichen Versuche, eine Revision des Urteils zu erreichen, ergeben ein Bild von der Klassenjustiz, die mit dem Verfahren die revolutionären Arbeiter einschüchtern wollte. Trotz eines siebenjährigen Kampfes der Arbeiterbewegung in den USA und in aller Welt gegen das Urteil, der z.T. auch von liberalen Kräften unterstützt wurde, erfolgte am 24. August 1927 die Hinrichtung. Der Gouverneur von Massachusetts, führender Aktionär der Packard-Autofabrik und ein Gewerkschaftsfeind, hatte eine Begnadigung abgelehnt. (Eugene Lyons, Sacco und Vanzetti, Unionsverlag, Zürich, 16,80 DM – alk)

**"BEKENNTNISSE
DES NAT TURNER"**

Der 1966 in den USA – zu einer Zeit großer Kämpfe der afroamerikanischen Bevölkerung – erschienene Roman von William Styron behandelt die Geschichte des einzigen großen Aufstandes der schwarzen Sklaven in den USA im August 1831 in Südost-Virginia. Im Verlaufe dieses Aufstandes sammelte der Afroamerikaner Nat Turner, zuletzt Eigentum eines Stellmachers und unter den anderen Sklaven als Laienprediger tätig, die Afroamerikaner der ganzen Umgebung um sich zu einem Aufstand, in dessen Verlauf sie zahlreiche Farmer, Handwerker und deren Familien töteten. Der Aufstand wurde schließlich niedergeschlagen, und 17 Sklaven – darunter Nat Turner – wurden hingerichtet. Styrons Roman, der auf der Auswertung zeitgenössischer Dokumente und Gerichtsakten basiert, sympathisiert mit den Sklaven und versucht, die Motive dieser Erhebung nachzuzeichnen. Danach hatte dieser Aufstand kein klares Ziel, sondern war geprägt von den religiösen Ideen und Visionen des Nat Turner, in denen die Sklaven eine Antwort auf ihre drückende Lage fanden. Eindrucksvoll beschreibt Styron, wie Nat Turner unter den Sklaven die verbreitete Knechtsmentalität bekämpft und damit die erste Voraussetzung für ihren Versuch schafft, ihre Fesseln abzuschütteln und sich ihrer Peiniger zu entledigen. (William Styron: Die Bekenntnisse des Nat Turner, Knauer-TB 587, 6,80 DM – wom)

**ITALIENISCHE
EINWANDERER**

Am Morgen des 18. April 1906 beginnt in San Francisco die "Erde zu schwingen und zu beben". Ein Erdbeben vernichtet die große Stadt. Dan Lavette, der Junge des italienischen Krabbenfischers, verliert seine Eltern. Ihm verbleibt nur das Fischerboot, mit dem er während der Katastrophe drei Tage lang Leute nach Oakland übersetzt, die ihm dafür hohe Geldbeträge geben. Er besitzt über 4000

Dollar. Er gibt sie seinem Pflegevater, der als ehrlicher Mann und Geldverleiher unter den italienischen Einwanderern bekannt ist. Der Wiederaufbau der Stadt beginnt: Der Pflegevater Cassella eröffnet eine Genossenschaftsbank. Dan Lavette besitzt als junger Mann bereits mehrere Boote und beschäftigt Fischer. Er ist sehr ehrgeizig und will aufsteigen. Er gründet mit einem befreundeten Ehepaar eine Reederei, kauft ein Eisenschiff und transportiert Bauholz. Er heiratet die Tochter des reichen Bankiers Seldon. Das Buch "Die Einwanderer" schildert seinen Aufstieg bis zum einflußreichen Besitzer der ersten Luftflotte und seinen Ruin in der Weltwirtschaftskrise 1929. Das Buch ist sehr interessant, spannend und antirassistisch und beschreibt gut die Bourgeoisie. Der Schluß ist blöd: Der Held bleibt ehrlich und wird wieder Fischer. (Fast, Die Einwanderer, rororo 5106, 9,80 DM – jöd)

**LEBEN DES
SOZIALISTEN DEBS**

Obwohl Irving Stone seine Lebensbeschreibung von Eugene Debs zur Hälfte dessen Privatleben gewidmet hat, erhält der Leser einen Eindruck von den schwierigen Bedingungen, unter denen die amerikanische Arbeiterbewegung den Aufbau ihrer Gewerkschaften und ihrer Parteien zu leisten hatte. Debs, 1897 Gründer der Sozialdemokratischen Partei der USA, war nach deren Spaltung mehrfach Präsidentschaftskandidat der Sozialistischen Partei, zuletzt 1920 während seiner Inhaftierung im Zuchthaus von Atlanta. Er war Eisenbahnarbeiter, beteiligte sich am Aufbau von Einzelgewerkschaften der Heizer, Bremser, Lokomotivführer und arbeitete für den Zusammenschluß aller Eisenbahnarbeiter einschließlich der ungelernten in einer Gewerkschaft. Seine nie aufgegebene Auffassung, daß die Arbeiterbewegung nur durch Gewaltlosigkeit und Überzeugung der Mehrheit allmählich zu einer Regierung gelangen könnte, die ihre Interessen vertritt, kennzeichnet eine starke Strömung in der amerikani-

schen Arbeiterbewegung und wirft ein Licht auf die Isolierung der Kräfte, die in ihrem Programm für den gewaltsamen Umsturz eintraten. Zu würdigen ist dennoch, daß Debs und seine Partei gegen den Eintritt der USA in den ersten Weltkrieg arbeiteten und trotz jahrelanger Verfolgung an dieser Form des Internationalismus festhielten. Debs wird dargestellt als Kämpfer für die Rechte der Arbeiter, der durch Teilnahme an der Politik nicht korumpiert wird. (I. Stone, Die Träume leben, Goldmann TB 2326, 6,80 DM – anl)

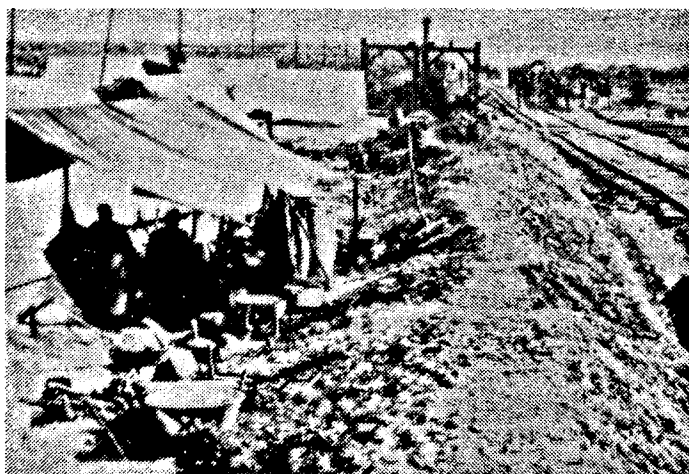
LANDRAUB UND ÜBLE SCHINDEREI

Dee Brown liefert Anhaltspunkte dafür, daß die Entwicklung des Eisenbahnbaus, die Verbindung der besiedelten Ostküste mit der aufblühenden Westküste, eine Bedingung für die rasche Entwicklung des US-amerikanischen Monopolkapitals war. Die Eisenbahngesellschaften konnten mit Unterstützung der Regierung Millionen Hektar Land von den Indianern rauben,

landlosen Einwanderern, die zum Teil direkt für den Eisenbahnbau in Europa und China angeworben wurden, mußten unter erbärmlichsten Umständen die Gleiskörper bauen. (Dee Brown, Das Feuerroß erreicht das Große Wasser im Westen, Knaur 3649, 7,80 DM – uld)

INDIANER OHNE VERFASSUNG

Der Journalist Claus Biegert hat 1976 das Buch "Seit 200 Jahren ohne Verfassung. USA: Indianer im Widerstand" herausgebracht. Das Buch zielte damals auf die amerikanische 200-Jahr-Propaganda und kam 1981 überarbeitet im 39. Tausend heraus. Es dokumentiert vor allem die neuere indianische Kultur- und Widerstandsbewegung, im Mittelpunkt stehen der Kampf um Wounded Knee 1973 in South Dakota und Interviews mit führenden politischen, kulturellen und juristischen Persönlichkeiten. Die Dokumentation ist die Stärke des Buches; die Schilderungen des Autors im Zeitschriftenstil geben Eindrücke wieder, nicht Analy-



Winterlager chinesischer Gleisbauarbeiter

weitaus mehr, als sie für ihre tatsächliche Trassenführung je brauchten. Lincoln und andere Präsidenten brachen die Verträge, die die US-Regierung zuvor mit den Indianern über die Gebiete des Westens geschlossen hatte. Mit Verpachtung und Verkauf des übrigen Bodens, Landspekulationen in riesigem Ausmaß und durch Aktiengänge verschafften sich die Eisenbahngesellschaften das Kapital für den Bau und den Betrieb ihrer Eisenbahnen. Tausende von

sen. Dabei wird ein Brückenschlag von der indianischen Kultur zur ökologischen Bewegung versucht. Am Schluß steht immerhin: "Damit die Welt weiterleben kann, muß 'Europa' sterben – dieses Resümee traf A.I.M.-Sprecher Russell Means ... im Juli 1980. Der europäische Geist, so Means, gefährde die Zukunft ... Ziel einer heutigen Revolution müsse ein Ende des westlichen Wertsystems sein." (rororo 4056 – mfr)

André Glucksmann

VERFECHTER DER DEUTSCHEN BOMBE EIN WÜRDIGER KRIEGSPREISTRÄGER

"Mit welchem Recht entmündigen wir die Bundesrepublik politisch, wie lange wollen wir es noch für angebracht halten, daß sie keine atomare Verteidigung hat? Und warum? Weil sie die Bürde von Auschwitz trägt? Als ob es sich um einen ausschließlich deutschen Sonderfall handelte! Müssten unter dem Vorwand der Erinnerungspflege jenseits des Rheins die Waffen gestreckt werden?" /183/

Der dies sagt, heißt André Glucksmann, er ist Franzose (Mitstreiter des Pariser Mai 1968, "einer der 68er, die ihren Kopf gebrauchen," wie R. Bieling im Westberliner Trendmagazin Zitty lobt) und gilt heute als Philosoph – u.a. weil man ihn auf einigen Fotos recht nahe bei Sartre sah, in der Hauptsache jedoch, weil es ihm gelang, in der Rückbesinnung auf Abendländisches die "Neue Rechte" Frankreichs innerhalb der französischen Intelligenz zu organisieren. Zynisches und Demagogisches der oben zitierten Sorte läßt sich in seinem vom Verlag der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" DVA publizierten Buch "Philosophie der Abschreckung" (1) nachlesen, das im Mai mit großem Aufwand als "aufsehenerregende Antwort an die deutsche Friedensbewegung" lanciert wurde.

Die Gewerkschaft HBV hat Glucksmann kürzlich für dieses Buch auf der diesjährigen Fankfurter Buchmesse den "Kriegspreis 1984" verliehen für "ein Denken, das den Preis des Krieges zu zahlen bereit ist", wie es der Bremer Professor Sandkühler in seiner Anti-Laudatio formulierte. (2) Das Faktum verdient auch insofern Beachtung, als die HBV erkannt hat, daß es gerade der Gewerkschaftsbewegung zukommt, einer als "Philosophie" verpackten politischen Polemik zu begegnen, die in der Hauptsache auf die Gewinnung der Mittelklassen für imperialistische Politik, für die "Veränderung Europas zur Supermacht, um zu überleben" (3), abzielt. Das völlige Schweigen der bürgerlichen Presse über die "Preisverleihung" ist hier zusätzliches Indiz.

Der Angriff Glucksmanns auf die "Friedensbewegung" zielt nach eigenem Bekunden auf v.a. zwei Punkte, die das "zusammengewürfelte und widersprüchliche Ganze" zusammenhalten: "der atomare Determinismus in der Theorie und die Einseitigkeit der praktisch-politischen Empfehlungen". /142/ Seine Polemik sucht in widerwärtiger Weise über die Beschwörung der faschistischen Massenmorde und des Grauens der Konzentrationslager die Gefahr eines dritten Weltkrieges zu bagatellisieren – "wenn die atomare Verflüssigung der Spezies Mensch das äußerste Übel ist, dann zögert nicht, bleibt Pazifist" /150/ – um sodann über die Behauptung der "nuklearen Führungsrolle" der UdSSR /91/ und ihre Charakterisierung als "60jähriges KZ-Monstrum" /159/ alte Totalitarismustheorien neu einzukleiden. (4) Die Konsequenz: "Atomare Abschreckung ist kein Verbrechen" /331/ – in der Verteidigung versteht sich – und so entsteht dann vielleicht "diese demokratische Pufferzone, die auch die Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien einbeziehen könnte" (neben Polen, d. Verf.) ... als "Garantie für den schönsten Frieden." /186/ – auch durch Verteidigung, oder?

Entscheidende Ansatzpunkte jedoch, um den Mittelklassenleser zu gewinnen, sind der hierzulande wiederentdeckte "nationale Anspruch" – "Die Sünde von Auschwitz darf die deutschen Generationen nicht endlos entmündigen" – und die "europäisch-abendländische Aufgabe". Auf vielen, vielen Seiten beklagt unser einstiger Barrikadenkämpfer den Niedergang Europas, der mit der Aufgabe seiner Kolonien begann, die "Kolonialmächte lähmte", zur Akzeptierung der "Nicht-Intervention als oberstes Gebot" führte, die "amerikanische Regierung zur Lieblingszielscheibe" machte und zu bis heute "erhalten gebliebenen Aktionsmustern" führte, "an denen eine frühzeitig gealterte Jugend krampfhaft festhält." /163ff/ Und er versteigt

sich zu der Behauptung, die einst Unterdrückten kolonisierten heute ihrerseits (Vietnam-Indochina, Nigeria-Biafra etc.), um in dem Schrei zu enden: "Welcher politische Meinungsumschwung macht die bewaffnete Okkupation schlagartig so unerträglich?" /154/

Starker Tobak? Wirkungslos? Nicht nur Zitty-Bieling stützt die Polemik. Im "Stachel", Zeitschrift der AL-Westberlin, fand sich jetzt ein Protest gegen zu scharfe Kritik an Glucksmann, die "den Blick auf die eigentlich produktive Diskussion", über sowjetischen Expansionismus nämlich, "verstelle". Mir scheint, die HBV hat ihren Preis sehr zu Recht vergeben.

Quellenhinweis: (1) Stuttgart 1984, 400 Seiten, 39,80 DM, Ziffern in // verweisen auf Seitenzahlen; (2) abgedruckt in der Deutschen Volkszeitung v. 12.10.84; (3) Figaro Magazine v. 4.2. 84, S. 8ff; (4) siehe dazu W. Schneider in Konkret 10/84. – (pel)

Katholische Soziallehre

KARDINAL HÖFFNER PREDIGT DIE UNTERWÜRFIGKEIT DER ARBEITER

Auf einer Veranstaltung des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie Ende 1982 sprach der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, zum Thema "Die Kirche und die Welt der Arbeit". Der Kardinal faßte dort zusammen, was er dringlich geändert sehen möchte, und propagierte die katholische Fassung der Volksgemeinschaft: "Viele (sehen) in ihrer Arbeit kaum noch einen Dienst am Volk ... Seit Jahrzehnten ist es in unserem Staat fast verpönt, überhaupt noch vom Vaterland zu reden. An die Stelle der Vaterlandsliebe ist weithin die Vaterlandsschelte getreten. Mir scheint, daß die Zeit gekommen ist, sich auch bei uns wieder auf die christliche Botschaft vom Verhältnis des Menschen zum Volk, zum Vaterland, zum Staat zu besinnen. Das Zweite Vatikanische Konzil ... mahnte die Gläubigen, 'in Liebe gegenüber ihrer Nation' dem allgemeinen Wohl zu dienen."

"Dem allgemeinen Wohle zu dienen" heißt aber für die Arbeiterklasse im Kapitalismus, ihre Lebensinteressen der Kapitalsicherung und der Kapitalexpansion zu unterwerfen. Damit die katholische Kirche die dazu notwendige demütige Haltung vor der Ausbeutung und Unterdrückung in zureichendem Ausmaß unter den lohnabhängig Schaffenden erzeugen und entwickeln kann, hat sie ihre Soziallehre aufgebaut. Diese Soziallehre ist in der jetzigen Form eine Reaktion auf die revolutionäre Entwicklung der Arbeiterklasse Ende des letzten Jahrhunderts. Sie ist ein Mittel der Kirche für den weltanschaulichen Kampf gegen die politische und theoretische Bewußtwerdung der Arbeiterklasse als revolutionäre Klasse. Die christliche Reaktion bestimmt ihre Position in diesem Zusammenhang.

Kardinal Höffner verbreitet in hervorgehobener Weise die Soziallehre der Kirche. Seine Sicht dieser Lehre hat er systematisch zusammengefaßt in dem Band "Christliche Gesellschaftslehre", die 1983 in achter Auflage erschienen ist. In der Darstellung einiger Züge der katholischen Soziallehre beziehen wir uns auf Höffners Aussagen. Die angeführten Zitate sind der "Christlichen Gesellschaftslehre" Höffners entnommen.

Naturrecht und göttliche Offenbarung sind die Quellen der Soziallehre. Beide stammen von Gott, der die Welt und die konkrete menschliche Natur geschaffen hat. Da der Mensch durch einen "Erbsündenfall" von der göttlichen Ordnung abgewichen ist, dient die Soziallehre dazu, dem Menschen zu helfen, seinsgerecht nach den göttlichen Anordnungen zu handeln: "Ziel der Christlichen Gesellschaftslehre ... ist ... jene soziale Ordnung, in welcher der Mensch den Willen Gottes zu erfüllen und ein christliches Leben zu führen vermag."

In dieser Lehre "soll die Darstellung der gottgesetzten unwandelbaren Werte und Ordnungen mit der Analyse der Verhältnisse des gegenwärtigen Zeitalters verbunden werden."

Mit der Feststellung, daß jeder Mensch Ebenbild Gottes sei, begründet die Soziallehre, daß es für jeden Menschen zwingende Verpflichtung ist, will er sein Menschsein nicht verkrüppeln lassen und verfehlen, sich nach den Gesetzen des gottgegebenen Naturrechts zu verhalten und zu handeln. Ausgangsbestimmung für die weiteren Aussagen der Soziallehre ist, daß der Mensch wesentlich Einzelperson ist. Seine konkrete Natur hat er von Gott: "Sein Dasein, seine Zukunft, sein Heil: alles verdankt er der schenkenden Liebe Gottes ... Der Mensch ist Geschöpf, von Gott erschaffen, angerufen und geliebt." Die Aufgabe des Menschen ist: "Die Bewahrung und Entfaltung der Gotteskindschaft ... als personale Lebensaufgabe."

Mit dieser Bestimmung der Menschen als so, wie sie sind, von Gott geschaffenen Personen weist die Soziallehre grundsätzlich zurück, daß die Menschen in ihrer Geschichte der Aneignung der Natur durch und in gesellschaftlichen Verhältnissen sich entwickelten, ihre Vorstellungen und Kenntnisse über Natur und Gesellschaft veränderten und falsche Vorstellungen überwinden. Diese Lehre des geschichtlichen Wesens der Menschen als von Gott geschaffener Personen hat – beabsichtigte – entscheidende Folgebewertungen für das gesellschaftliche Handeln der Menschen.

Die Personen sind vor Gott gleich. Sie bilden als "Glieder der Gesellschaft eine geistig-sittliche Ordnungseinheit und dienen dem Ganzen". Grundsätzliche Unterschiede der Menschen auf Grund ihrer Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Produktion können, so gesehen, nicht vorhanden sein. Reale Klassenunterschiede können nicht vorkommen. Kapitalisten und Arbeiter dienen, da wesentlich Einzelpersonen, dem von Gott geordneten Ganzen.

Objektive gesellschaftliche Bedingungen, wie z.B. die herrschenden Produktionsverhältnisse, streicht diese Personenlehre aus der Wirklichkeit: "Nur die Einzelperson ist Substanz ... Außerhalb der Einzelmenschen und unabhängig von ihnen existiert die Gesellschaft nicht." Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind demnach reine Willensverhältnisse. Eine Änderung der gesellschaftlichen Gegensätze kann angeblich dadurch vorgenommen werden, daß die Menschen sich der Kirche anschließen und ihrem Ruf folgen: Ändert Euren Sinn und folgt den Geboten Gottes!

Die Einzelperson ist verpflichtet, ihren Lebensunterhalt und, sofern Familienvater, den der Familie sicherzustellen. Ansprüche gegen die Gesellschaft zu erheben, zudem noch im Verein mit anderen, ist von dieser Personenkonstruktion her unterbunden. Die Soziallehre untermauert die Verpflichtung des Einzelnen durch das Subsidiaritätsprinzip: "Tätigkeit und Leistung von seiten der Gesell-



Papst Wojtyla propagiert, gerichtet gegen die Klassenorganisationen der Arbeiter, ständische Leistungsgemeinschaften. Bild: Wojtyla beim Besuch eines Chemiewerkes in Livorno.

schaft (haben) immer nur eine unterstützende Bewandnis ... und (dürfen) die Tätigkeit des Individuums, der Familie, des Berufsstandes nur stützen und ergänzen."

Für die Existenz dieser Einzelpersonen erklärt die Soziallehre das Privateigentum für unabdingbar: "Im gegenwärtigen Äon – nach dem Sündenfall – kommt für die Gesamtwirtschaft nur die Privateigentumsordnung in Frage", faßt Höffner bündig zusammen. "Das Privateigentum ist nicht nur 'ein Element der Gesellschaftsordnung, eine notwendige Voraussetzung für die menschliche Unternehmenslust', sondern eine der stärksten Garantien 'für die Freiheit und Würde des nach Gottes Ebenbild geschaffenen Menschen', so daß 'für jede richtige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung das Recht auf Privateigentum als unerschütterliches Fundament feststehen muß'", zitiert Höffner den Papst Pius XII.

Da nun aber das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln das Nichteigentum der Produzenten voraussetzt und somit der großen Mehrheit die "Freiheit und Würde" abgeht, muß die katholische Soziallehre weit ausholen zur Begründung. Sie geht bis in die Zeit vor dem Sündenfall zurück. Danach habe sich dann herausgestellt, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln das einzige Mittel zur Aneignung der Natur bleibe. Höffner führt den Sprung: "Gott hat die Erdengüter ursprünglich 'der ganzen Menschheitsfamilie gewidmet' (Quadragesimo Anno, 45), also nicht bestimmten Menschen zugewiesen, wie jedem seinen Leib. Deshalb muß der Mensch, wenn er seine Herrschaft über die materielle Welt verwirklichen will, bestimmte Güter sich aneignen, sich gleichsam 'auf sie setzen', sie 'in Besitz nehmen'."

Ist das Privateigentum wirklich die einzige mögliche Form, in der sich die Menschen die Stoffe der Natur aneignen können? Die Menschen eignen sich die Natur an durch Arbeit, sicher nicht dadurch, daß sie sich auf bestimmte Teile der Natur setzen. Die Arbeit wird in bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen durchgeführt. Diese Produktion ist selber Aneignung der Natur. Eine Produktion, die keine Aneignung der Natur wäre, ist keine Produktion. Und herrenlose Güter, die die Soziallehre zum Beleg ihrer These auch anführt, werden, wie z.B. der Stickstoff aus der Luft, auch nicht angeeignet durch Inbesitznahme, sondern durch Arbeit, mit der Stickstoff aus der Luft gewonnen wird. Die Inbesitznahme ist demnach nicht die Voraussetzung für die Produktion.

Zweierlei ist bei der Höffnerschen Ableitung des Privateigentums an den Produktionsmitteln deutlich: Daß das Privateigentum schon immer und ewig, zumindest seit dem "Sündenfall", herrschte, stimmt mit dem Interesse der Bourgeoisie überein, ihre Herrschaft, die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht, für ewig und natürlich zu erklären. Das entspricht aber der tatsächlichen Entwicklung der Produktion nicht. Und: Die katholische Soziallehre unterliegt dem Mystizismus der Warenproduktion und spiegelt ihn wider. In der kapitalistischen Produktionsweise beziehen sich die Warenbesitzer nicht direkt aufeinander als Individuen, sondern als Besitzer von Sachen. Ihr Verhältnis zu einander wird nur vermittelt durch den Tausch der Waren. Nur als Güterbesitzer kann daher Höffner die Menschen vorstellen, die "die Herrschaft über die materielle Welt verwirklichen". Produzenten kommen bei ihm in diesem Zusammenhang nicht vor.

Im Kapitalismus müssen die Arbeiter, die die Produzenten des materiellen Reichtums sind, ihre Arbeitskraft an den Kapitalisten verkaufen, um existieren zu können. Die Produkte ihrer Arbeit und den produzierten Mehrwert eignen sich die Kapitalisten, die Besitzer der Produktionsmittel, an.

Höffner bezeichnet das gesellschaftliche Eigentum der Produzenten an den Produktionsmitteln fälschlicherweise als "Gütergemeinschaft". Als üble Folgen ihrer Einführung führt Höffner u.a. auf: "Die Gütergemeinschaft führt zu Trägheit und Arbeitsunlust, da ein jeder die Arbeit auf den



Kardinal Höffner war über ein Jahrzehnt bis 1962 Geistlicher Berater des Bundes Katholischer Unternehmer.

anderen abzuwälzen sucht ... Die Gütergemeinschaft ist die Wurzel sozialen Unfriedens ... Die zentralverwaltete Gütergemeinschaft bedroht die Freiheit und Würde des Menschen". Für den Christen besteht, wenn das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft ist, laut Höffner, die "naturrechtliche Verpflichtung, die Privateigentumsordnung wieder einzuführen".

Warum hat die Kirche ein solches durch Gott begründetes Interesse an der Trennung der Produzenten von dem Eigentum an den Produktionsmitteln? Verfügen die jetzt in Abhängigkeit gehaltenen Produzenten über die Produktionsmittel, dann könnten sie die Produktion bewußt planen und die Geschichte der Gesellschaft bestimmen. Das aber ist die Voraussetzung für die tatsächliche Befreiung von jeder mythischen Erklärung der Geschichte und der Entwicklung der Gesellschaft. Die Religion und die Kirche wären überflüssig. Das ist der eine Grund. Außerdem: Die katholische Kirche besitzt eine der größten Kapitalaufhäufungen auf dieser Erde. Wenn sie gegen die Enteignung der Kapitalisten aus gottgegebenen Gründen auftritt, spricht sie auch für die Sicherung ihres eigenen Vermögens.

Obwohl die Kirche beständig wiederholt, daß das Privateigentum "der Bürge für die Freiheit des Menschen ist", sieht die Wirklichkeit anders aus. Höffner stellt fest, daß "80% der Berufstätigen ... kaum Vermögen besitzen, hat das Eigentum die Funktion der Weckung und Stärkung der Eigeninitiative und Selbstverantwortung in bedenklicher Weise eingebüßt". Das führt Höffner zu seiner "Frage, auf welche Weise Idee und Wirklichkeit einander angenähert werden können." Als "Volkskapitalismus" wärmt er die "Vermögensstreuung über die Neuinvestitionen" auf, also eine Art Investivlohn. Seiner Meinung nach würde das auch dem gefährlichen "Trend zum Versorgungsstaat" entgegenwirken. Dieser "Trend" würde aber gerade der Pflicht der Person als Ebenbild Gottes zur personalen Entfaltung zuwiderlaufen.

Mit dieser Soziallehre begründet die christliche Bundesregierung ihre vielfachen Angriffe auf die Interessen der Lohnabhängigen. Kardinal Höffner hält für dringlich, daß die Arbeiter dem "Dienst am Vaterland" nachkommen. Es ist Zeit, den Vertretern dieser Soziallehre und ihren Wirkungen begründet entgegenzutreten.

Quellenhinweis: Josef Kardinal Höffner, Christliche Gesellschaftslehre; J. Höffner, Die Kirche und die Welt der Arbeit, hrsg. vom Arbeitgeberverband der Metallindustrie, 1983; J. Höffner, Weltverantwortung aus dem Glauben. Reden und Aufsätze, 1969; F.J. Hinkelammert, Die Radikalisierung der Christdemokraten, Rotbuch Verlag, 1976; Harry Maier, Soziologie der Päpste, Lehre und Wirkung der katholischen Sozialtheorie, Berlin 1965; K. Marx, Das Kapital, Bd. I – (gba)

Israel

"KRISENPROGRAMME" SOLLEN BEI DEN SIEDLERN DAS INTERESSE AN LANDRAUB STEIGERN

Mitte letzter Woche legte die israelische "Regierung der nationalen Einheit", bestehend aus den Parteien des Likud-Blocks unter dem vorherigen Premierminister und jetzigen Vizepremier Yitzchak Shamir und der sozialdemokratischen Ma'arach-Partei unter dem neuen Premierminister Simon Peres, ihr schon lange angekündigtes "Sanierungsprogramm" für den zionistischen Kolonialstaat vor. Das "Sanierungsprogramm" sieht vor:

— Die tarifliche "Indexierung" aller Löhne und Gehälter, die bislang dazu führte, daß die Löhne und Gehälter der meisten Lohnabhängigen regelmäßig um 80% bis 90% der Teuerungsrate angehoben wurden, soll vier Monate

ken. Die von der Regierung außerdem angekündigte und mit ersten Preiserhöhungen schon eingeleitete Aufhebung der Subventionen für Grundnahrungsmittel wird mit dazu beitragen, daß die Lohnsenkungen diejenigen Lohnabhängigen, die schon jetzt am wenigsten verdienen, auch am härtesten treffen werden.

In der bürgerlichen Presse heißt es, das "Krisenprogramm" der Regierung solle den "Bankrott" der israelischen Wirtschaft abwenden. Tatsächlich mußte Peres schon kurz nach seinem Amtsantritt im September nach Washington fliegen, um dort die sofortige Auszahlung der diesjährigen US-"Wirtschaftshilfe" von 1,2 Mrd. Dollar

Ben. Die zionistische Kolonialwirtschaft, schon in der Vergangenheit aufs engste mit der US-Monopolbourgeoisie verbunden, wird so auch vertraglich zu einem von US-Monopolen am Leben gehaltenen und ausgenutzten Kolonialgebilde. Die israelische Währung, der "Shekel", ist sowieso nur noch offiziell Zahlungsmittel. Faktisch dominiert der US-Dollar.

Dennoch: weder den US-Imperialisten noch der zionistischen Regierung geht es bei den jetzt eingeleiteten "Krisenprogrammen" nur um die "Abwendung eines Bankrotts" des Kolonialregimes. Bis heute ruht die Ökonomie des zionistischen Kolonialregimes auf zwei "Pfeilern": auf dem Raub palästinensischen Bodens sowie der mit diesem kolonialen Landraub verbundenen Vertreibung und Versklavung der palästinensischen Arbeiter und Bauern durch das zionistische Kolonialregime und auf der beständigen Waffen- und Geldzufuhr der Imperialisten an das zionistische Regime. Inzwischen ist die israelische Regierung mit 30 Mrd. US-Dollar bei den Imperialisten verschuldet, der Schuldendienst macht 40% des Staatshaushalts aus, die offiziellen Rüstungsausgaben weitere 32%. Allein die US-Regierung überweist jährlich über 2,6 Mrd. US-Dollar als "Wirtschafts- und Militärhilfe", der größte Teil davon in Form von Schenkungen. Das ist viel Geld für eine koloniale Siedlerfestung, und die Imperialisten wollen die Zinsen und Tilgungszahlungen des Siedlerregimes auf ihre Kredite für die Zukunft sichern. Dennoch: Die Imperialisten sind bereit, für diese Festung zu zahlen, solange die Zionisten für sie die Kettenhunde im Nahen Osten machen, solange das Kolonialregime Truppen und Soldaten stellt, die für jedes Verbrechen, für jede imperialistische Expedition gegen die umliegenden arabischen Staaten einsetzbar sind. Das Hauptproblem besteht für sie nicht in der "Abwendung eines Bankrotts", zumal das Siedlerregime in seiner inzwischen 35-jährigen Existenz noch nie ohne die beständige imperialistische Geld- und Waffenzufuhr existieren konnte. Das entscheidende Problem der Imperialisten und des zionistischen Regimes ist: Die Moral der zionistischen Siedler hat in den vergangenen Jahren, insbesondere nach der Niederlage im Libanon-Feldzug und nach dem Scheitern des Versuchs, die PLO zu vernichten, aber auch schon davor durch den ständig wachsenden Widerstand der palästinensischen Arbeiter und Bauern in den besetzten Gebieten, schwer gelitten. Das will



Rüstungsproduktion in Israel. 60000 Lohnabhängige werden heute in den staatlichen zionistischen Rüstungswerken ausgebeutet, weitere 210000 in Zulieferbetrieben, zusammen ein Sechstel aller Lohnabhängigen in Israel.

lang ausgesetzt werden. Danach soll das Indexierungsschema so geändert werden, daß die "Indexierung" künftig nur noch 55% der Teuerung ausgleicht.

— Die Kapitalisten sollen einem sechs Wochen dauernden "Preisstopp" zustimmen. Die Regierung behauptet, in dieser Zeit weitere Maßnahmen in Kraft setzen zu wollen, um die Inflation — mit einer jährlichen Teuerungsrate von inzwischen ca. 800% eine der höchsten der Welt — auf "nur noch" 95% zu verringern.

Allein mit dem viermonatigen Lohnstopp will die Regierung die Reallöhne der Lohnabhängigen um 24% senken. Da auch die meisten Zahlungen der Sozialversicherungen, Alters- und Invalidenrenten, Kindergeld usw. "indexiert" sind, werden die Einkommen der Rentner, Kriegsinvaliden usw. ebenfalls um 24% und mehr sin-

zu erreichen sowie eine Stundung der Zins- und Tilgungsverpflichtungen Israels. Sofort nach der Rückkehr aus Washington verhängte die Regierung einen befristeten Importstopp für "Luxusgüter" wie Autos, Kühlschränke, Farbfernseher usw. Sie erhöhte die Strom- und Wasserpreise um 30%, die Post- und Fernsprechtarife um 61% und führte landesweit Schulgebühren ein. Außerdem hatte Peres bei seinem Besuch in Washington der Einsetzung eines "gemeinsamen Ausschuss" beider Staaten zugestimmt. Leiter dieses Ausschusses ist der Wirtschaftsberater für Israel des US-Außenministers, ein Prof. Klein. Prof. Klein sei "de facto-Konkursverwalter" der USA für Israel, kommentierte das "Handelsblatt". Schon im letzten Jahr hatten beide Regierungen zudem vereinbart, ein Freihandelsabkommen zu schlie-

KOLONIALE AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG DER PALÄSTINENSER, ORIENTALISCHE JUDEN GEDRÜCKT

Im Dezember letzten Jahres verhafteten israelische Sicherheitsstreitkräfte den Generalsekretär der Gewerkschaften in der Westbank, Schehade al-Minawi, weil er an einem Treffen zur Unterstützung der PLO teilgenommen habe. Die israelische Besatzungsmacht versucht mit allen Mitteln, die Entwicklung palästinensischer Gewerkschaften zu behindern und ihre Kämpfe zu unterdrücken. Trotzdem sind inzwischen 10% der palästinensischen Arbeiter in palästinensischen Gewerkschaften organisiert. 21 Einzelgewerkschaften sind in der Generalunion der Arbeitergewerkschaften zusammengeschlossen. Mit Streiks und Demonstrationen haben sie höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gefordert. Die "Informationsstelle Palästina" schrieb 1981 über die Kämpfe der Gewerkschaften: "Lohnkämpfe sind in den besetzten Gebieten Überlebenskämpfe, denn während sich die Kaufkraft der Löhne massiv vermindert, stieg die Inflationsrate in den letzten drei Jahren um mehr als 130%, dies natürlich besonders auf Kosten der Arbeiter, insbesondere der palästinensischen Arbeiter."

1947 lebten im britischen Mandatsgebiet Palästina 1,2 Millionen Palästinenser und 590000 Juden. Den Juden gehörte rund 6% des Landes. Ein Jahr später, nach der Proklamation des Staates Israel, lebten in Israel nur noch 156000 Palästinenser. 860000 waren vertrieben worden, nicht wenige waren bei den israelischen Eroberungsfeldzügen umgekommen. Der Boden der Vertriebenen wurde in Besitz des israelischen Staates genommen, bis 1965 92% der Gesamtfläche Israels. 1983 lebten 620000 Palästinenser innerhalb des israelischen Staatsgebietes. Den früher selbstarbeitenden Bauern ist der größte Teil ihres Bodens geraubt worden. Deshalb müssen jetzt über 75% der palästinensischen Werktätigen in Israel ihre Arbeitskraft außerhalb ihrer eigenen Ortschaften verkaufen, zu einem erheblichen Teil im Hoch- und Tiefbau und in der israelischen Landwirtschaft.

Die Palästinenser in Israel sind zwar israelische Staatsbürger. Sie sind aber völlig rechtlos. Sie haben kein Wahlrecht, dürfen ohne Erlaubnis ihren Wohnsitz und ihren Aufenthalt nicht wechseln usw.

Auch in den 1967 besetzten Gebieten der Westbank und im Gaza hat die israelische Besatzungsmacht die einheimische Wirtschaft ruiniert, Land geraubt und so der palästinensischen Bevölkerung jede Möglichkeit, durch Arbeit in ihrem Land den

Lebensunterhalt zu bestreiten, genommen. Das israelische Pro-Kopf-Einkommen lag 1980 um 342% über dem der Westbank und um 627% über dem des Gazastreifens. Fast 100000 der rund 260000 Erwerbstätigen in der Westbank und im Gaza sind gezwungen, ihre Arbeitskraft zu elendesten Bedingungen und niedrigsten Löhnen in Israel zu verkaufen.

Dieser gedrückteste Teil der Arbeiter in Israel verfügt über keinerlei Rechte. Die Wanderarbeiter werden wochenweise oder sogar nur tageweise je nach Bedarf eingestellt oder wieder entlassen. Mindestens 25000 werden täglich als "illegale Arbeiter" auf dem "freien Markt", auch "Sklavenmarkt" genannt, an der Grenze zu Israel eingekauft. Ein großer, in seinem Umfang gar nicht genau feststellbarer Teil dieser "Illegalen" sind Jugendliche unter 17 Jahren. 20% der "Illegalen", die 1978 von den israelischen Behörden bei Kontrollen aufgegriffen wurden, waren Jugendliche.

Die palästinensischen Arbeiter sind nicht oder kaum versichert. Bei Arbeitsunfällen und Krankheit haben sie weder Anspruch auf Lohnfortzahlung noch auf Entschädigung.

Die Löhne der palästinensischen Arbeiter betragen im Schnitt 40% der Löhne der jüdischen Arbeiter, gleichzeitig unterliegen sie etwa zehn verschiedenen, hohen Steuern.

Mit den palästinensischen Arbeitern haben die israelischen Kapitalisten bisher jederzeit ein äußerst billiges Arbeitskräftereservoir zur Verfügung. Das haben sie genutzt, um die Löhne von einem Teil der jüdischen Arbeiter zu drücken und auch deren Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Aufspaltung entlang der Lohnskala und nach harter und anstrengender Arbeit erfolgt nach rassistischen Gesichtspunkten. Bis Anfang der fünfziger Jahre kam die überwältigende Mehrheit der jüdischen Einwanderer aus den kapitalistischen Staaten Europas und Nordamerikas. Bis 1970 überwog dann der Anteil orientalischer Juden, die den Bedarf an unqualifizierter Arbeit decken und gegen Araber und Palästinenser in Kriegen und bei der Besiedlung der besetzten Länder als Fußvolk dienen sollten.

1975/76 verfügten die 45% der orientalischen Juden an der arbeitenden Gesamtbevölkerung über 32,5% des Einkommens, die 45% der europäischen Juden an der arbeitenden Gesamtbevölkerung über 61% des Einkommens und die 7,5% der Palästinenser an der arbeitenden Gesamtbevölkerung über 3% des Einkommens. Dieser Riß in der Siedlergesellschaft hat sich seitdem noch vergrößert. Zahlun-



Näherinnen aus der Westbank: Niedrigste Löhne und keine Rechte.

gen aus der BRD und hohe Spenden aus den USA haben die Bildung einer Kolonialverwalterschicht von europäischen Juden gefördert:

– Die Konten mit ausländischer Währung haben 1978 die Höhe von 89,1 Mrd. israelische Pfund erreicht, das sind 50% des Nationaleinkommens.

– Das Einkommen aus Vermögensanlagen stieg von 1968 11% auf 1977 18,2%, das aus Pensionen von 8 auf 9,3%.

Die orientalischen Juden dagegen müssen die Folgen der Krise und die Kriegslasten tragen. Sie werden unregelmäßig und in unqualifizierten Tätigkeiten eingesetzt, ihr Realeinkommen sinkt, ihre Lebensverhältnisse verschlechtern sich drastisch.

Die bürgerliche Presse schürt das Vorurteil, gerade die orientalischen Juden seien die rückschrittlichsten und ihr Haß auf die Araber sei gerade wegen ihrer teilweise direkten Konkurrenz am größten. In Wirklichkeit hatten sich schon in den sechziger Jahren die "Schwarzen Panther" gegründet, eine Organisation der orientalischen Juden. Die Schwarzen Panther kämpften schon damals für die Verbesserung der sozialen Lage der orientalischen Juden. 1975 verlangten sie einen "gerechten Frieden auf der Grundlage ... daß Palästina, das Land Israel ... das gemeinsame Vaterland beider Völker darstellt." Ein Mitglied dieser Organisation zog 1971 in einer Zuschrift an eine amerikanische Zeitung "einen Vergleich zwischen der Situation der amerikanischen Neger und der des nahöstlichen Elements in Israel."

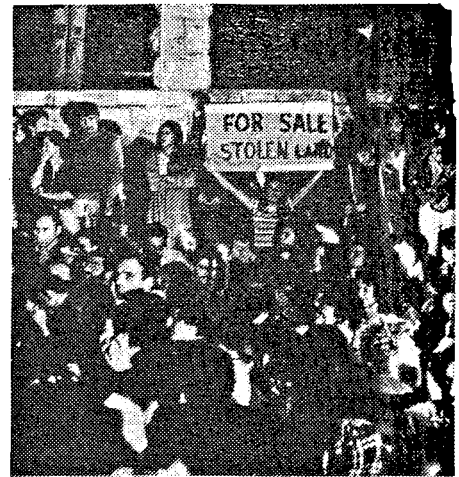
Quellenhinweis: Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten, Schriften Band 5 und 6, 1982; Wo ist Palästina? Shannee Marks, Transit, 1983; Das ist unser Land, J.Metzger u.a., 1980, Palästina Bulletin, lfd.

die Regierung ändern.

Schon die Regierung Begin, 1977 an die Macht gekommen, hatte versucht, diese Entwicklung zu stoppen. Der Überfall auf den Libanon sollte die PLO endgültig vernichten. Diese Absicht scheiterte und damit auch dieser Versuch, die "innere Einheit" des Siedlerregimes wieder zu festigen. Zum gleichen Zweck, die Einheit des Siedlerregimes wieder zu festigen, hatte Begin außerdem gleich nach seinem Amtsantritt den ärmeren Juden, den "Sefarden", das sind die Juden orientalischer Abstammung, eine Besserung ihrer Lage durch Landenteignung und Siedlungsprogramme auf der Westbank und im Gazastreifen versprochen. Diese "Siedlungsprogramme" scheiterten bislang zum größten Teil ebenfalls – sei es, weil die Sefarden nicht in den besetzten Gebieten siedeln wollten, sei es, weil die Regierung das Geld für die Programme für die Vorbereitung und Durchführung des Libanon-Krieges benötigte, vor allem aber am Widerstand der Palästinenser. Die Lage der Sefarden hat sich nicht gebessert, sondern weiter ver-

schlechtert. Die besser verdienenden Teile der zionistischen Siedler dagegen legten sich in den letzten Jahren Eigenheime, Eigentumswohnungen und eine nach Meinung imperialistischer Berichterstatter geradezu "luxuriöse" Wohnungsausstattung zu – zumeist finanziert durch zinsverbilligte Kredite der Regierung, Kredite zudem, die nicht an die Teuerungsrate indexiert waren, so daß die hohe Teuerung der letzten Monate bei diesen Kreisen zuerst einmal zu einer weitgehenden "Schuldenbefreiung" führte. In der Folge sind die Widersprüche innerhalb des Siedlerregimes nicht geringer, sondern deutlich schroffer geworden. Der Versuch der Regierung Begin, die Moral der Siedler zu verbessern und eine Zuspitzung der inneren Widersprüche im Innern des Siedlerregimes zu verhindern, ist – ausgehend von der Niederlage im Libanon-Feldzug bzw. bei dem Versuch, die PLO zu vernichten – ziemlich umfänglich gescheitert.

Wie weitgehend diese Niederlage auch die anderen Siedlungs- und Annektionspläne des zionistischen Re-



"Zum Verkauf: gestohlenen Land". Demonstration gegen den andauernden Raub palästinensischen Landes durch die Zionisten, Westbank, 1979

gimes erschüttert hat, verdeutlichte jetzt die "Österreichische Militärische Zeitschrift":

"Seit Juni 1967 hat Israel 112 städtische und landwirtschaftliche Siedlungen im Westjordanland und 6 im Gazastreifen errichtet. Laut kürzlich veröffentlichten Forschungsarbeiten israelischer Professoren und des früheren Jerusalemer Vizebürgermeisters Dr. Meron Benvenisti wohnen in den Siedlungen des Westjordanlandes 28000 und im Gazastreifen 2000 Juden, während die arabische Bevölkerung im Westjordanland ca. 800000 und im Gazastreifen ca. 500000 beträgt... Trotzdem Israel seit der Besetzung des Westjordanlandes und Gazastreifens im Juni 1967 den Gegenwert von 50 Milliarden Schilling (ca. 7 Mrd. DM, d. Verf.) in den Bau einer Infrastruktur in diesen Gebieten investiert hat, machte die jüdische Bevölkerung im Laufe der letzten 17 Jahre infolge Mangel an Siedlern und wegen Budgetschwierigkeiten kaum spektakuläre Fortschritte... kann man das Siedlungswerk als einen Fehlschlag ansehen.

Dr. Benvenisti, der als einer der größten Fachleute für die Forschung der Entwicklung im Westjordanland und Gazastreifen gilt, ist der Ansicht, daß auch das großangelegte Siedlungsprogramm Israels für die nächsten Jahre und bis 2000/2010 keinerlei Aussichten hat, in die Wirklichkeit umgesetzt zu werden."

Auch an anderen Stellen häufen sich Hinweise für wachsende Schwierigkeiten für dieses Siedlungs- und Annektionsprogramm. So ist der Versuch des Regimes, aus verlumpten Elementen unter den Palästinensern eine "Gegen-PLO" aufzubauen unter dem Namen "Dorfligen", gescheitert. Anfang März dieses Jahres hat sich der Zusammenschluß dieser "Dorfligen" aufgelöst.

Hier soll das jetzt bekanntgegebene "Krisenprogramm" der "Regierung der

IMPERIALISTISCHE HILFE FÜR DEN SIEDLERSTAAT

1983 bildete die US-Regierung eine "Amerikanisch-Israelische Vereinigte Politisch-Militärische Gruppe", die die israelische Regierung in allen militärischen, aber auch allen wirtschaftlichen Problemen beraten soll. US-Präsident Reagan lobte die Gruppe als "strategische Verbindung" zwischen den USA und Israel. Spätestens seit diesem Zeitpunkt ist eines unübersehbar: Israel ist ein Siedlerstaat, der ohne Unterstützung der Imperialisten nicht existieren kann.

Als Hauptstützen und größte Kreditgeber nennt die israelische Zeitschrift "Jerusalem Quarterly": die US-Regierung, die westdeutsche Regierung, die Weltbank und die US-Export- und Import-Bank.

Die BRD-Imperialisten vergeben seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Jahr 1965 eine jährliche Anleihe von 140 Mio. DM an den Staat Israel. Sie wird als Entwicklungshilfe-Kredit zinsverbilligt vergeben und ist für "nicht-militärische" Aufgaben wie z.B. Straßenbau bestimmt. Auch wenn die BRD-Imperialisten inzwischen Zins- und Tilgungsforderungen aus dieser Anleihe erheben, die höher sind als die jährliche Kreditsumme, ist die Anleihe ein ständiger Beitrag zur Festigung des Siedlerstaates.

Die US-Regierung hat ihre bisherigen staatlichen Militär- und Wirtschaftshilfen nun um die Zusage erweitert, notfalls auch für die israelischen Zahlungsverpflichtungen

einzuspringen. Dies erklärte US-Präsident Reagan gegenüber dem israelischen Ministerpräsidenten Peres bei dessen Besuch in den USA im Oktober dieses Jahres. Dafür mußte die israelische Regierung zustimmen, daß ein Unterausschuß der "Politisch-Militärischen Gruppe" unter der Leitung des Wirtschaftsberater von US-Außenminister Shultz, Klein, damit beauftragt wird, die Konsolidierung der israelischen Schulden und des Haushalts zu überwachen.

Gleichzeitig wandelten die US-Imperialisten die Militär- und Wirtschaftshilfe für 1984 vollständig in "Geschenke" um. Insgesamt 2,9 Mrd. \$, davon 1,7 Mrd. \$ als direkte Militärhilfe, zahlen die USA in diesem Jahr. Fällige Schuldentilgungszahlen in Höhe von 600 Mio. \$ wurden für fünf Monate gestundet.

Seit Bestehen des Siedlerstaates haben die USA eine Summe von etwa 27 Mrd. \$ als Militär- und Wirtschaftshilfe an Israel gezahlt. Sie ist seit zehn Jahren der größte Einzelposten für solche Zwecke im US-Etat. Seit 1980 wird der größte Teil der Wirtschaftshilfe, wie die Militärhilfe schon lange, als "Zuschuß" gezahlt. Hinzu kommen Waffenlieferungen von US-Kapitalisten, für die die US-Regierung weitere verbilligte Kredite an Israel vergibt.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 16.10.84; Department of State Bulletin (USA), Nr. 2086/84 u. 2074/83; Archiv der Gegenwart 1983, S. 27946; Jerusalem Quarterly, Nr. 32, Sommer 1984

ANNEKTIONSVORBEREITUNGEN IM SÜDLIBANON

Seit Ende August hat Israel den Südlibanon vollständig vom Rest des Landes abgetrennt. Auch der letzte Grenzübergang des Besatzungsgebiets wurde für PKWs und LKWs gesperrt. Waren müssen umgeladen und zu Fuß über die Grenze gebracht werden; fünf bis sechs Tage Transportzeit für südlibanesischen Waren, meist Agrarprodukte, die verderben. Schon die Vernichtung von Anbauflächen hat die Landwirtschaft schwer getroffen. Jetzt wird die Vermarktung verhindert, den Rest besorgt die israelische Warenschwemme und deren Dumpingpreise. 70 % der südlibanesischen Bevölkerung sind mit ihrem Einkommen direkt oder indirekt von der Landwirtschaft abhängig. 20000 Landarbeiter sind bereits arbeitslos.

Auch der übrige Handel wird vollständig von Israel kontrolliert. Der Militärverwaltung von Saida ist ein Vertreter des israelischen Ministeri-

ums für Handel und Industrie beigeordnet. Libanesischen Kaufleute sind gezwungen, ihre Geschäfte über israelische "mobile Banken" abzuwickeln.

Israel trifft Maßnahmen, das Wasser von drei libanesischen Flüssen nach Israel abzuleiten. Ein Tunnel von der israelischen Grenze zum Litani, der die volle Wassermenge faßt, ist bereits fertiggestellt, ebenso eine abgezaunte Straße, die das Quellgebiet des Wazzani umschließt und an Israel anbindet.

Seine ökonomischen und territorialen Ziele hat Israel innerhalb der zwei Jahre Besatzungszeit nur mit massiver militärischer Präsenz und dem kostspieligen Aufbau einer Söldnertruppe durchsetzen können. Nach dem Tod von Haddad hat Israel dessen Truppen auf 2500 Mann verstärkt, neu ausgerüstet und trainiert, als "Südlibanesischen Armee" dem Kommando des ehemaligen libanesischen Generals Lahad unterstellt, und ihr einige besonders exponierte Stellungen übergeben. Die Truppen verüben jetzt im

Auftrag der israelischen Besatzungsarmee Terrorüberfälle auf die Bevölkerung im Südlibanon.

Der Fortbestand dieser Söldnertruppe und die alleinige Kontrolle des Südlibanon durch sie ist der Kern des Rückzugsplans, der von der israelischen Regierung vorgelegt wurde. Sogar die UNO-Truppen sollen abziehen und nördlich davon stationiert werden. Diese Bedingungen stoßen selbst in Israel auf Widerstand. So forderte der Führer der progressiven Friedensliste Peled im Parlament die Auflösung der Söldnerarmee, die Tageszeitung Haaretz bezeichnete sie als "Fremdenlegion Israels". In der libanesischen Regierung ist der Amal-Führer Nabi Berrih der Ressortchef für die Befreiung des Südlibanon. Die Amal hat ca. 5000 Kämpfer. Sie haben die Zahl ihrer Anschläge gegen die israelischen Besatzungstruppen in den letzten Monaten so steigern können, daß der israelische Rückzug als immer drängender diskutiert wird.

nationalen Einheit" — dem weitere "Krisenprogramme" folgen werden — Abhilfe schaffen. Erstens sollen diese "Krisenprogramme" die Verelendung der palästinensischen Bevölkerung weiter vorantreiben und den Druck auf diese noch mehr erhöhen, selbst für erbärmlichste Löhne und zu elendesten Arbeitsbedingungen ihre Arbeitskraft an zionistische "Geschäftsleute" zu verkaufen. Sodann sollen die "Krisenprogramme" aber auch den Druck auf die schon jetzt ärmsten Teile der zionistischen Siedler bedeutend steigern. "Landhunger schaffen" durch Lohnsenkung und Aufhebung des Versicherungsschutzes für die Siedler, lautet die Parole der Regierung. Man bedenke: Wenn etwa die Rentenerwartungen vieler hunderttausend Siedler beseitigt sind und zugleich die Lebensmittelpreise ins Unerträgliche gestiegen sind — das wird einen "Landhunger" wecken! Die "Krisenprogram-

me" der neuen Regierung sind so nur die Fortsetzung der Beginschen "Siedlungsprogramme" für die besetzten Gebiete. Sie sollen der Regierung ein ausreichendes Reservoir an verzweifelten und verelendeten Juden schaffen, die dann in den besetzten Gebieten zu siedeln und die Schergen gegen die palästinensische Bevölkerung abzugeben bereit sind, und sie sollen zugleich bei den besser verdienenden Kreisen der zionistischen Siedler Anreize schaffen, sich durch Teilnahme an den Siedlungsprogrammen weiter zu bereichern. Nicht, daß die armen orientalischen Juden nachher auch im Besitz des so geraubten Landes sind: Besitzer des Landes wird wie bisher schon der zionistische Staat sein und damit — die Schulden bei den Imperialisten schaffen da hinreichend klare Verhältnisse — die imperialistischen Kreditgeber des Regimes. Nein, die orientalischen Juden sollen die

Schlächter abgeben, die Palästinenser vertreiben, massakrieren, bewachen, beaufsichtigen. Dazu allerdings sollen sie nun ziemlich rasch gezwungen werden. Mit ihren "Krisenprogrammen" will die Regierung die entsprechenden "Anreize" gewaltsam schaffen. Daß sie mit diesem Programm zunächst eher auf heftigen Widerstand insbesondere unter den ärmeren zionistischen Siedlern stoßen wird, ist ihr dabei durchaus klar. Der Minister für das Kommunikationswesen, Rubinstein, erklärte Anfang Oktober: "Es wird Arbeitslosigkeit geben, soziale Unruhen und all diese Sachen, die bei Austeritäts-Programmen auftreten. Vielleicht wird es auch gewaltsame Zusammenstöße geben. Ich hoffe, wir können das vermeiden." Oder vielleicht die enttäuschten zionistischen Siedler zu Pogromen gegen die palästinensische Bevölkerung treiben? Erfolg oder Niederlage dieses Programms hängen davon ab, ob die palästinensischen Arbeiter und Bauern ihre Einheit gegen diese neuen schweren Angriffe des Siedlerregimes festigen können und ob es ihnen gelingt, ihre Verbindungen mit der armen jüdischen Bevölkerung zu festigen.

Quellenhinweis: Wall Street Journal, 4.10.84; Österreichische Militärische Zeitschrift, 2/83, 1/84 bis 5/84; Handelsblatt, 16.10., 25.10., 26.10.; The Jerusalem Post, 13.10.; The Jerusalem Quarterly, Summer 1984, The Israeli Economy in the Past Decade; Israeleft, Jerusalem, Ausgaben 248, 249 und 250, 1984; A. Hertzberg, Israel and the West Bank, in: Foreign Affairs, Summer 1983, New York — (rül, bar, clm, uld)



Tel Aviv: Eine "Sammelstelle" zur Rekrutierung palästinensischer Tagelöhner



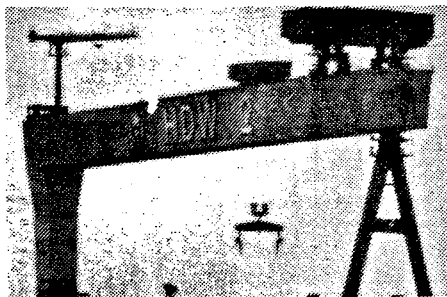
Verweigerungskampagne

Mit "Tagen der Verweigerung" vom 20. bis 24. November soll die Verweigerungskampagne öffentlich bekannt gemacht werden. Die unterstützenden Organisationen haben sich zum Ziel gesetzt, die Wehrkraft umfassend zu zersetzen. Sie greifen nicht nur die militärischen Kriegsvorbereitungen an, sondern auch die zivilen und wirt-

schaftlichen sowie die gesetzlichen Grundlagen wie die Notstandsgesetze. Die revolutionären Sozialisten haben sich bisher zu dieser Kampagne nicht einheitlich geäußert. In welchem Verhältnis steht die von ihnen mehr oder weniger vertretene Auffassung, die Revolutionäre müßten das Waffenhandwerk lernen und die Armee von innen heraus zersetzen, zur Verweigerungskampagne?

Ergebnisse der US-Präsidentschaftswahlen

Als wahrscheinlicher Wahlsieger der US-Präsidentschaftswahlen gilt Ronald Reagan. Seinen Sieg 1980 hatte er unter anderem seinem Einbruch in die amerikanische Arbeiterbewegung zu verdanken. Konnte Reagan diesen Erfolg bei den jetzigen Präsidentschaftswahlen mit seinem Programm der chauvinistischen Mobilisierung fortsetzen? Wie weit gelang es der sog. Regenbogenkoalition, die Fortschritte in der Frontbildung gegen die Reaktion auch bei den Wahlen zum Ausdruck zu bringen? Wie wird der US-Imperialismus das Wahlergebnis nutzen, und welche Aussichten sieht die westdeutsche Bourgeoisie angesichts des Wahlergebnisses für ihre imperialen Interessen?



HDW: Kapazitätsreduzierung

"Um eine Arbeitsplatzreduzierung wird man auch in Zukunft nicht herumkommen. Die Personalkosten sind auch innerhalb der Gemeinkosten ein großer Block. Aber natürlich darf eine Mindestbeschäftigtenzahl nicht unterschritten werden. Eine Kontinuität muß bei Arbeitskräften und -plätzen gegeben sein, es muß auch ein gesun-



des Verhältnis der produktiv Tätigen zum Apparat herrschen. Die Idealgröße nach Beschäftigten sehe ich für das Gesamtunternehmen HDW bei 10000 bis 11000 Menschen, zur Zeit sind es etwa 12000, Kiel hat zur Zeit rund 7500 Beschäftigte es sollten 6500 bis 7000 sein." Vorstandsvorsitzender Norbert Henke am 3.6.82. 7000 Beschäftigte zählt HDW heute, in Kiel sind es gerade 4700.

Nordirland: Regierungspläne gefährdet

Nach dem Bombenanschlag der IRA gegen Margret Thatcher und ihr Kabinett in Brighton veranstaltete die britische Polizei und die Armee in Nordirland die üblichen Versuche, mit Terror den Anschlag zu erwidern. Aber diese Aktionen können die Ratlosigkeit der Regierung nicht überdecken. Die Wahlergebnisse für Sinn Fein zeigen die geschlossene politische Ablehnung der britischen Kolonialherrschaft unter den katholischen Iren in Ulster, die Anschläge der IRA ihre militärische Gefährlichkeit. Beides gefährdet die britischen Pläne, in einer losen "Föderation" Republik Irland/Nordirland mit Sonderrechten für die Protestanten ihre Vorherrschaft über die ganze Insel auszubauen.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrich-

tenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM. Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57
Postscheckkonto Köln,
Konto-Nr. 104 19-507
Bankleitzahl 370 100 50

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2–13): Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung (S. 14–19): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 20–29): Günter Baumann; für Sozialstatistik (S. 30–31): Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 32–35): Angela Lux; für Spezialberichte (S. 36–39): Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.